

DEUTSCHER FRIEDENSINDEX 2020

**MESSUNG DER
FRIEDENSDYNAMIK**





Frieden und seine Vorteile in Zahlen

Das Institute for Economics & Peace (Institut für Wirtschaft und Frieden, IEP) ist eine unabhängige, unparteiische, gemeinnützige Denkfabrik, die sich der Verlagerung des weltweiten Fokus auf den Frieden als positives, erreichbares und greifbares Maß für menschliches Wohlbefinden und Fortschritt widmet.

Das IEP erreicht seine Ziele durch die Entwicklung neuer Rahmenkonzepte zur Definition von Friedlichkeit, das Erarbeiten von Metriken zur Messung von Frieden und die Erforschung der Beziehungen zwischen Wirtschaft, Frieden und Wohlstand sowie durch die Förderung eines besseren Verständnisses der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren, die Frieden begünstigen.

Das IEP hat seinen Hauptsitz in Sydney und verfügt über Niederlassungen in New York, Den Haag, Mexiko-Stadt, Brüssel und Harare. Zusammen mit seinen zahlreichen internationalen Partnern und verschiedenen zwischenstaatlichen Organisationen verfolgt das Institut das Ziel, den wirtschaftlichen Mehrwert von Frieden zu messen und zu kommunizieren.

Weitere Informationen finden Sie unter www.economicsandpeace.org

Bitte geben Sie diesen Bericht wie folgt an:

Institute for Economics & Peace. Deutscher Friedensindex 2020: Messung der Friedensdynamik, Sydney, März 2020. Verfügbar unter: <http://visionofhumanity.org/reports> (abgerufen am Tag.Monat.Jahr).

Inhalt

Zusammenfassung	2
Hauptergebnisse	4
Warum die Messung des Friedens wichtig ist	4



Abschnitt 1: Ergebnisse und Schlussfolgerungen	6
Methodik auf einen Blick	12
Die friedlichsten und am wenigsten friedlichen Regionen	14
Ausweitung der Friedenskluft in Deutschland	20
Langfristige Friedlichkeitsentwicklung	23
Frieden in Deutschland im europäischen Kontext	24



Abschnitt 2: Der wirtschaftliche Mehrwert des Friedens im Jahr 2018	29
Entwicklung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt	30
Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt pro Kopf	32
Wirtschaftliche Einbußen durch organisierte Kriminalität in Deutschland	34
Methodik auf einen Blick	36



Abschnitt 3: Positiver Frieden	38
Was ist positiver Frieden	39
Positiver Frieden und Systemdenken	39
Positiver Frieden in Deutschland	43
Positiver Frieden in deutschen Regionen	46
Anhang A: Methodik Deutscher Friedensindex 2020	52
Anhang B: Methodik Wirtschaftliche Auswirkungen von Gewalt	54
Endnoten	57

Zusammenfassung

Der vom Institute for Economics & Peace (Institut für Wirtschaft und Frieden, IEP) erstellte 2020 Deutschland Peace Index, im Folgenden Deutscher Friedensindex (DFI), enthält eine umfangreiche Bestandsaufnahme zur Friedlichkeit in Deutschland. Der DFI basiert auf dem seit 2007 jährlich durch das IEP erstellten Global Peace Index, dem führenden Instrument zur Messung der weltweiten Friedlichkeit. Dies ist die erste Ausgabe des DFI, in der die wichtigsten Entwicklungen, Ablaufmuster und Katalysatoren für Frieden in Deutschland dargelegt werden. Die dem DFI zugrundeliegenden Daten stammen vom Bundeskriminalamt (BKA).

Deutschland befindet sich auf Platz 22 von 163 und gehört damit zu den friedlichsten, im globalen Friedensindex (Global Peace Index, GPI) von 2019 erfassten Nationen der Welt. Im Vergleich zu den 38 europäischen Nationen liegt Deutschland auf Platz 15 der friedlichsten Länder Europas. Der Frieden in Deutschland hat jedoch seit 2013 um 12 Prozent abgenommen.

Dieser Bericht liefert einen wichtigen Beitrag zum Verständnis von Frieden in Deutschland. Im Zeitraum von 2013 bis 2018 ist die Gesamtkriminalitätsrate in Deutschland gesunken. Jedoch enthält diese Statistik sowohl weniger schwerwiegende Straftaten wie Kleindiebstahl als auch schwerwiegendere Fälle von Gewaltkriminalität, wie *Tötungsdelikte*, und kaschiert so die Entwicklung bei Straftaten, welche die Friedlichkeit in Deutschland in besonderem Maße beeinflussen. Der DFI berücksichtigt dagegen nur schwerwiegende Straftaten, bei denen Gewalt oder öffentliche Unruhen eine Rolle spielen. Bei diesen Straftaten hat sich die Lage seit 2013 verschlechtert, was durch einen Anstieg bei *Tötungsdelikten*, *Gewaltkriminalität* und *öffentlichen Unruhen* bedingt ist.

Die Rate der *Tötungsdelikte* stieg um 35 Prozent von 0,66 Opfern pro 100.000 Einwohnern im Jahr 2013 auf 0,89 Opfer im Jahr 2018. Der größte jährliche Anstieg bei *Tötungsdelikten* war mit 22 Prozent im Jahr 2016 zu verzeichnen. Auch im Bereich *Gewaltkriminalität*, die Körperverletzung, Raubüberfälle, Vergewaltigungen und sexuelle Nötigung umfasst, hat sich die Lage seit 2013 verschlechtert. Im gleichen Zeitraum nahmen *öffentliche Unruhen* um 163 Prozent zu.

Trier war 2018 die friedlichste Region in Deutschland. Die Region im Südwesten von Rheinland-Pfalz verzeichnete seit 2013 eine Verbesserung des Friedensniveaus um zehn Prozent. Trier hatte 2018 mit nur 0,19 Opfern pro 100.000 Einwohnern deutschlandweit die geringste Rate von *Tötungsdelikten*. Zu den fünf friedlichsten Regionen zählten weiterhin Detmold, Unterfranken, Tübingen und Brandenburg.

Berlin ist die am wenigsten friedliche Region in Deutschland mit einem deutlich höheren Aufkommen von *Tötungsdelikten*, *Gewaltkriminalität* und *öffentlichen Unruhen*. Berlin verzeichnet mit vier Opfern pro 100.000 Einwohnern die meisten *Tötungsdelikte* in ganz Deutschland. Außerdem ist die *Gewaltkriminalität* in Berlin im Vergleich zu anderen Regionen konstant hoch. Die Friedlichkeit in Berlin verschlechterte sich in den zwei Jahren bis 2018 um fast acht Prozent, was auf einen Anstieg der *Tötungsdelikte* zurückzuführen ist.

In der Rangliste der fünf am wenigsten friedlichen Regionen Deutschlands liegt Berlin vor Bremen, Hamburg, Leipzig und Sachsen-Anhalt. Das höhere Maß an Kriminalität und Gewalt in deutschen Städten unterstreicht den urbanisierten Charakter zwischenmenschlicher Gewalt.

Zwischenmenschliche Gewalt in Deutschland kann in Form von organisierter Kriminalität, häuslicher Gewalt, politisch motivierter Kriminalität und Terrorismus auftreten. Die politisch motivierte Kriminalität in Deutschland stieg in den 15 Jahren bis 2018 um 76 Prozent.

Auch Terrorakte haben in Deutschland im Laufe der letzten Jahren zugenommen. Terroristische Aktivitäten erreichten 2015 und 2016 ihren Höhepunkt in Deutschland und sind seitdem erheblich zurückgegangen, was mit dem Sturz des sogenannten Islamischen Staates als Terrorgruppe im Nahen Osten zusammenfällt. Deutschland verzeichnete 2016 mit 26 Toten und 114 Verletzten die höchsten Opferzahlen durch Terrorismus, während 2015 mit 61 Terrorakten die meisten terroristischen Angriffe in Deutschland verzeichnet wurden. In Deutschland hatten 18 Prozent derjenigen, die eine terroristische Straftat begangen haben, eine Vorgeschichte politisch motivierter Straftaten, was auf eine enge Verbindung zwischen diesen beiden Arten von Straftaten hindeutet.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt in Deutschland werden für 2018 auf 85,2 Milliarden Euro geschätzt, was 1.085 Euro pro deutschem Staatsbürger entspricht. Mit 2,6 Prozent des BIP ist dieser Wert mehr als fünfmal höher als die deutschen Ausgaben für Entwicklungshilfe und dreimal höher als die Ausgaben für Hochschulen. Eine Verringerung von Gewalt kann sich in erheblichem Maße positiv auf die Wirtschaft auswirken.

Staatsausgaben für Maßnahmen zur Verringerung und Eindämmung von Gewalt – *Polizeiausgaben* und *Strafvollzugskosten* – beliefen sich auf 54,9 Milliarden Euro, was 64 Prozent entspricht. *Gewaltkriminalität* und *Tötungsdelikte* machen 30 Prozent des Gesamtvolumens aus. Würde die Friedlichkeit deutschlandweit auf das Niveau der fünf friedlichsten Regionen verbessert, ergäbe sich daraus eine Dividende von 6,5 Milliarden EUR pro Jahr bzw. 26 Milliarden Euro über vier Jahre.

Deutschland ist eines der ranghöchsten Länder im **Positive Peace Index 2019**, der die Robustheit der *Bevölkerungsansichten*, *Institutionen* und *Strukturen* misst, die friedliche Gesellschaften schaffen und aufrechterhalten. Es rangiert auf dem 11. Platz unter den 163 im Bericht bewerteten Ländern und hat diese Position im letzten Jahrzehnt halten können, was die stabile sozioökonomische Entwicklung des Landes demonstriert.

In allen Regionen Deutschlands besteht ein enger Zusammenhang zwischen positivem Frieden und einem hohen, nach DFI gemessenen Friedensniveau. Für das Jahr 2018 betrug der Korrelationskoeffizient zwischen positivem Frieden und dem DFI 0,71. Dies unterstreicht, dass in Regionen mit mehr positivem

Frieden tendenziell auch weniger Gewalt auftritt. Der positive Frieden in Deutschland ist seit 2013 weitgehend stabil, hat sich jedoch seit 2015 leicht verschlechtert.

Die drei Bereiche des positiven Friedens, *Bevölkerungsansichten, Institutionen und Strukturen*, verzeichneten in den letzten zehn Jahren in Deutschland unterschiedliche Entwicklungen.

Der Bereich *Strukturen* verzeichnete eine wesentliche und kontinuierliche Verbesserung, die weitgehend der globalen Entwicklung entspricht. Dieser Bereich wird stark vom Konjunkturzyklus, der Geschäftstätigkeit, technologischen Entwicklungen und wissenschaftlichen Entdeckungen beeinflusst. Der Bereich der Institutionen hat sich im Berichtszeitraum kaum verändert, was die Stabilität der deutschen Demokratie, Kultur und sozialen Normen widerspiegelt.

Im Gegensatz dazu war im Bereich *Bevölkerungsansichten* ab 2014 eine erhebliche Verschlechterung zu verzeichnen, die mit zunehmenden Konflikten im Nahen Osten, Terrorismus und zunehmender Migration zusammenfiel. Auch

rechtsextremistische politische Aktivitäten haben in den letzten Jahren in Deutschland und anderen europäischen Ländern zugenommen.



“

Deutschland verzeichnete 2016 mit 26 Toten und 114 Verletzten die höchsten Opferzahlen durch Terrorismus, während 2015 mit 61 Terrorakten die meisten terroristischen Angriffe in Deutschland verzeichnet wurden.

Hauptergebnisse

- Der Frieden in Deutschland verbesserte sich 2018 um zwei Prozent, die erste Verbesserung in den letzten sechs Jahren.
- Die Friedlichkeit in Deutschland hat jedoch seit 2013 um 12 Prozent abgenommen.
- Seit 2013 ist die Gesamtkriminalitätsrate um neun Prozent gesunken. Die Anzahl der schweren Straftaten hat jedoch zugenommen, was zu einer Verschlechterung des DFI-Werts führte.
- Die Anzahl der *Tötungsdelikte* in Deutschland ging 2018 um fünf Prozent zurück, was zu einer Verbesserung des Friedens führte. Gleichzeitig ist die Rate im Jahr 2018 jedoch um 35 Prozent höher als 2013.
- Die Rate von *Vergewaltigungen und sexueller Nötigung* ging 2018 um 18 Prozent zurück, ist damit aber immer noch 23 Prozent höher als 2014.
- Bei den *öffentlichen Unruhen* stieg die Rate in Deutschland seit 2013 um 163 Prozent.
- Deutschland belegte im Global Peace Index 2019 den 22. Platz.
- Die fünf friedlichsten Regionen Deutschlands sind Trier, Detmold, Unterfranken, Tübingen und Brandenburg.
- Die drei Bundesländer Berlin, Bremen und Hamburg gehörten als Stadtstaaten zu den fünf am wenigsten friedlichen Regionen Deutschlands, wobei Berlin die am wenigsten friedliche Region war.
- Die politisch motivierte Kriminalität in Deutschland stieg zwischen 2013 und 2018 um 14 Prozent.
- Die Quote der Drogendelikte stieg in den acht Jahren bis 2018 um 50 Prozent.
- Häusliche Gewalt verzeichnete in den sechs Jahren bis 2017 einen Anstieg von 15 Prozent.
- Markante Verbesserungen seit 2013 sind z. B. die Abnahme von *Waffenkriminalität* um 34 Prozent und von *Raubüberfällen* um 24 Prozent.
- Die Angst vor Kriminalität und Gewalt stieg von 2014 bis 2017 um 53 Prozent.
- Der Terrorismus in Deutschland erreichte 2016 mit 26 Toten und 114 Verletzten seinen Höhepunkt. 2018 gab es in Deutschland vier Terroranschläge, bei denen 19 Menschen verletzt wurden.

WARUM ES WICHTIG IST, FRIEDEN ZU MESSEN

Deutschland befindet sich auf Platz 22 von 163 und gehört damit zu den friedlichsten, im globalen Friedensindex (Global Peace Index, GPI) von 2019 erfassten Nationen der Welt. Im Vergleich zu den 38 europäischen Nationen liegt Deutschland auf Platz 15 der friedlichsten Länder Europas.

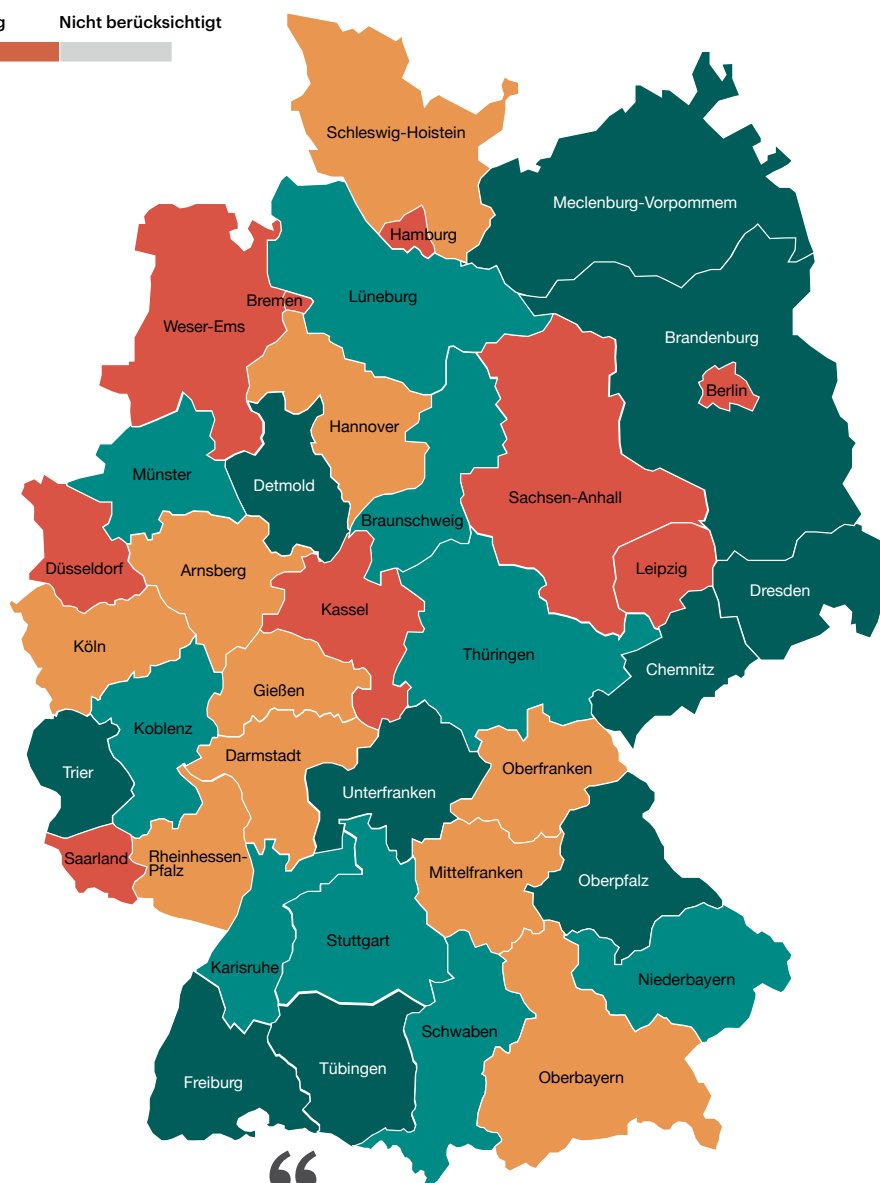
Die Friedenslage in Deutschland hat sich jedoch in den sechs Jahren seit 2013 um 12 Prozent verschlechtert. Wie in den meisten Ländern gibt es unterhalb der nationalen Ebene erhebliche Unterschiede im Ausmaß von Gewalt und *öffentlichen Unruhen*. Der Deutsche Friedensindex (DFI) schlüsselt die Verteilung von Frieden auf der Ebene von Regionen auf und hebt so die Unterschiede hinsichtlich der Friedlichkeit zwischen verschiedenen Teilen Deutschlands hervor. Darüber hinaus enthält der DFI eine Analyse der sozioökonomischen Faktoren, die im deutschen Kontext mit Friedlichkeit verbunden sind, sowie der wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt auf die deutsche Wirtschaft.

Der DFI misst Frieden, definiert als die „*Abwesenheit von Gewalt oder Angst vor Gewalt*“. Dies ist die erste Bestandsaufnahme der Friedlichkeit in Deutschland auf subnationaler Ebene. Hierbei werden Statistiken des Bundeskriminalamts (BKA) über *Gewalkriminalität* und *öffentliche Unruhen* genutzt.

Die jüngsten deutlichen Verschlechterungen in den Bereichen *Gewalkriminalität* und *Tötungsdelikte* wurden durch einen Rückgang der Gesamtkriminalitätsrate in Deutschland kaschiert, der die Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit auf sich gezogen hat. Der stärkere Fokus auf die Gesamtkriminalitätsrate in Deutschland verschleiert den Blick auf die Entwicklung in den Unterkategorien von Kriminalität, einschließlich *Gewalkriminalität*, die in den letzten Jahren einen Anstieg verzeichneten. Der DFI betont misst den Bereichen *Tötungsdelikte*, *Gewalkriminalität* und *öffentliche Unruhen* ein höheres Gewicht bei, was die Schwere dieser Straftaten besser widerspiegelt. Darüber hinaus untersucht der DFI das Niveau des positiven Friedens, definiert als die *Bevölkerungsansichten*, *Strukturen und Institutionen*, die Frieden schaffen und aufrechterhalten. Die Analyse des positiven Friedens konzentriert sich auf sozioökonomische Faktoren, die deutschlandweit mit Friedlichkeit einhergehen.

DEUTSCHER FRIEDENSINDEX

Sehr hoch	Hoch	Mittel	Niedrig	Nicht berücksichtigt
1	2.39	3.27	5	



Ergebnisse und Schlussfolgerungen

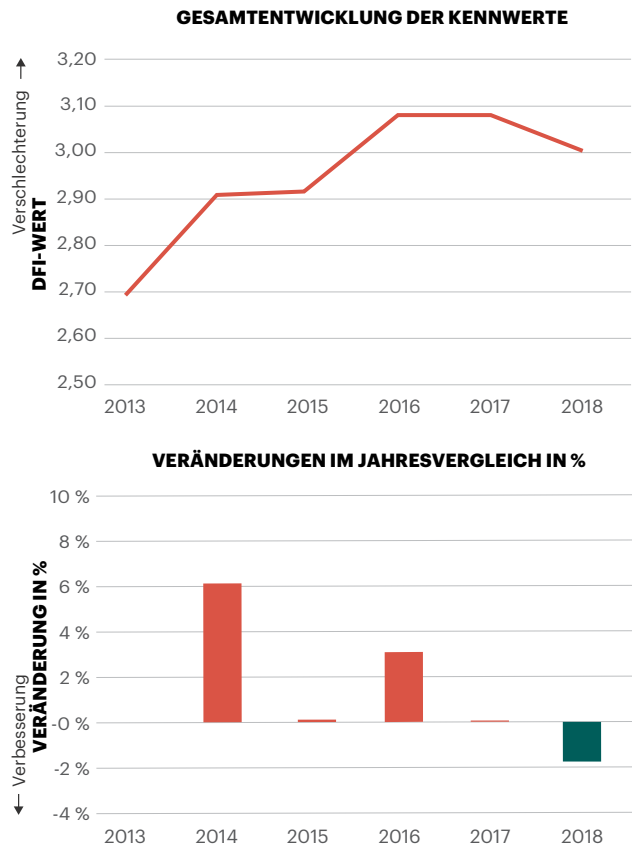
Das durchschnittliche nationale Friedensniveau in Deutschland verbesserte sich 2018 um zwei Prozent und verzeichnete damit in den letzten sechs Jahren erstmalig eine Verbesserung. Seit 2013 hat sich das Friedensniveau in Deutschland insgesamt jedoch um 12 Prozent verschlechtert.

Der Rückgang der Friedlichkeit in den letzten sechs Jahren ist hauptsächlich auf die deutliche Zunahme von *öffentlichen Unruhen*, *Tötungsdelikten* und *Gewaltkriminalität* zurückzuführen. Der größte Rückgang der Friedlichkeit wurde 2014 verzeichnet, als der durchschnittliche nationale Friedenswert um acht Prozent sank.

ABBILDUNG 1.2

Der Friedlichkeitstrend auf nationaler Ebene in Deutschland, 2013 - 2018

In Deutschland ist die Friedlichkeit von 2013 bis 2018 um 12 Prozent zurückgegangen. Der größte Friedensrückgang war 2014 zu verzeichnen, als sich der DFI-Wert um acht Prozent verschlechterte.



Quelle: IEP

Im Gegensatz zum DFI-Wert ist die Gesamtkriminalitätsrate in Deutschland, die alle Verstöße gegen das Bundesstrafrecht umfasst, in den letzten Jahren gesunken. Die Gesamtkriminalität in Deutschland ging von 7.797 pro 100.000 Einwohnern im Jahr 2015 auf 6.710 im Jahr 2018 zurück, was einem Rückgang von 14 Prozent entspricht. Dieser Rückgang der Gesamtkriminalität spiegelt jedoch nicht die deutsche Friedenslage wider, da weniger schwerwiegende Straftaten wie geringfügiger Diebstahl mit schwerwiegenderen Straftaten wie Tötungsdelikten zusammengefasst werden. Der DFI berücksichtigt dagegen nur schwerwiegende Straftaten, bei denen Gewalt oder *öffentliche Unruhen* eine Rolle spielen und zeigt so eine deutliche Verschlechterung. Trotz des sinkenden Friedensniveaus bleibt Deutschland eines der weltweit friedlichsten Länder mit einem relativ geringen Aufkommen von Gewalt und *öffentlichen Unruhen*.

Abbildung 1.2 zeigt die Friedensentwicklung in Deutschland auf nationaler Ebene und Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr.

Die Steigerung der Friedlichkeit im Jahr 2018 war das Ergebnis rückläufiger Tötungsdelikte, die gegenüber 2017 um fünf Prozent abnahmen. Die Rate der Tötungsdelikte stieg allerdings von 2013 bis 2018 um 35 Prozent von 0,66 Opfern pro 100.000 Einwohnern auf 0,89.¹ Der größte jährliche Anstieg wurde 2016 verzeichnet, als die Rate der Tötungsdelikte um 22 Prozent bzw. 138 zusätzliche Opfer anstieg.

Der Bereich *Öffentliche Unruhen* verzeichnete die größte Verschlechterung aller im DFI enthaltenen Indikatoren. Der Bereich *Öffentliche Unruhen* umfasst Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt, wie z. B. gegen Polizei- oder andere Strafverfolgungsbeamte und Straftaten oder Angriffe auf Amtsträger.² Deutschlandweit ist die Rate *öffentlicher Unruhen* pro 100.000 Einwohner zwischen 2013 und 2018 deutlich um 163 Prozent angestiegen. Im Jahr 2018 stieg die Rate der *öffentlichen Unruhen* um 21 Prozent. Deutschland hat sein Strafgesetzbuch 2017 geändert, um Gesetzeshüter, einschließlich der Polizei, besser zu schützen. Dies hatte direkte Auswirkungen auf den DFI-Indikator *Öffentliche Unruhen*. Abbildung 1.3 zeigt die Veränderung der Werte nach Bereichen.

Eine kürzlich durchgeführte Studie zu Polizeigewalt in Deutschland legt nahe, dass die Polizei in einer Vielzahl von Situationen Gewalt anwendet. Diese Situationen umfassen Demonstrationen und

Sportereignisse wie Fußballspiele sowie Situationen, in denen keine Massenansammlungen stattfinden.³ Polizeigewalt hat von 2013 bis 2017 45 Todesfälle verursacht.⁴

Die *Waffenkriminalitätsrate* hat die größte Verbesserung aller DFI-Indikatoren verzeichnet. Die Rate der *Waffenkriminalität* verzeichnete seit 2013 einen deutlichen Rückgang um 34 Prozent. Der Indikator *Waffenkriminalität* umfasst Straftaten, bei denen eine Schusswaffe eingesetzt bzw. deren Einsatz angedroht wird. Zum Beispiel würde ein Raubüberfall, bei dem eine Schusswaffe eingesetzt bzw. deren Einsatz angedroht wird, unter die Definition von *Waffenkriminalität* fallen. Im Jahr 2018 spielten Schusswaffen in rund 0,7 Prozent der in Deutschland begangenen Straftaten eine Rolle. Bei *Tötungsdelikten* und *Raubüberfällen* kommt es wesentlich häufiger zum Einsatz von Schusswaffen.

Der Anteil von *Tötungsdelikten* mit Schusswaffeneinsatz ging von sieben Prozent aller Fälle im Jahr 2013 auf 4,5 Prozent im Jahr 2018 zurück. Der Anteil der Raubüberfälle mit Schusswaffeneinsatz ist ebenfalls von 5,5 Prozent aller Fälle im Jahr 2013 auf 4,3 Prozent im Jahr 2018 gesunken. Die deutschen Waffengesetze gehören zu den

strengsten in Europa und beschränken den Erwerb, den Besitz und das Tragen von Schusswaffen.

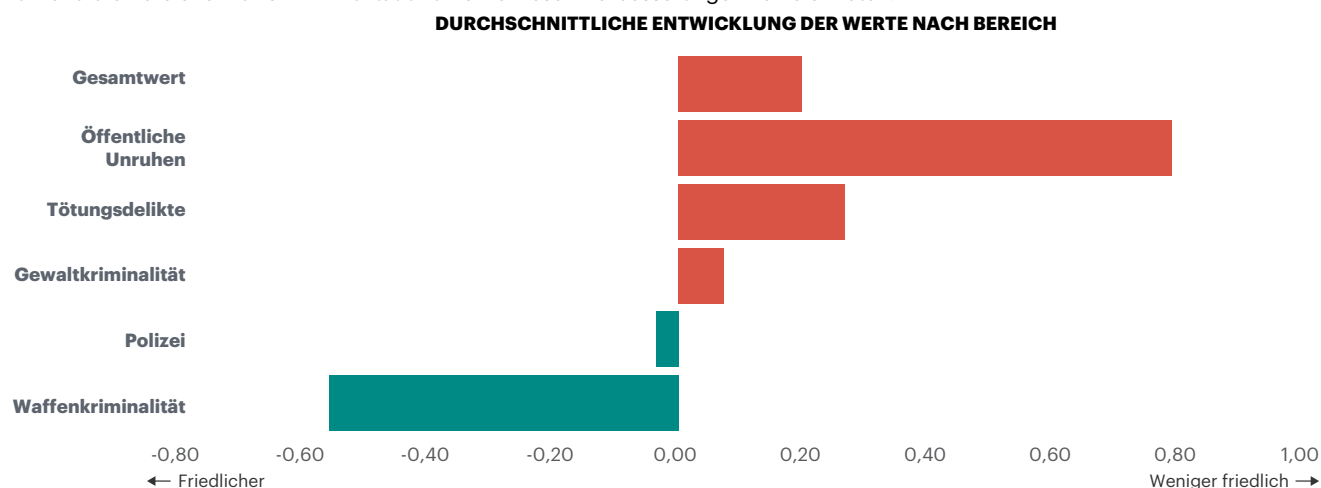
In Deutschland haben Polizeibefugnisse in den letzten Jahren stetig zugenommen, einschließlich des Rechts der Polizei, Personen festzunehmen und für längere Zeiträume festzusetzen. Deutschland hat 2017 ein neues Gesetz zur Überwachung von Verdächtigen verabschiedet, das Strafverfolgungsbehörden den Zugriff auf bestimmte persönliche und private Informationen zu Einzelpersonen ermöglicht.⁵ Die *Polizeidichte* in Deutschland hatte seit 2013 ebenfalls einen leichten Rückgang um drei Prozent zu verzeichnen.

Der Bereich *Gewaltkriminalität* umfasst drei Unterkategorien: Körperverletzung, Raubüberfälle sowie Vergewaltigung und sexuelle Nötigung. Der Bereichswert für *Gewaltkriminalität* verzeichnete seit 2013 eine Verschlechterung um acht Prozent. Die Unterkategorien des Bereichs *Gewaltkriminalität* entwickelten sich jedoch unterschiedlich, und diese Unterschiede sind im Gesamtwert für den Bereich nicht abgebildet. Die Entwicklung der einzelnen Indikatoren im Bereich *Gewaltkriminalität* ist in Abbildung 1.4 dargestellt.

ABBILDUNG 1.3

Entwicklung der Werte nach Bereichen, 2013 – 2018

Von 2013 bis 2018 verschlechterten sich die Bereiche öffentliche Unruhen, Gewaltkriminalität und Tötungsdelikte, während die Bereiche Waffenkriminalität und Polizeiwesen Verbesserungen verzeichneten.

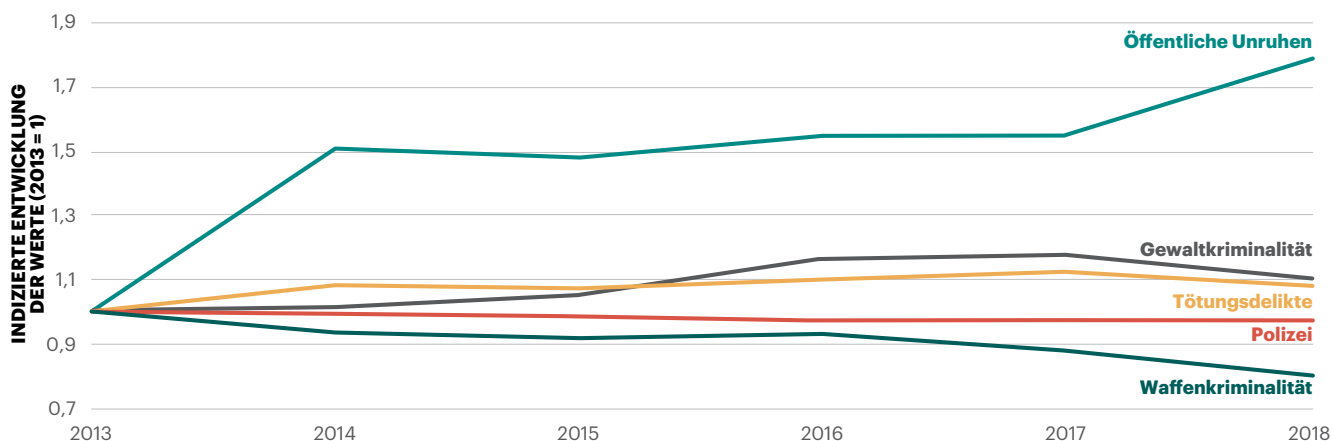


Quelle: IEP

ABBILDUNG 1.4

Indizierter Trend auf nationaler Ebene nach DFI-Bereichen, 2013 – 2018

Die Quote öffentlicher Unruhen in Deutschland verschlechterte sich von 2013 bis 2018 um 163 Prozent, während sich die Waffenkriminalitätsrate im gleichen Zeitraum um 34 Prozent verbesserte.



Quelle: IEP

Die Rate von Vergewaltigungen und sexueller Nötigung pro 100.000 Einwohner stieg von 2014 bis 2018 um 23 Prozent und verzeichnete den größten Anstieg unter den im Bereich *Gewaltkriminalität* enthaltenen Indikatoren. Der größte Anstieg der Rate von Vergewaltigungen und sexueller Nötigung wurde im Jahr 2016 verzeichnet, als diese gegenüber dem Vorjahr um 42 Prozent anstieg. Dieser Indikator verbesserte sich jedoch 2018 um 18 Prozent.

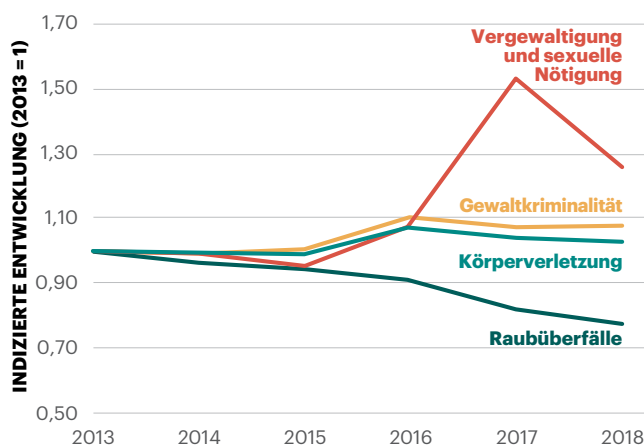
Der Bundestag verabschiedete 2016 Gesetzesänderungen im Bereich der Sexualstraftaten, die es Opfern ermöglichen, Vorfälle polizeilich zu melden, die in den bisherigen Rechtsvorschriften nicht erfasst waren. Der deutliche Anstieg in der Statistik über sexuelle Gewalt im Jahr 2016 könnte teilweise auf Gesetzesänderungen zurückzuführen sein. Die Gesetzesänderung war Gegenstand langjähriger Debatten.

Fälle von *Körperverletzung* nahmen von 2013 bis 2018 um drei Prozent zu. Der größte Anstieg war 2016 zu verzeichnen, als die Zahl der Körperverletzungen gegenüber 2015 um acht Prozent zunahm. *Raubüberfälle* waren der einzige Indikator im Bereich *Gewaltkriminalität*, der seit 2013 abgenommen hat. Die Rate der polizeilich gemeldeten *Raubüberfälle* pro 100.000 Einwohner ging von 2013 bis 2018 um 24 Prozent zurück. Abbildung 1.5 stellt die Entwicklung der Unterkategorien im Bereich *Gewaltkriminalität* dar.

ABBILDUNG 1.5

Entwicklung der Gewaltkriminalität nach Kategorien, 2013 – 2018

Körperverletzungen, Gewaltkriminalität, Vergewaltigungen und sexuelle Nötigung haben gegenüber 2013 zugenommen, während Raubüberfälle einen Rückgang verzeichneten.



Quelle: IEP und BKA

Die Dynamik von Kriminalität und Gewalt in Deutschland

Wie in den meisten Ländern mit hohem Friedensniveau gibt es auch in Deutschland zwischenmenschliche Gewalt.⁶ Diese Art von Gewalt wird als Gewalt zwischen Einzelpersonen definiert, entweder Menschen, die einander bekannt sind, oder Fremden. Zwischenmenschliche Gewalt bezieht sich auf die absichtliche Anwendung physischer Gewalt oder Kraft einer Person gegen eine andere Person und kann vorsätzliche Körperverletzung und sexuelle Gewalt einschließen.⁷ Zwischenmenschliche Gewalt kann wie im Fall von Tötungsdelikten tödlich oder nicht tödlich sein, wie zum

Beispiel bei Körperverletzung. Zwischenmenschliche Gewalt kann auch aus den Aktivitäten von OK-Gruppierungen hervorgehen. Im „Bundeslagebild Organisierte Kriminalität“ wurden sogenannte OK-Gruppierungen als potenzielle Bedrohung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit identifiziert. Die Mehrheit der OK-Gruppierungen konzentriert sich darauf, mit Waren oder Dienstleistungen Gewinn zu erzielen, die illegal, streng reguliert oder hoch besteuert sind, z. B. illegale Drogen.⁸ Dennoch ist ein Drittel der OK-Gruppierungen in Deutschland auch an anderen kriminellen Aktivitäten beteiligt, darunter Gewaltkriminalität wie Erpressung und *Tötungsdelikte*.⁹ In einigen Bereichen schaffen OK-Gruppierungen durch Einschüchterung ein Umfeld, das von der Öffentlichkeit als unsicher empfunden wird.

Die Ermittlungsverfahren gegen organisierte Kriminalität nahmen von 2016 bis 2017 um 1,6 Prozent zu. Nordrhein-Westfalen verzeichnete 2017 mit 111 Fällen die höchste Anzahl an Ermittlungsverfahren im Bereich organisierte Kriminalität, gefolgt von Bayern mit 76 und Berlin mit 68 Verfahren. In Nordrhein-Westfalen sind etwa 50 kriminelle Clans aktiv, darunter auch die kriminelle Gruppierung mit der höchsten Anzahl von Anklagen gegen ihre Mitglieder im Jahr 2019.¹⁰ Kriminelle Clans sind OK-Gruppierungen, die über Identitätsfaktoren wie die ethnische Abstammung verbunden sind und die an illegalen Aktivitäten von Betrug bis Gewalt beteiligt sind. Zwischen 2016 und 2018 waren Gruppierungen mit Clan-Zugehörigkeit an 14.225 Straftaten beteiligt, darunter zwei Tötungsdelikte und 24 versuchte Tötungsdelikte.¹¹ In Deutschland haben OK-Gruppierungen mit Clan-Zugehörigkeit kürzlich verstärkt die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich gezogen. Die Polizei hat dazu mehrere Großrazzien durchgeführt, um den kriminellen Aktivitäten derartiger Gruppierungen entgegenzuwirken.

KASTEN 1.1

Definition der organisierten Kriminalität in Deutschland

Das BKA definiert organisierte Kriminalität wie folgt: „Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

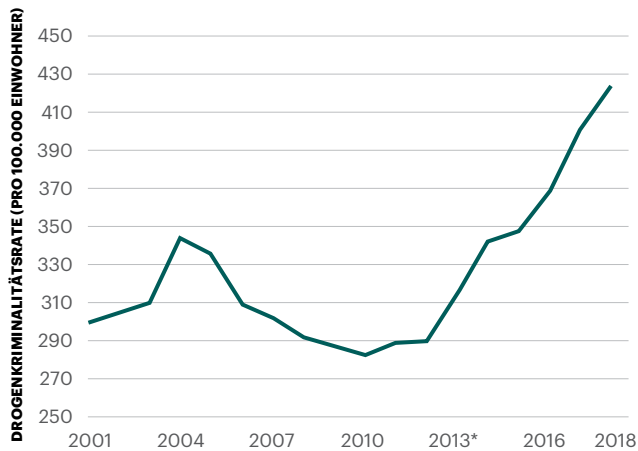
- a) unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen,
- b) unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder
- c) unter Einflussnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken.“

Die häufigste Form krimineller Betätigung von OK-Gruppierungen ist der illegale Drogenhandel. Die Drogenkriminalität, einschließlich Drogenschmuggel und Drogenhandel, stieg in Deutschland von 2010 bis 2018 um 50 Prozent. Im Jahr 2018 verzeichnete Hamburg mit 727 Fällen pro 100.000 Einwohner die höchste Drogenkriminalitätsrate. Es folgten Thüringen mit 611 und Bremen mit 547 Delikten. Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht veröffentlichte eine Studie, in der deutsche Städte 2018 die Rangliste für Methamphetamin- und Amphetaminkonsum anführen.¹²

ABBILDUNG 1.6

Entwicklung der Drogenkriminalität in Deutschland, 2001 – 2018

Das Ausmaß der im Zusammenhang mit Drogen begangenen Straftaten in Deutschland stieg von 2010 bis 2018 um 50 Prozent.



Quelle: BKA

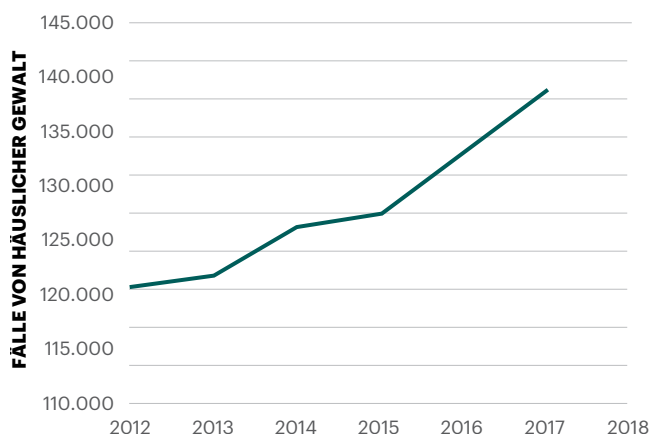
Eine weitere bedeutende Form zwischenmenschlicher Gewalt in Gebieten mit hohem Friedensniveau wie Deutschland ist Gewalt in Familien und Beziehungen. Häusliche Gewalt kann *Tötungsdelikte*, Körperverletzung und sexuelle Gewalt einschließen. Der DFI enthält den Indikator *Vergewaltigung und sexuelle Nötigung*, der alle polizeilich gemeldeten bzw. registrierten Fälle sexueller Gewalt, einschließlich derer im Rahmen von häuslicher Gewalt, umfasst.

Häusliche Gewalt ist in Deutschland weit verbreitet. Im Jahr 2017 wurden fast 140.000 Fälle gemeldet, ein Anstieg von 15 Prozent gegenüber 2012. Der Anstieg im Jahr 2017 ist teilweise auf die neue Gesetzgebung im Bereich sexuelle Gewalt zurückzuführen, die der Bundestag 2016 verabschiedet hat. Die Gesetzgebung erlaubte es der Polizei, weiter gefasste Kategorien wie Nötigung, Freiheitsberaubung, sexuelle Sklaverei und Zwangsprostitution als sexuelle Straftaten zu erfassen. Das Gesetz sollte es Opfern

ABBILDUNG 1.7

Entwicklung bei Fällen von häuslicher Gewalt in Deutschland, 2012 – 2018

Die Fälle von häuslicher Gewalt stiegen von 120.000 im Jahr 2012 auf 140.000 im Jahr 2017, was einem Anstieg von 15 Prozent über einen Zeitraum von sechs Jahren entspricht.



Quelle: BKA

erleichtern, Vorfälle sexueller Gewalt der Polizei zu melden. Abbildung 1.7 zeigt die Entwicklung der Fälle von häuslicher Gewalt in Deutschland.

Deutsche Staatsbürger machen 72 Prozent der Opfer sexueller Gewalt aus. Ebenso sind die Täter mit 68 Prozent der polizeilich registrierten Fälle überwiegend deutsche Staatsbürger. Frauen sind überproportional von häuslicher Gewalt betroffen. Im Jahr 2017 waren 82 Prozent der Opfer weiblich.¹³ Darüber hinaus waren 79 Prozent der Opfer von tödlicher häuslicher Gewalt Frauen.

Ein aktueller Trend in Deutschland ist die Zunahme politisch motivierter Kriminalität. Hier war von 2003 bis 2018 ein deutlicher Anstieg von 76 Prozent zu verzeichnen. Im Jahr 2018 wurden 36.062 politisch motivierte Delikte gemeldet. Die größte Veränderung mit einem Anstieg um 51 Prozent war im Zeitraum zwischen 2012 und 2016 zu verzeichnen. Politisch motivierte Kriminalität bezeichnet Straftaten, bei denen Verdächtige oder Täter aus politischen oder ideologischen Gründen handeln. Eine detailliertere Definition dieser Kategorie von Straftaten ist in Kasten 1.2 enthalten.

Die politisch motivierte Kriminalität erreichte 2016 mit 41.546 von der Polizei in ganz Deutschland verzeichneten Vorfällen ihren Höhepunkt und ist über die letzten zwei Jahre zurückgegangen. Allerdings tritt politisch motivierte Kriminalität aktuell fast doppelt so häufig auf wie 2003. Abbildung 1.8 zeigt die Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität in Deutschland.

ABBILDUNG 1.8

Berichte über politisch motivierte Kriminalität in Deutschland, 2001 – 2018

Politisch motivierte Straftaten haben von 2003 bis 2018 um 76 Prozent zugenommen, wobei 2016 mit 41.546 Vorfällen die höchste Anzahl politisch motivierter Straftaten verzeichnet wurde.



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

“

Häusliche Gewalt ist in Deutschland weit verbreitet. Im Jahr 2017 wurden fast 140.000 Fälle gemeldet, ein Anstieg von 15 Prozent gegenüber 2012.

KASTEN 1.2

Definition Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland

Der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) werden laut BKA Straftaten zugeordnet, wenn die Tatumstände und/oder die TäterEinstellung Anhaltspunkte dafür bieten, dass sie

- den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
- sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten,
- auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- gegen eine Person wegen ihrer Eigenschaften, politischen Haltung, Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, ihres sozialen Status, einer physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung oder ihrer sexuellen Orientierung gerichtet sind.¹⁴

Die deutsche Polizei schlüsselt politisch motivierte Kriminalität weiter auf und betont das politische Motiv des Täters. Je nach Motivation werden Straftaten beispielsweise als Politisch motivierte Kriminalität -links- oder Politisch motivierte Kriminalität -rechts- eingestuft. Zwei weitere Kategorien sind die Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie sowie Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie. Im Jahr 2018 wurde in 57 Prozent der erfassten Fälle politisch motivierter Kriminalität eine rechte und in 22 Prozent der Fälle eine linke Motivation festgestellt. Externe politische Motive oder Motive, die nicht mit innerstaatlichen Themen in Deutschland verknüpft waren, machten neun Prozent der Fälle politisch motivierter Kriminalität aus.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat 2018 einen Anstieg der Hasskriminalität um 2,5 Prozent gemeldet.

Hasskriminalität ist eine Kategorie politisch motivierter Kriminalität. Dazu gehört das zunehmende Ausmaß an Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Der für seine einwandererfreundlichen Ansichten bekannte Politiker Walter Lübcke wurde im Juni 2019 ermordet. Die Polizei berichtete später, dass der Verdächtige aus politischen Motiven gehandelt hatte. Politisch motivierte Kriminalität kann sich auch gegen die Polizei richten.¹⁵

Um der Zunahme politisch motivierter Kriminalität entgegenzuwirken, hat Deutschland Initiativen ergriffen, um Hassrede in sozialen Netzwerken zu begrenzen. Deutschland hat 2017 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) eingeführt, wonach Social-Media-Websites Inhalte entfernen müssen, die als Hassrede gelten. Bei Verstößen können Social-Media-Netzwerke mit Geldstrafen von bis zu 50 Millionen Euro belegt werden.

Terroranschläge, die in den letzten Jahren auch in Deutschland zugenommen haben, sind eng mit politisch motivierter Kriminalität verbunden. In Deutschland hatten 18 Prozent der identifizierten Terroristen und derjenigen, die in den Nahen Osten gereist waren, um sich dem Islamischen Staat anzuschließen, in der Vergangenheit politisch motivierte Straftaten begangen.

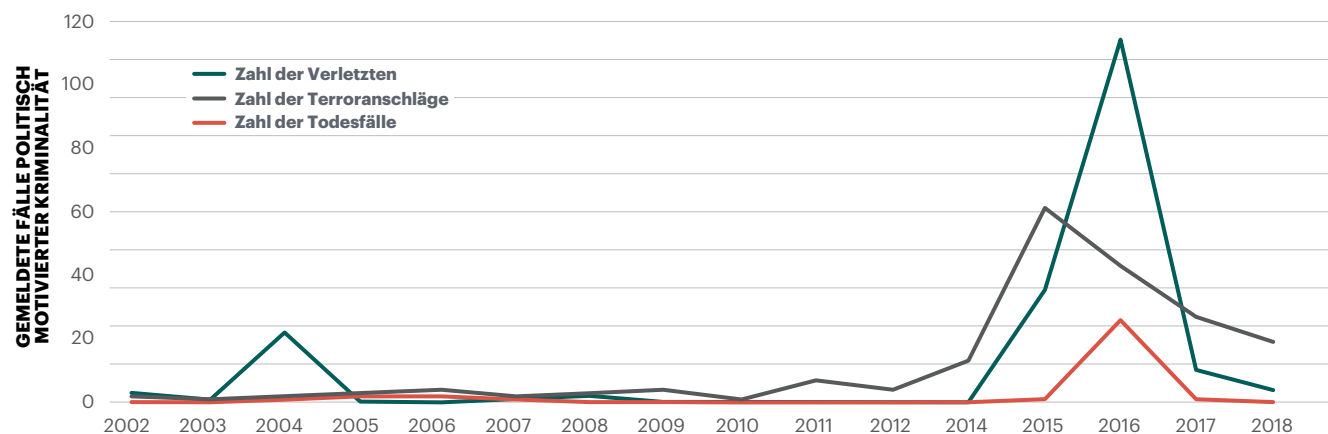
Die Terroranschläge in Deutschland stiegen von einem Anschlag im Jahr 2010 auf 61 im Jahr 2015. Die meisten Opfer des Terrorismus wurden 2016 mit 26 Toten und 114 Verletzten verzeichnet. In Deutschland gab es 43 Terroranschläge im Jahr 2016. In sechs dieser Fälle wird von einer Verbindung zur Terrorgruppe Islamischer Staat ausgegangen.¹⁶ Bei dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt kamen 12 Menschen ums Leben und 48 wurden verletzt. Im selben Jahr wurde ein Sprengstoffanschlag auf einen Sikh-Tempel in Essen verübt, bei dem drei Menschen verletzt wurden. Mit dem Niedergang des Islamischen Staates sind die Terroranschläge seit 2016 mit einer durchschnittlichen jährlichen Anzahl von 23 Vorfällen für 2017 und 2018 erheblich zurückgegangen.

Im Global Terrorism Index 2019 belegte Deutschland in Bezug auf die Auswirkungen des Terrorismus den vierten Platz in Europa. Im Jahr 2018 wurden 19 Terroranschläge verzeichnet. Deutschland hat versucht, der Bedrohung durch Terror mit verstärkten Polizeibefugnissen und Überwachung entgegenzuwirken.

ABBILDUNG 1.9

Entwicklung bei Terroranschlägen und -opfern in Deutschland, 2002 – 2018

Deutschland hatte in den letzten Jahren einen deutlichen Anstieg von Terroranschlägen und deren Opfern zu verzeichnen. Im Jahr 2016 wurden bei 43 Terrorvorfällen 26 Menschen getötet und 114 verletzt.



Quelle: GTI2018

Terroristische Aktivitäten erreichten 2015 und 2016 ihren Höhepunkt in Deutschland und sind seitdem erheblich zurückgegangen, was mit dem Sturz des sogenannten Islamischen Staates als Terrorgruppe im Nahen Osten zusammenfällt. In Deutschland gab es 2017 nur einen schweren Anschlag. Im Juli griff ein Terrorist in einem Hamburger Supermarkt Passanten an, wobei ein Mensch getötet und sechs weitere verletzt wurden. Der Täter wurde von Passanten überwältigt, die ihn bis zum Eintreffen der Polizei festhielten. Der Terrorist hatte sich zwar ISIS-Videos angesehen, eine formelle Verbindungen zur Gruppierung bestand jedoch nicht. Er erklärte, er habe den Angriff in Namen des globalen Dschihad begangen.¹⁷

Die hohe Zahl der Opfer von Terroranschlägen in Deutschland im Jahr 2016 schien die öffentliche Sicherheitswahrnehmung im Land zu beeinträchtigen. In einer 2016 von einer Versicherungsgruppe durchgeführten Umfrage gaben 73 Prozent der Befragten an, besorgt zu sein, Opfer eines Terroranschlags zu werden. Entsprechend der sinkenden Zahl von Terroranschlägen in den Jahren 2017 und 2018 sank die Zahl der Befragten, die angaben, Sorge vor Terroranschlägen zu haben, auf 59 Prozent im Jahr 2018 und auf 44 Prozent im Jahr 2019.¹⁸ Obwohl die Angst der Bevölkerung nachlässt, sind die Zahlen im Vergleich zu der sehr geringen Wahrscheinlichkeit, einen Angriff miterleben, immer noch relativ hoch.

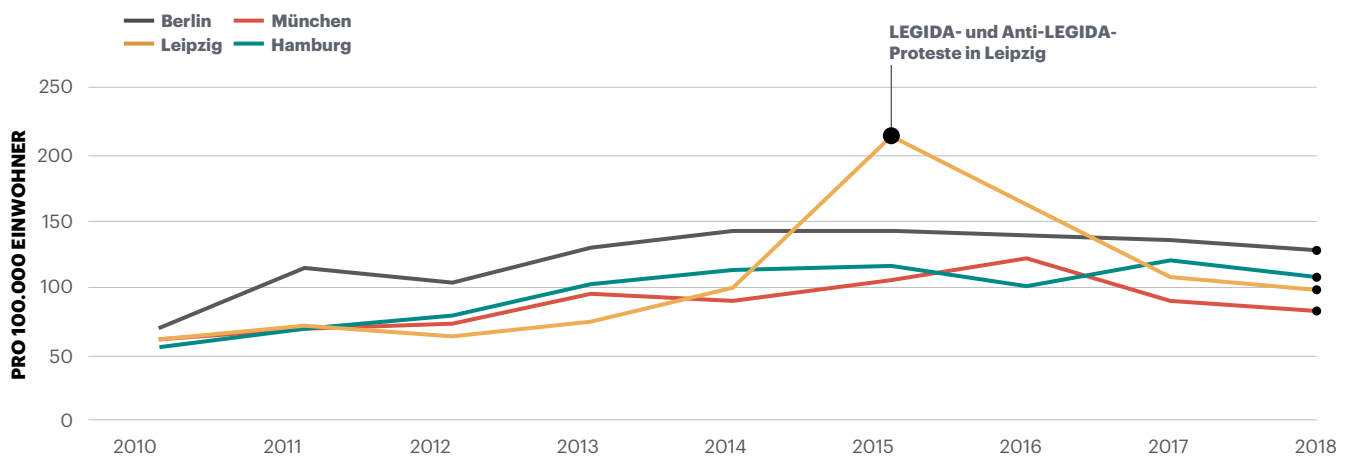
In Deutschland wurden Massenkundgebungen für oder gegen Anliegen im Zusammenhang mit Innenpolitik, Klimawandel, Globalisierung, Wirtschaftsfragen, Migration und Bürgerrechten durchgeführt. Im Jahr 2018 nahmen über 240.000 Menschen an einer Großdemonstration in Berlin teil, um sich gegen alle Arten von Ausgrenzung auszusprechen. An der Kundgebung nahmen politische Aktivisten, Schulkinder, Nichtregierungsorganisationen und andere Gruppierungen teil.¹⁹ Auch Gegenproteste gehörten zum Lagebild in Deutschland, bei denen Gruppen von Demonstranten mit gegensätzlichen Ansichten zu verschiedenen Themen einander oder der Polizei gegenüberstanden.

Ein Mangel an Daten zu Protesten in Deutschland erschwert die vergleichende Analyse der Demonstrationen und den Vergleich aktueller Proteste mit historischen. Von der Süddeutschen Zeitung bei verschiedenen Polizeidienststellen gesammelte Daten zeigen, dass in Leipzig ein Anstieg der Proteste zu verzeichnen war, der mit dem Höhepunkt der europäischen Einwanderungskrise zusammenfiel, als die Protestrate 200 pro 100.000 Einwohner erreichte.²⁰ Auch die Anzahl der Proteste in Berlin, Hamburg und München hat seit 2013 zugenommen. Deutsche Großstädte wie Berlin, Frankfurt und München waren Spitzenreiter bei Protesten zu wirtschaftlichen Themen wie Wohnen. In anderen Städten, wie zum Beispiel Chemnitz, bezogen sich die Proteste auf Immigrationsfragen.²¹

ABBILDUNG 1.10

Entwicklung der Demonstrationsrate in deutschen Städten, 2010 – 2018

Die größten Städte Deutschlands verzeichneten einen Anstieg der Demonstrationen.



Quelle: Süddeutsche Zeitung

“

Im Jahr 2018 nahmen über 240.000 Menschen an einer Großdemonstration in Berlin teil, um sich gegen alle Formen von Ausgrenzung auszusprechen.

METHODIK AUF EINEN BLICK

Der DFI basiert auf dem seit 2007 jährlich durch das IEP erstellten Global Peace Index, dem führenden Instrument zur weltweiten Messung von Friedlichkeit. Der DFI bedient sich einer ähnlichen Methodik wie der United Kingdom Peace Index (UKPI), der United States Peace Index (USPI) und der Mexico Peace Index (MPI), die ebenfalls vom IEP erstellt wurden. In diesem Abschnitt finden Sie einen Überblick über die DFI-Methodik. Ausführlichere Details zur Methodik werden im Anhang A auf Seite 53 dargelegt. Der DFI setzt sich aus den folgenden fünf Indikatoren zusammen, deren Werte zwischen eins und fünf liegen können, wobei eins den friedlichsten und fünf den am wenigsten friedlichen Wert repräsentiert.

Tötungsdelikte

Die Anzahl der Opfer von *Tötungsdelikten* pro 100.000 Einwohner auf Landkreisebene in Deutschland.

Gewaltkriminalität

Der Bereich *Gewaltkriminalität* umfasst *Raubüberfälle*, *Körperverletzung*, *Vergewaltigung* und *sexuelle Nötigung* sowie weitere Fälle von *Gewaltkriminalität* wie Erpressung und Geiselnahme. Diese Unterkategorien werden gewichtet und dann summiert, um die Rate der *Gewaltkriminalität* zu berechnen.

Waffenkriminalität

Die Anzahl der *Tötungsdelikte* oder der Fälle von *Gewaltkriminalität* mit Schusswaffeneinsatz pro 100.000 Einwohner.

Öffentliche Unruhe

Öffentliche Unruhe bezeichnet die Fälle von Widerstand gegen oder Angriffe auf Behörden oder Strafverfolgungsbeamte pro 100.000 Einwohner.

Polizeidichte

Die *Polizeidichte* gibt die Gesamtzahl der Polizeikräfte pro 100.000 Einwohner in einer bestimmten Region wieder.

Daten

Die Daten für den Deutschen Friedensindex stammen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) bzw. vom Bundeskriminalamt (BKA). Die PKS wird auf Landkreis- (NUTS3) oder Bundeslandebene (NUTS1) erhoben. Der DFI fasst Kriminalstatistiken auf Landkreisebene zusammen, um die Friedenswerte auf regionaler oder NUTS2-Ebene zu schätzen.

Opferzahlen und Genauigkeit der Kriminalstatistik in Deutschland

Bei der Erstellung des deutschen Friedensindex, der sich auf Daten zur Kriminalität stützt, muss entschieden werden, ob von der Polizei erfasste Straftaten oder solche aus Erhebungen zur Viktimisierung durch Straftaten verwendet werden. Umfragen zur Viktimisierung von Straftaten basieren auf einer repräsentativen Stichprobe der Bevölkerung eines Landes und werden zur Schätzung der Kriminalitätsraten für verschiedene Kategorien von Straftaten verwendet. Die Kriminalstatistik der Polizei umfasst alle Straftaten, die der Polizei gemeldet oder von ihr aufgedeckt wurden. Polizeiliche Kriminalstatistiken tendieren dazu, das Ausmaß von Kriminalität zu unterschätzen, da ein Teil der Straftaten nicht gemeldet wird. In Anbetracht der Tatsache, dass auf regionaler Ebene keine Daten aus Viktimisierungsumfragen verfügbar sind, werden nicht alle einzelnen Kategorien von Straftaten im DFI an die jeweilige Dunkelziffer angepasst.

In Deutschland werden weniger als 50 Prozent aller Straftaten der Polizei gemeldet. Die Dunkelziffer variiert mit den verschiedenen Kategorien von Straftaten. Kleinere und häufigere Straftaten weisen

im Vergleich zu weniger häufigen und schwerwiegenden Straftaten eine höhere Dunkelziffer auf.²²

Studien zu Kriminalität und Gewalt schätzen die Dunkelziffer für verschiedene Kategorien von Straftaten anhand von Umfragen zur Viktimisierung durch Straftaten, um die Dunkelziffer so in der polizeilichen Kriminalstatistik zu berücksichtigen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt die in seiner Kriminalitätsstudie 2015 in Deutschland verwendeten Korrekturfaktoren. Die höchste Dunkelziffer von 247 wird im Bereich Internetkriminalität geschätzt, was bedeutet, dass für jeden gemeldeten Fall von Internetkriminalität 247 andere nicht bei der Polizei gemeldet werden. Mord und Totschlag haben die niedrigsten Dunkelziffern. Tabelle 1.1 zeigt die Dunkelziffern aus der DIW-Studie.

TABELLE 1.1

Die Dunkelziffer variiert mit den verschiedenen Kategorien von Straftaten.

Indikator	Mittelwert der geschätzten Dunkelzifferwerte
Mord und Totschlag	1,83
Körperverletzung	4,05
Bedrohung	28,91
Einbruch	5,57
Diebstahl	2,94
Internetkriminalität	247,15

Quelle: DIW

Das Bundesamt für Kriminalstatistik meldet zwei landesweite Viktimisierungserhebungen, die 2012 und 2017 durchgeführt wurden. Die nationalen Umfragen verwenden eine Stichprobengröße von 30.000 Teilnehmern in den 16 Bundesländern. Einige Länder führten zusätzlich eigene Umfragen zur Viktimisierung durch Straftaten durch. Die Umfrage von 2017 ergab, dass die meisten Straftaten, denen Deutsche zum Opfer fielen, in den Bereichen Diebstahl, Internetkriminalität und Eigentumsdelikte zu verzeichnen waren, während Straftaten in Verbindung mit Körperverletzung oder Raub selten waren.²³ Aktuelle Umfragen zeigen deutschlandweit eine rückläufige Rate der Viktimisierung durch *Gewaltkriminalität*.

Andererseits werden Eigentumsdelikte häufiger gemeldet als andere Arten von Straftaten. Dies wird hauptsächlich den Verfahren zur Geltendmachung von Versicherungsansprüchen zugeschrieben, da die Straftat polizeilich gemeldet werden muss, damit die Versicherung den Schaden begleicht. Die Analyse der Viktimisierungsumfrage in Deutschland zeigt, dass Eigentumsdelikte im Verhältnis häufiger polizeilich gemeldet werden als Gewaltkriminalität.

Regionale Friedensverteilung in ganz Deutschland

Der DFI misst den Frieden in den 38 Regionen Deutschlands. Die Kriminalstatistik der deutschen Polizei wird auf Landkreis- oder Bundeslandebene erhoben. Der DFI fasst polizeiliche Kriminalstatistiken von der Landkreis- bis zur Regionalebene zusammen.

Obwohl Deutschland zu den friedlichsten Ländern der Welt gehört, variiert die Friedlichkeit innerhalb Deutschlands erheblich. Die drei Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg zählen im DFI zu den fünf am wenigsten friedlichen Regionen.

Die fünf am wenigsten friedlichen Regionen in Deutschland sind Berlin, Bremen, Hamburg, Leipzig und Sachsen-Anhalt. Berlin ist die am wenigsten friedliche Region in Deutschland mit einem deutlich höheren Aufkommen von *Tötungsdelikten*, *Gewaltkriminalität* und *öffentlichen Unruhen*. Bremen und Hamburg belegen den zweiten bzw. dritten Platz unter den am wenigsten friedlichen Regionen. Leipzig, eine weitere Großstadt im Norden Sachsens, belegt im DFI den vierten Platz unter den am wenigsten friedlichen Regionen.

Ein höheres Maß an Kriminalität und Gewalt in deutschen Städten unterstreicht den städtischen und zwischenmenschlichen Charakter von Gewalt im Land. Selbst wenn die Bevölkerungszahl berücksichtigt wird, ist in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte wie Berlin, Hamburg, Leipzig und Bremen tendenziell ein höheres Maß an Kriminalität und Gewalt zu beobachten. Diese Konzentration von Gewalt in dicht besiedelten Gebieten wird zudem durch die Korrelation zwischen dem DFI-Wert und der Bevölkerungsdichte bestätigt, die darauf hinweist, dass eine Zunahme der Bevölkerungsdichte mit einem geringeren Friedensniveau verbunden ist.

Die fünf friedlichsten Regionen Deutschlands sind Trier, Detmold, Unterfranken, Tübingen und Brandenburg. Diese Regionen weisen im deutschlandweiten Vergleich niedrigere Raten von *Gewaltkriminalität*, *Tötungsdelikten* und *öffentlichen Unruhen* auf. Beispielsweise lag die Rate der Tötungsdelikte in Trier im Jahr 2018 bei 0,19 pro 100.000 Einwohner und in Detmold bei 0,29 pro 100.000 Einwohner. Verglichen mit der nationalen Rate von 0,89 pro 100.000 Einwohnern ist die Rate der Tötungsdelikte in den fünf friedlichsten Bundesländern deutlich niedriger. Die beiden friedlichsten Regionen Deutschlands, Trier und Detmold, verzeichneten im Bereich der Tötungsdelikte die niedrigsten Raten. Tabelle 1.2 stellt die Rangfolge der Regionen nach dem DFI von 2019 dar.

TABELLE 1.2

Rangfolge der Regionen nach Friedlichkeit, Deutscher Friedensindex, 2018

Je niedriger der Wert, desto höher das Friedensniveau.

Rang	Region	Bundesland	Gesamtwert	Rang	Region	Bundesland	Gesamtwert
1	Trier	Rheinland-Pfalz	2,155	20	Darmstadt	Hessen	2,926
2	Detmold	Nordrhein-Westfalen	2,322	21	Gießen	Hessen	2,947
3	Unterfranken	Bayern	2,334	22	Oberbayern	Bayern	2,961
4	Tübingen	Baden-Württemberg	2,445	23	Oberfranken	Bayern	2,988
5	Brandenburg	Brandenburg	2,528	24	Mittelfranken	Bayern	2,992
6	Freiburg	Baden-Württemberg	2,545	25	Rheinhessen-Pfalz	Rheinland-Pfalz	3,052
7	Oberpfalz	Bayern	2,581	26	Hannover	Niedersachsen	3,055
8	Mecklenburg-Vorpommern	Mecklenburg-Vorpommern	2,588	27	Arnsberg	Nordrhein-Westfalen	3,058
9	Dresden	Sachsen	2,592	28	Schleswig-Holstein	Schleswig-Holstein	3,075
10	Chemnitz	Sachsen	2,648	29	Köln	Nordrhein-Westfalen	3,079
11	Niederbayern	Bayern	2,658	30	Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	3,204
12	Münster	Nordrhein-Westfalen	2,702	31	Kassel	Hessen	3,611
13	Stuttgart	Baden-Württemberg	2,715	32	Weser-Ems	Niedersachsen	3,612
14	Koblenz	Rheinland-Pfalz	2,722	33	Saarland	Saarland	3,636
15	Schwaben	Bayern	2,726	34	Sachsen-Anhalt	Sachsen-Anhalt	3,734
16	Lüneburg	Niedersachsen	2,757	35	Leipzig	Sachsen	3,908
17	Braunschweig	Niedersachsen	2,77	36	Hamburg	Hamburg	4,344
18	Karlsruhe	Baden-Württemberg	2,9	37	Bremen	Bremen	4,605
19	Thüringen	Thüringen	2,922	38	Berlin	Berlin	4,741

Quelle: IEP

DIE FRIEDLICHSTEN UND AM WENIGSTEN FRIEDLICHEN REGIONEN

Bei sämtlichen im DFI enthaltenen Messwerten für Friedlichkeit besteht eine erhebliche Kluft zwischen den fünf friedlichsten und am wenigsten friedlichen Regionen. Abbildung 1.11 vergleicht die Indikatorenwerte für die am wenigsten friedlichen und friedlichsten Regionen. Die Indikatoren *Gewaltkriminalität*, *Tötungsdelikte* und *Polizeidichte* zeigen die größte Divergenz zwischen den am wenigsten friedlichen und den friedlichsten Regionen. Beispielsweise liegt die durchschnittliche Rate der *Tötungsdelikte* in den fünf am wenigsten friedlichen Regionen bei 1,78 pro 100.000 Einwohnern. Dieser Wert ist erheblich höher als die deutschlandweite Rate von *Tötungsdelikten* von 0,89. In den fünf friedlichsten Regionen liegt die Rate der *Tötungsdelikte* bei 0,39 pro 100.000 Einwohnern und ist damit wesentlich niedriger als in den fünf am wenigsten friedlichen Regionen. Im Bereich *Gewaltkriminalität* ist die Rate in den am wenigsten friedlichen Regionen fast doppelt so hoch wie deutschlandweit.

Unter allen Indikatoren ist der Unterschied zwischen den friedlichsten und am wenigsten friedlichen Regionen bei der *Waffenkriminalität* am geringsten. Strenge Gesetze und Vorschriften für den Besitz von Schusswaffen in Deutschland haben dazu beigetragen, die Kluft zwischen den am wenigsten friedlichen und den friedlichsten Regionen in Deutschland beim Indikator *Waffenkriminalität* zu minimieren. Die strengen Waffengesetze haben ebenfalls zum deutschlandweiten Rückgang der *Waffenkriminalität* seit 2013 um 34 Prozent beigetragen.²⁴ Seit 2013 ist die *Waffenkriminalität* in 32 Regionen gesunken, in sechs Regionen ist ein Anstieg zu verzeichnen.

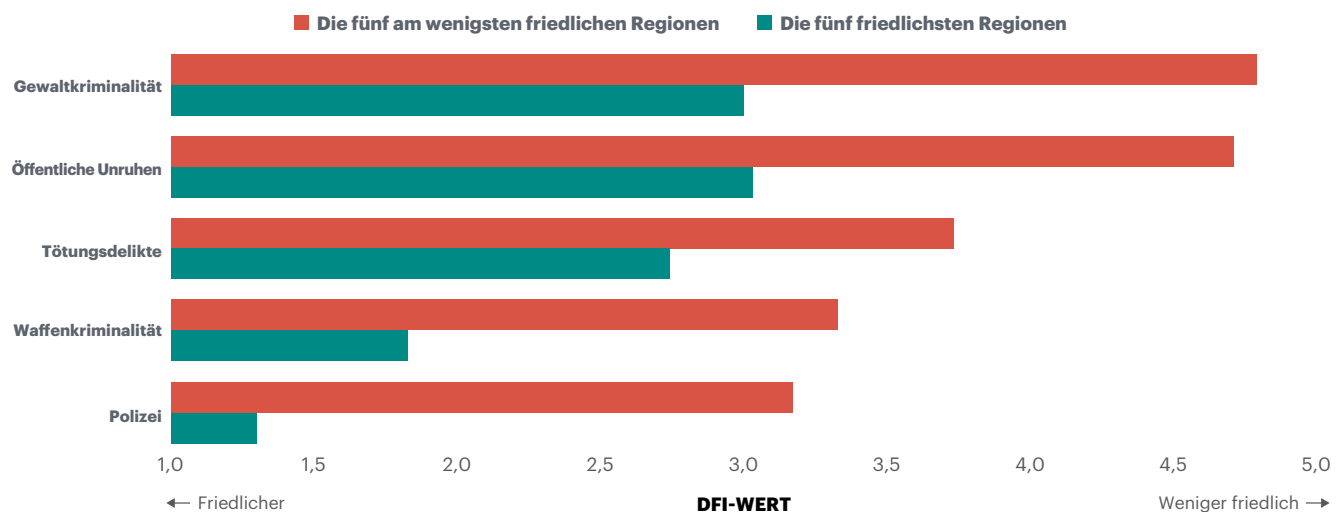
Den größten Rückgang im Bereich *Waffenkriminalität* verzeichnete die Region Mecklenburg-Vorpommern, wo die Rate von 2013 bis 2018 um 73 Prozent zurückging. Im Gegensatz dazu hat sich die Rate im Bereich *Waffenkriminalität* in Thüringen merklich verschlechtert und stieg von 2013 bis 2018 um 195 Prozent.

Alle 38 Regionen hatten seit 2013 erhebliche Verschlechterungen bei der Rate der *öffentlichen Unruhen* zu verzeichnen. Der Anstieg der Rate öffentlicher Unruhen reicht von 67 Prozent in Bremen bis 377 Prozent in der Region Karlsruhe im Bundesland Baden-Württemberg.

ABBILDUNG 1.11

Die Friedenskluft zwischen den friedlichsten und den am wenigsten friedlichen Regionen, 2018

Die fünf am wenigsten friedlichen Regionen in Deutschland weisen eine höhere Quote von Tötungsdelikten, Waffenkriminalität, Polizeipräsenz, öffentlichen Unruhen und Gewaltkriminalität auf als die fünf friedlichsten Regionen.



Quelle: IEP

“

Die drei deutschen Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg gehörten zu den fünf am wenigsten friedlichen Regionen Deutschlands, wobei Berlin die am wenigsten friedliche Region war.

Die fünf friedlichsten Regionen

Die fünf friedlichsten Regionen in Deutschland hatten alle ein sehr geringes Aufkommen von Gewalt und *öffentlichen Unruhen*. Tabelle 1.3 zeigt die Indikatorwerte und die DFI-Werte der fünf friedlichsten Regionen. In diesen Regionen liegen die Raten in den Bereichen *Tötungsdelikte* und *Gewaltkriminalität* deutlich unter dem landesweiten Durchschnitt. Bei den *Tötungsdelikten* liegt die Rate der fünf friedlichsten Regionen bei 0,39 pro 100.000 Einwohner, verglichen mit der deutschlandweiten Rate von 0,89. Die Rate der *Gewaltkriminalität* liegt in den fünf friedlichsten Regionen bei 266 pro 100.000 Einwohner, verglichen mit 396 auf nationaler Ebene.

TABELLE 1.3

Die fünf friedlichsten Regionen Deutschlands, 2018

Mit einer durchschnittlichen Rate von 0,39 Tötungsdelikten pro 100.000 Einwohner verzeichneten die fünf friedlichsten Regionen im Vergleich zur deutschlandweiten Rate von 0,89 ein signifikant niedrigeres Gewaltaufkommen.

Rang	Region	Bundesland	Gesamtwert	Tötungsdelikte	Öffentliche Unruhen	Gewaltkriminalität	Waffenkriminalität	Polizeidichte
1	Trier	Rheinland-Pfalz	2,16	1,51	3,19	2,94	1,68	1,28
2	Detmold	Nordrhein-Westfalen	2,32	1,79	3,32	3,12	1,86	1,03
3	Unterfranken	Bayern	2,33	1,84	3,12	3,12	1,86	1,29
4	Tübingen	Baden-Württemberg	2,44	3,04	2,57	2,58	1,65	1
5	Brandenburg	Brandenburg	2,53	2,07	2,92	3,35	2,11	1,92

Quelle: IEP

Trier

Trier war 2018 die friedlichste Region Deutschlands. Die Region im Südwesten von Rheinland-Pfalz, verzeichnete zwischen 2013 und 2018 eine Verbesserung des Friedensniveaus um zehn Prozent. Die Verbesserung des Friedensniveaus in Trier ist auf das niedrige Aufkommen von *Tötungsdelikten* und Fällen von *Waffenkriminalität* zurückzuführen. Trier ist die bevölkerungsärmste Region in Deutschland.

Trier verzeichnete bei den Tötungsdelikten durchweg eine niedrige Rate, die von 0,63 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2016 auf 0,19 im Jahr 2018 zurückging, was einer Verbesserung von 70 Prozent entspricht. Dies führte zu einer allgemeinen Verbesserung der Friedlichkeit in der Region um 35 Prozent.

Die Rate der *Waffenkriminalität* in Trier lag 2018 bei 1,89 pro 100.000 Einwohner und ging gegenüber dem Vorjahr um 41 Prozent zurück. Im Bereich *Gewaltkriminalität* liegt die Rate bei 284 pro 100.000 Einwohner und ist damit wesentlich niedriger als der deutschlandweite Durchschnitt. Sie stieg jedoch von 2013 bis 2018 um acht Prozent.

Die Verbesserung der Friedlichkeit in Trier wäre noch deutlicher ausgefallen, wäre die Rate der *öffentlichen Unruhen* in der Region gegenüber 2017 nicht um 26 Prozent gestiegen. Obwohl Trier die niedrigste absolute Anzahl von Vorfällen aller Regionen in Deutschland hatte, steht die Verschlechterung im Bereich *Öffentliche Unruhen* im Einklang mit der allgemeinen Entwicklung einer Zunahme an *öffentlichen Unruhen* in Deutschland.

Detmold

Die Stadt Detmold in Nordrhein-Westfalen mit über 70.000 Einwohnern, ist die zweitfriedlichste Region in Deutschland. In Detmold hat sich die Friedlichkeit von 2013 bis 2018 um 8,6 Prozent verschlechtert. Ähnlich wie in anderen Regionen mit hohem Friedensniveau verzeichnet Detmold ein niedriges Aufkommen von *Gewaltkriminalität* und Tötungsdelikten im Vergleich zum Rest Deutschlands. Im Jahr 2018 verbesserte sich die *Gewaltkriminalitätsrate* mit 310 Fällen pro 100.000 Einwohnern um 12 Prozent.

Der Bereich *Öffentliche Unruhen* hat sich in Detmold seit 2013 erheblich verschlechtert. Die Rate der *öffentlichen Unruhen* hat sich in Detmold mehr als verdoppelt und ist von 22 Fällen pro 100.000 Einwohner im Jahr 2013 auf 57 im Jahr 2018 gestiegen. Die Rate der Tötungsdelikte in Detmold betrug 2018 0,29 pro 100.000 Einwohner, was einem Rückgang von 32 Prozent gegenüber 2013 entspricht.

Die *Waffenkriminalität* in Detmold gehört mit einer Rate von 2,4 Fällen pro 100.000 Einwohnern zu den niedrigsten in Deutschland. Mit einem Anstieg von 29 Prozent im Jahr 2018 ist Detmold jedoch eine der wenigen Regionen, in denen ein Anstieg der *Waffenkriminalität* zu verzeichnen war. Die *Polizeidichte* in Detmold ist eine der niedrigsten in Deutschland, nur Tübingen und Stuttgart hatten 2018 eine geringere *Polizeidichte*.

Unterfranken

Unterfranken im Bundesland Bayern ist die drittfriedlichste Region Deutschlands. In Unterfranken hat sich die Friedlichkeit von 2013 bis 2018 um 17 Prozent verschlechtert. Die *Gewaltkriminalitätsrate* in Unterfranken verzeichnete 2017 einen beträchtlichen Anstieg auf 341 Fälle pro 100.000 Einwohner.

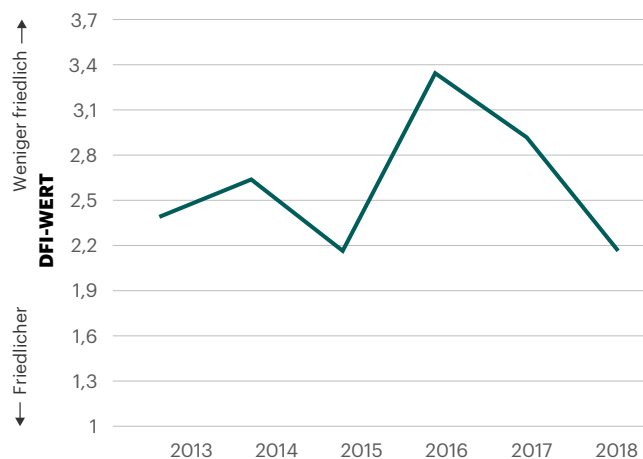
Unterfranken erzielte 2018 eine 35-prozentige Verbesserung des Friedensniveaus gegenüber dem Vorjahr. Diese Verbesserung war auf rückläufige Zahlen bei *Tötungsdelikten*, *Gewaltkriminalität* und *Waffenkriminalität* zurückzuführen. Die Rate der Tötungsdelikte in Unterfranken ging von 1,5 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2017 um 79 Prozent auf 0,30 im Jahr 2018 zurück. Gleichzeitig gingen *Gewaltkriminalität* und *Waffenkriminalität* 2018 um neun bzw. 43 Prozent zurück.

Die Rate der *öffentlichen Unruhen* stieg allerdings von 18 Fällen pro 100.000 Einwohner im Jahr 2017 auf 53 Fälle im Jahr 2018 und hat sich damit nahezu verdreifacht.

ABBILDUNG 1.12

Friedlichkeitsentwicklung in Trier, 2013 – 2018

In Trier verbesserte sich die Friedlichkeit von 2013 bis 2018 um zehn Prozent.

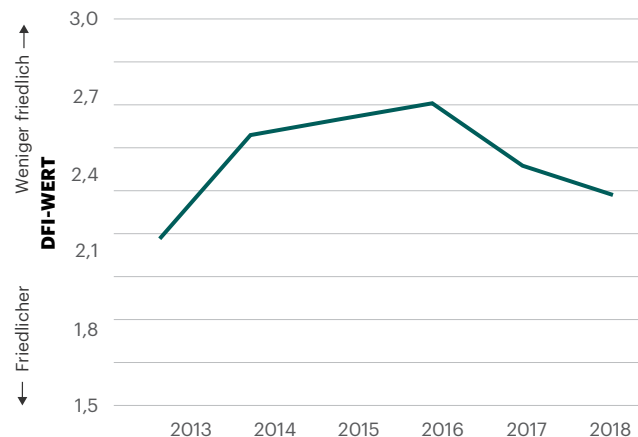


Quelle: IEP

ABBILDUNG 1.13

Friedlichkeitsentwicklung in Detmold, 2013 – 2018

In Detmold hat sich die Friedlichkeit von 2013 bis 2018 um 8,6 Prozent verschlechtert.



Quelle: IEP

Tübingen

Die Region Tübingen im Süden von Baden-Württemberg ist die viertfriedlichste Region in Deutschland. Seit 2013 hat sich das Friedensniveau in Tübingen um 28 Prozent verschlechtert, was 2018 zum am wenigsten friedlichen Jahr für die Region macht. Die *Gewaltkriminalitätsrate* in Tübingen stieg 2018 um 19 Prozent, was insgesamt zu einer Verringerung der Friedlichkeit führte.

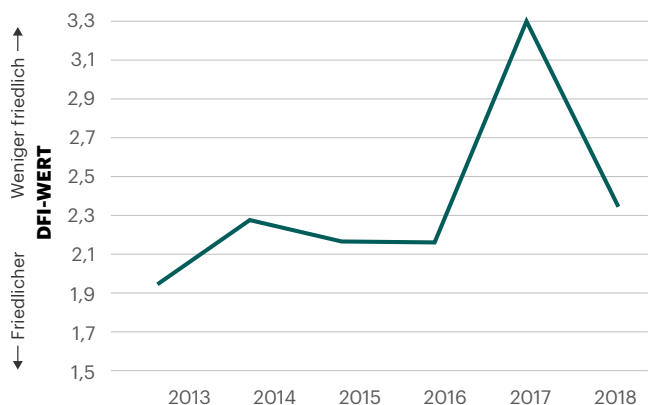
Im Jahr 2018 lag die *Gewaltkriminalitätsrate* in Tübingen bei 231 Vorfällen pro 100.000 Einwohnern und die Rate der *öffentlichen Unruhen* bei 38 Vorfällen pro 100.000 Einwohnern. Obwohl Tübingen deutschlandweit die niedrigste *Rate von öffentlichen Unruhen* aufweist, stieg die *Rate der öffentlichen Unruhen* in der Region von 2013 bis 2018 um 262 Prozent.

Die Rate der Tötungsdelikte in Tübingen ist mit 0,76 pro 100.000 Einwohnern die höchste unter den fünf friedlichsten Regionen. Der größte Anstieg bei den Tötungsdelikten in der Region war 2016 zu verzeichnen, als die Rate von 0,5 pro 100.000 Einwohnern im Jahr 2015 auf 0,88 im Jahr 2016 anstieg, was einer deutlichen Zunahme von 75 Prozent entspricht.

ABBILDUNG 1.14

Friedlichkeitsentwicklung in Unterfranken, 2013 – 2018

In Unterfranken hat sich die Friedlichkeit von 2013 bis 2018 um 17 Prozent verschlechtert.

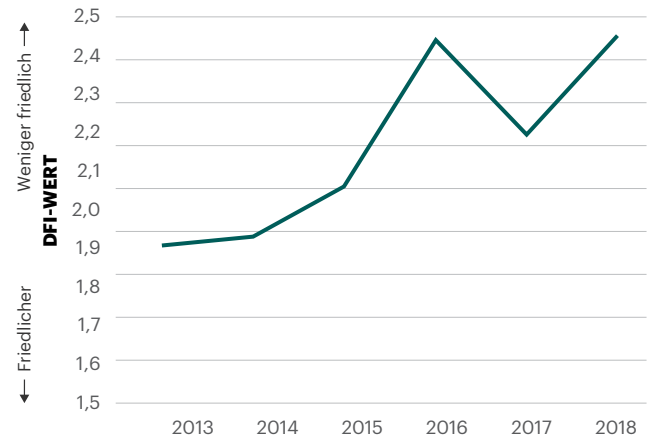


Quelle: IEP

ABBILDUNG 1.15

Friedlichkeitsentwicklung in Tübingen, 2013 – 2018

In Tübingen verschlechterte sich die Friedlichkeit von 2013 bis 2018 um 28 Prozent. Damit war 2018 das am wenigsten friedliche Jahr der Stadt.



Quelle: IEP

Brandenburg

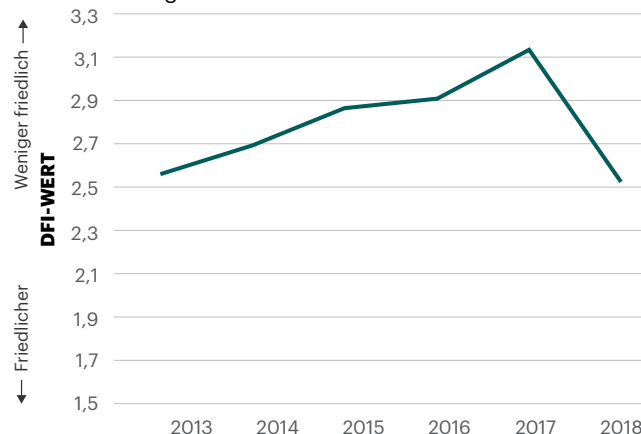
Brandenburg im Nordosten Deutschlands hat 2,6 Millionen Einwohner. Die Friedlichkeit in Brandenburg verbesserte sich 2018 um 20 Prozent, was die Region zur fünftfriedlichsten Region in Deutschland machte. Diese signifikante Verbesserung der Friedlichkeit war auf einen Rückgang der Tötungsdelikte um 57 Prozent und eine Abnahme der *öffentlichen Unruhen* um 28 Prozent zurückzuführen. Auch die *Waffenkriminalität* nahm in Brandenburg um zehn Prozent ab.

Die Rate der *öffentlichen Unruhen* in Brandenburg stieg von 27 Fällen pro 100.000 Einwohner im Jahr 2013 auf 47 Fälle im Jahr 2018, was einem Anstieg von 74 Prozent entspricht. Allerdings liegt die Rate der *öffentlichen Unruhen* in Brandenburg immer noch deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt von 66 pro 100.000 Einwohner. Sowohl *Gewaltkriminalität* als auch *Waffenkriminalität* haben in den letzten sechs Jahren zugenommen. Von 2013 bis 2018 ist die *Gewaltkriminalitätsrate* um 29 Prozent und die *Waffenkriminalitätsrate* um 12 Prozent gestiegen.

ABBILDUNG 1.16

Friedlichkeitsentwicklung in Brandenburg, 2013 – 2018

In Brandenburg verbesserte sich die Friedlichkeit von 2017 bis 2018 um 20 Prozent, womit 2018 zum friedlichsten Jahr für Brandenburg wurde.



Quelle: IEP

Die fünf am wenigsten friedlichen Regionen

Zu den fünf am wenigsten friedlichen Regionen in Deutschland gehören Leipzig, Sachsen-Anhalt und die drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg. Vier der fünf am wenigsten friedlichen Regionen erzielen den höchstmöglichen DFI-Wert für *Gewaltkriminalität* und *öffentliche Unruhen*. Mit einer durchschnittlichen *Gewaltkriminalitätsrate* von 688 Fällen pro 100.000 Einwohner übertreffen die fünf am wenigsten friedlichen Regionen die bundesweite Rate für *Gewaltkriminalität* von 396 Fällen pro 100.000 Einwohner bei weitem.

Ebenso liegt der Durchschnittswert für *öffentliche Unruhen* in den fünf am wenigsten friedlichen Regionen bei 103 Vorfällen pro 100.000 Einwohner, verglichen mit der einer landesweiten Rate von 66. Die fünf am wenigsten friedlichen Regionen unterstreichen den urbanen Charakter der Kriminalität in Deutschland. Berlin, Bremen und Hamburg sind Stadtstaaten, Leipzig ist eine Großstadt im Bundesland Sachsen. Tabelle 1.4 zeigt die Bereichs- und Gesamtwerte der fünf am wenigsten friedlichen Regionen Deutschlands im Jahr 2018.

TABELLE 1.4

Die fünf am wenigsten friedlichen Regionen Deutschlands, 2018

Auf die fünf am wenigsten friedlichen Regionen entfallen auf 100.000 Einwohner doppelt so viele Tötungsdelikte und Fälle von Gewaltkriminalität wie auf nationaler Ebene.

Rang	Region	Gesamtwert	Tötungsdelikte	Öffentliche Unruhen	Gewaltkriminalität	Waffenkriminalität	Polizei
38	Berlin	4,74	5	5	5	3,45	5
37	Bremen	4,60	4,16	5	5	5	3,62
36	Hamburg	4,34	4,23	5	5	3,12	3,98
35	Leipzig	3,91	3,6	5	5	2,97	1,57
34	Sachsen-Anhalt	3,73	5	3,52	3,95	2,12	1,68

Quelle: IEP

Berlin

Berlin, nach Bevölkerungszahl die größte Stadt Deutschlands, ist die am wenigsten friedliche Region im DFI. Die Friedlichkeit in Berlin verzeichnete 2018 eine Verschlechterung von fast drei Prozent.

Entgegen dem nationalen Trend stieg die Zahl der Tötungsdelikte in Berlin 2018 deutlich an. Die Rate der Tötungsdelikte in Berlin stieg von 1,26 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2017 auf vier im Jahr 2018, was einer Steigerung von 219 Prozent entspricht. Die Rate der Tötungsdelikte in Berlin war 2018 die höchste unter allen Regionen in Deutschland.

Die *Gewaltkriminalitätsrate* in Berlin hat das nationale Niveau konsistent überschritten. Im Jahr 2018 lag die *Gewaltkriminalitätsrate* in Berlin bei 810 Fällen pro 100.000 Einwohner und war damit mehr als doppelt so hoch wie die bundesweite Rate von 396 Fällen. Darüber hinaus hat Berlin mit 139 Vorfällen pro 100.000 Einwohnern die höchsten Raten von *öffentlichen Unruhen* in Deutschland, was einem Anstieg von 137 Prozent seit 2013 entspricht. Das höhere Aufkommen von *Gewaltkriminalität* und *öffentlichen Unruhen* in Berlin erklärt seine Platzierung als die am wenigsten friedliche Region in Deutschland.

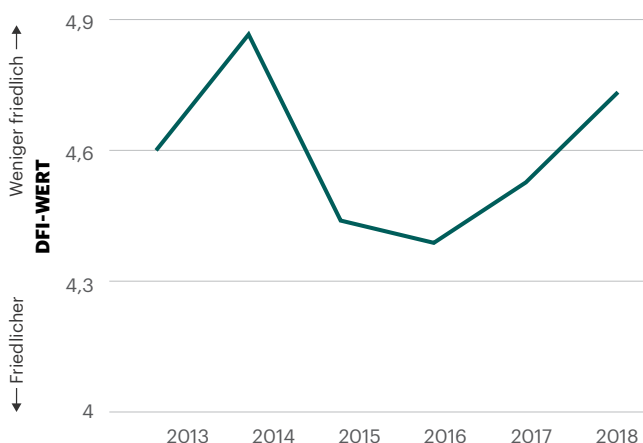
Das höhere Ausmaß an Kriminalität und Gewalt in Städten wie Berlin ist teilweise auf die Präsenz von OK-Gruppierungen zurückzuführen. Auch wenn der Hauptzweck dieser OK-Gruppierungen wie bereits erwähnt nicht die Ausübung von Gewalt ist, leisten sie der *Gewaltkriminalität* dennoch Vorschub. So haben Anfang 2019 mehr als 300 Polizeikräfte in Berlin mehr als ein Dutzend Unternehmen wegen des Verdachts auf kriminelle Aktivitäten durchsucht. Unternehmen mit Beziehungen zu Banden setzen häufig Einschüchterung und Gewalt ein und sind an anderen kriminellen Aktivitäten wie Geldwäsche und illegalem Drogenhandel beteiligt. Laut polizeilichen Kriminalstatistiken wurden 2018 allein in Berlin mehr als 17.000 Fälle von Drogendelikten registriert.²⁵

Eine positivere Entwicklung ist in Berlin im Bereich der *Waffenkriminalität* zu verzeichnen, die seit 2013 stetig zurückgegangen ist. Dies steht im Einklang mit dem bundesweit rückläufigen Trend im Bereich der *Waffenkriminalität* in Deutschland, der strengerem Waffengesetzen geschuldet sein könnte. In Berlin ist die *Waffenkriminalitätsrate* von 12 Fällen pro 100.000 Einwohnern im Jahr 2013 auf sieben Fälle im Jahr 2018 gesunken. Allerdings ist Berlins *Waffenkriminalitätsrate* dennoch die zweithöchste in Deutschland.

ABBILDUNG 1.17

Friedlichkeitsentwicklung in Berlin, 2013 – 2018

In Berlin hat sich die Friedlichkeit von 2016 bis 2018 um 7,8 Prozent verschlechtert.



Quelle: IEP

Bremen

Bremen belegt den zweiten Rang unter den am wenigsten friedlichen Regionen in Deutschland. Bremens niedriges Friedensniveau ist durch das hohe Aufkommen an *Gewaltkriminalität*, *Tötungsdelikten*, *Waffenkriminalität* und *öffentlichen Unruhen* zurückzuführen. Im Jahr 2018 hatte Bremen die höchste *Gewaltkriminalitätsrate* in Deutschland mit 841 Fällen pro 100.000 Einwohnern. Damit war die Rate mehr als doppelt so hoch wie bundesweit mit 396 Fällen. Ferner ist Bremens Rate bei Tötungsdelikten mit 1,2 pro 100.000 Einwohnern die vierthöchste.

In Bremen hat sich die Friedlichkeit von 2013 bis 2018 um fast 24 Prozent verschlechtert. Bremen leidet im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands unter einem höheren Gewaltaufkommen. In Bremen wird die *Gewaltkriminalität* in hohem Maße von Drogendelikten und organisierter Kriminalität bestimmt. Im Jahr 2019 führten Polizei und Sicherheitskräfte in Bremen erfolgreiche Ermittlungen gegen einen bekannten Drogenring durch, was zu mehreren Festnahmen und der Beschlagnahme großer Mengen von Drogen führte.²⁶ Eine der bekanntesten OK-Gruppierungen in Bremen ist der Miri-Clan. Im Jahr 2019 verhafteten Spezialkräfte der Polizei einen der Anführer des Miri-Clans, der anschließend ausgewiesen wurde.²⁷

In der Bremer Innenstadt werden mehr Straftaten verzeichnet als in den umliegenden Gebieten. Dies zeigt, wie sich die Kriminalität in Deutschland in Stadtgebieten konzentriert. Die Straftaten im Zusammenhang mit Körperverletzung nahmen 2018 in der Innenstadt um neun Prozent zu.²⁸ In Bremen wurden fast 16.000 Fälle von schwerem Diebstahl registriert, von denen weniger als sechs Prozent aufgeklärt wurden.

Bremen erzielt in drei der fünf DFI-Bereiche den Höchstwert: *Gewaltkriminalität*, *Waffenkriminalität*, und *Öffentliche Unruhen*. Bremen verzeichnet ein deutlich höheres Aufkommen von *Tötungsdelikten* und *Gewaltkriminalität* im Vergleich zum nationalen Durchschnitt und anderen deutschen Regionen.

Bremen verzeichnete die höchsten Raten im Bereich *Waffenkriminalität* mit einer Rate von 11 pro 100.000 Einwohner. Bremen ist die einzige Region mit einer *Waffenkriminalitätsrate* von über zehn. Dieser Wert ist fast doppelt so hoch wie in Berlin, der Region mit der zweithöchsten Rate. Die *Waffenkriminalitätsrate* in Bremen ist von einem Höchststand im Jahr 2013 um 21 Prozent zurückgegangen.

ABBILDUNG 1.18

Friedlichkeitsentwicklung in Bremen, 2013 – 2018

In Bremen hat sich die Friedlichkeit von 2013 bis 2018 um 24 Prozent verschlechtert.



Quelle: IEP

Hamburg

Hamburg belegt unter den am wenigsten friedlichen Regionen in Deutschland den dritten Platz. Hamburg hat ein deutlich höheres Aufkommen an *Gewaltkriminalität* und *Tötungsdelikten*, was das niedrigere Friedensniveau in der Region erklärt. Hamburg hatte 2015 sein am wenigsten friedliches Jahr und hat sich seitdem leicht verbessert.

Die Rate der Tötungsdelikte von 1,2 und die *Gewaltkriminalitätsrate* von 715 Fällen pro 100.000 Einwohnern liegen bei beiden Indikatoren über dem bundesweiten Durchschnitt. Trotzdem hat Hamburg seit 2014 einen Rückgang der *Gewaltkriminalität* um 19 Prozent verzeichnet. Keine andere Region erzielte zwischen 2014 und 2018 eine größere Verbesserung der *Gewaltkriminalitätsrate*.

Auch die *Waffenkriminalitätsrate* fiel um über 50 Prozent, von 13 Fällen pro 100.000 Einwohner im Jahr 2015 auf sechs Fälle im Jahr 2018. Damit ist Hamburgs *Waffenkriminalitätsrate* allerdings immer noch die dritthöchste in Deutschland.

Die Hamburger leiden unter der vierthöchsten Rate von *öffentlichen Unruhen*, die 2018 ihren Höchstwert erreichte. Im Jahr 2018 waren 98 Fälle von *öffentlichen Unruhen* pro 100.000 Einwohner zu verzeichnen, ein starker Anstieg verglichen mit 49 Fällen im Jahr 2013.

Hamburg liegt nach Berlin an zweiter Stelle bei den Drogendelikten in Deutschland. Im Jahr 2018 wurden 13.000 Vergehen im Zusammenhang mit illegalen Drogen von der Polizei registriert.²⁹ Als Hafenstadt ist Hamburg ein wichtiger Ort für den Drogenhandel. Im Jahr 2019 beschlagnahmte die Polizei bei einer Routinekontrolle Kokain im Wert von fast einer Milliarde Euro. Die Drogen wurden in Frachtcontainern eingeschmuggelt und wogen über vier Tonnen. Damit war es die größte Lieferung, die jemals in Deutschland beschlagnahmt wurde.³⁰

ABBILDUNG 1.19

Friedlichkeitsentwicklung in Hamburg, 2013 – 2018

In Hamburg hat sich die Friedlichkeit von 2013 bis 2018 um 11 Prozent verschlechtert.



Quelle: IEP

Leipzig

Die Stadt Leipzig im Norden Sachsens belegt den vierten Platz unter den am wenigsten friedlichen Regionen Deutschlands. Von 2013 bis 2016 verschlechterte sich die Friedlichkeit in Leipzig um 28 Prozent. Von 2016 bis 2018 gab es jedoch eine Trendwende mit einem Zuwachs des Friedens um 16 Prozent.

Die *Rate der öffentlichen Unruhen* in Leipzig verschlechterte sich unter den fünf am wenigsten friedlichen Regionen seit 2013 am stärksten und nahm um 177 Prozent zu. Im Zuge vermehrter politischer Demonstrationen sind *öffentliche Unruhen* der Hauptfaktor bei der Verschlechterung der Friedlichkeit in der Region. In Leipzig war die politische Polarisierung besonders hoch, was sich in Demonstrationen entgegengesetzter Gruppierungen politischer Aktivisten zeigte. Die Demonstrationsrate in Leipzig erreichte auf dem Gipfel der europäischen Einwanderungskrise mit 200 pro 100.000 Einwohner ihren Höhepunkt. Im Jahr 2018 lag die Demonstrationsrate in Leipzig mit 100 pro 100.000 Einwohner noch immer über dem Niveau von 2013.³¹

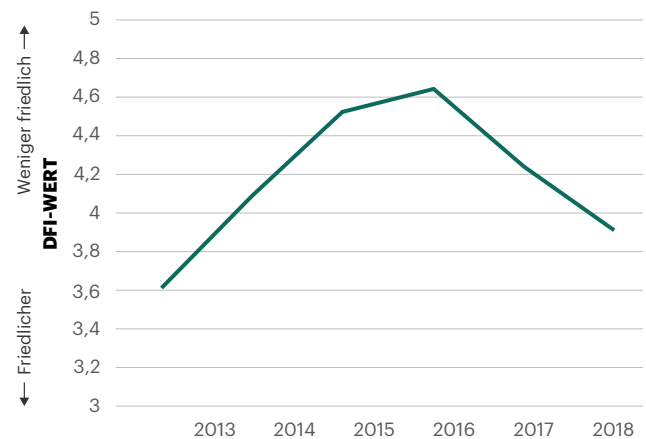
Mit einer *Rate* von 120 Vorfällen pro 100.000 Einwohnern kommt es in Leipzig fast doppelt so häufig zu *öffentlichen Unruhen* wie im bundesweiten Durchschnitt. Nur Berlin weist eine noch höhere Rate auf.

Die Raten für *Tötungsdelikte*, *Gewaltkriminalität* und *Waffenkriminalität* sind in Leipzig höher als auf nationaler Ebene. Trotz einer Verbesserung der Rate der Tötungsdelikte um 82 Prozent seit 2016 lag diese 2018 mit 0,97 Fällen pro 100.000 Einwohnern 13 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

ABBILDUNG 1.20

Friedlichkeitsentwicklung in Leipzig, 2013 – 2018

In Leipzig hat sich die Friedlichkeit von 2013 bis 2018 um 7,8 Prozent verschlechtert.



Quelle: IEP

Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt im Osten Deutschlands mit 2,3 Millionen Einwohnern belegt unter den am wenigsten friedlichen Regionen den fünften Platz.³² Das Friedensniveau in dieser Region hat sich von 2013 bis 2018 um 29 Prozent verschlechtert. Diese Verschlechterung des Friedensniveaus war auf die Zunahme von *Tötungsdelikten* und *Gewaltkriminalität* zurückzuführen.

Die Rate der Tötungsdelikte in der Region stieg 2018 um 58 Prozent auf 1,5 pro 100.000 Einwohner. Die *Gewaltkriminalitätsrate* verzeichnete seit 2013 ebenfalls einen Anstieg von 24 Prozent. Sowohl die Rate der *Tötungsdelikte* als auch die *Gewaltkriminalitätsrate* in Sachsen-Anhalt waren höher als der Bundesdurchschnitt.

Die Rate der *öffentlichen Unruhen* in Sachsen-Anhalt lag im Jahr 2018 bei 62 Fällen pro 100.000 Einwohner, was einem Anstieg von 155 Prozent gegenüber 2013 entspricht. Die *Waffenkriminalitätsrate* in Sachsen-Anhalt sank um fünf Prozent, was dem deutschlandweiten Rückgang des Indikators entspricht.

AUSWEITUNG DER FRIEDENSKLUFT IN DEUTSCHLAND

Im Jahr 2018 verbesserte sich die Friedlichkeit deutschlandweit gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,8 Prozent. Eine gleiche Anzahl von Regionen verbesserte und verschlechterte sich in puncto Friedlichkeit. Die Regionen, die sich weniger friedlich entwickelten, taten dies mit einer Geschwindigkeit, die über die der Regionen hinausging, die friedlicher wurden, was insgesamt zu einer deutschlandweiten Verschlechterung führte. Diese Entwicklung ist nicht ungewöhnlich und auch auf globaler Ebene zu beobachten: Länder verlieren schneller an Friedlichkeit, als andere dazugewinnen.

Die *Rate der öffentlichen Unruhen* stieg in 34 der 38 Regionen, damit verschlechterte sich kein anderer DFI-Indikator in mehr Regionen als dieser. Es folgte die Rate der Tötungsdelikte, die in 16 der 38 Regionen zunahm. Im Gegensatz dazu ging die *Gewaltkriminalität* in 36 Regionen und die *Waffenkriminalität* in 30 Regionen zurück. Abbildung 1.22 zeigt regionale Verbesserungen bei den Indikatoren und den DFI-Wert.

Deutschland hat 2017 den Schutz von Strafverfolgungsbeamten, einschließlich der Polizei, verstärkt. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Zunahme des DFI-Indikators *öffentliche Unruhen*. Die Polizei hat in Folge weitreichendere Befugnisse bei der Festnahme und Anklage von Personen. Die Zunahme *öffentlicher Unruhen* ist auch auf die zunehmende politische Polarisierung zurückzuführen, die zu einer größeren Anzahl von Demonstrationen geführt hat, insbesondere in den größeren Städten.

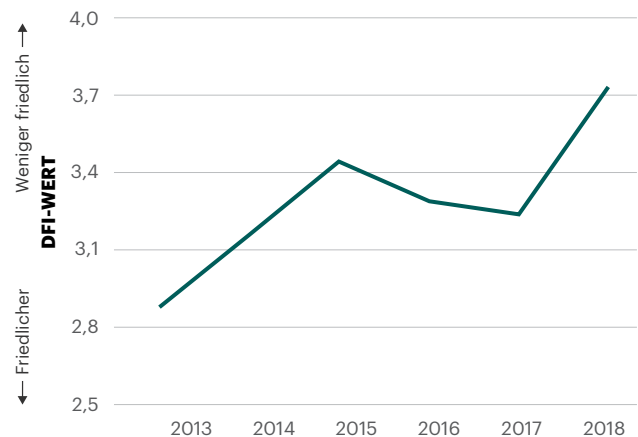
Vier der fünf friedlichsten Regionen verbesserten ihre nach DFI gemessene Friedlichkeit. Die einzige Ausnahme bildete Tübingen mit einem Rückgang des Friedensniveaus um 11 Prozent im Jahr 2018. Abbildung 1.22 zeigt Änderungen im DFI nach einzelnen Indikatoren.

Im Gegensatz dazu verzeichneten Bremen, Hamburg, Sachsen-Anhalt und Berlin, vier der fünf am wenigsten friedlichen Regionen, im Jahr 2018 eine weitere Verschlechterung ihres Friedensniveaus. Wenn sich die friedlichsten Regionen verbessern und die am wenigsten friedlichen Regionen sich verschlechtern, deutet dies auf eine wachsende Kluft zwischen den

ABBILDUNG 1.21

Friedlichkeitsentwicklung in Sachsen-Anhalt, 2013 – 2018

In Sachsen-Anhalt verschlechterte sich die Friedlichkeit von 2013 bis 2018 um 29 Prozent.



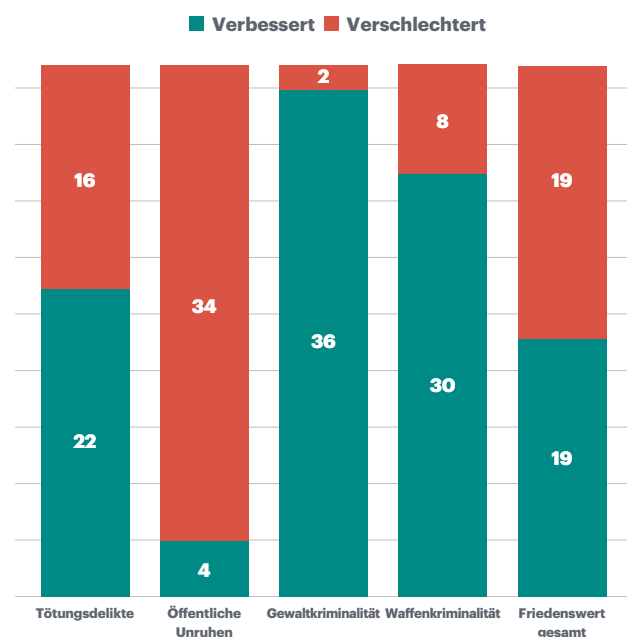
Quelle: IEP

deutschen Regionen beim Aufkommen von *Gewaltkriminalität* und *öffentlichen Unruhen* hin. Diese Kluft unterstreicht zusätzlich die wachsende regionale Ungleichverteilung von Friedlichkeit in Deutschland. Interessanterweise ist ein ähnliches Muster auf globaler Ebene zu beobachten, wobei der Frieden in Ländern, die an der Spitze des globalen Friedensindex stehen, im Durchschnitt zunimmt, während er in Ländern im unteren Bereich im Durchschnitt weiter abnimmt. Dies ist als wachsende Friedensungleichheit bekannt.

ABBILDUNG 1.22

Anzahl der Regionen, die sich verbessert oder verschlechtert haben, 2017 - 2018

In 36 Regionen sank 2018 die Rate der Gewaltkriminalität, in 34 Regionen war jedoch ein Anstieg im Bereich Öffentliche Unruhen zu verzeichnen.

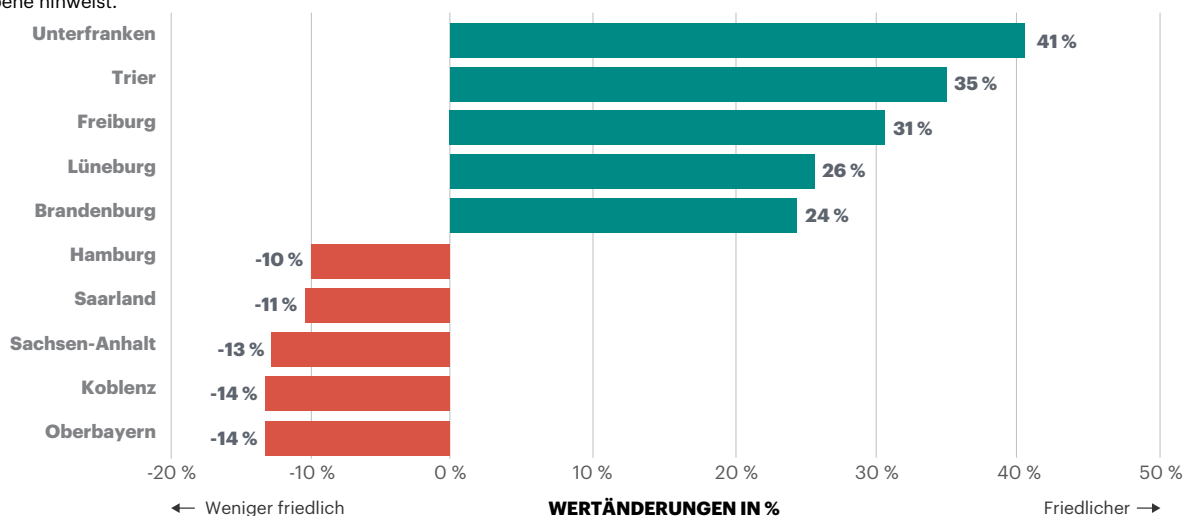


Quelle: IEP

ABBILDUNG 1.23

Die fünf positivsten und negativsten Entwicklungen des DFI-Werts, 2018

Im Jahr 2018 verzeichneten 19 Regionen einen Rückgang der Friedlichkeit, während die gleiche Anzahl von Regionen einen Zuwachs verbuchen konnte. Im Durchschnitt waren die regionalen Einbußen jedoch größer als der Friedenszuwachs, was auf eine Verschlechterung der Friedlichkeit auf nationaler Ebene hinweist.



Quelle: IEP

Unterfranken, Trier, Freiburg, Lüneburg und Brandenburg waren die Regionen, in denen 2018 die größten Verbesserungen des Friedensniveaus erzielt wurden. Alle fünf Regionen verzeichneten eine Verbesserung des Friedensniveaus von über 20 Prozent. Hamburg, das Saarland, Sachsen-Anhalt, Koblenz und Oberbayern erlebten hingegen die größten Verschlechterungen des Friedensniveaus. In Oberbayern hat sich das Friedensniveau mit 16 Prozent am stärksten verschlechtert. Abbildung 1.23 zeigt die fünf Regionen, die sich 2018 am stärksten verbessert und verschlechtert haben.

Seit 2013 hat sich die Friedlichkeit deutschlandweit um 12 Prozent verschlechtert. In dieser Zeit war in 33 der 38 Regionen ein Rückgang des Friedensniveaus zu verzeichnen. In Sachsen-Anhalt und Thüringen waren die Verluste am größten. Diese rückläufige Friedlichkeit ist auf die Zunahme von *Tötungsdelikten*, *Gewaltkriminalität*, und *öffentlichen Unruhen zurückzuführen*. Die einzigen sechs Regionen mit Verbesserungen waren Gießen in Westhessen, Brandenburg, Berlin, Trier im Südwesten von Rheinland-Pfalz, Köln in Nordrhein-Westfalen und Braunschweig in Niedersachsen.

Angst vor Kriminalität

Die Angst vor Kriminalität repräsentiert die individuell wahrgenommene Wahrscheinlichkeit, Opfer von Kriminalität oder Gewalt zu werden. Die Angst, Opfer von Kriminalität oder Gewalt zu werden, kann die Lebensqualität des Einzelnen beeinträchtigen und weitreichende sozioökonomische Auswirkungen haben. Die Angst vor Kriminalität wird aufgrund fehlender zuverlässiger regionaler Daten nicht in die DFI-Schätzung einbezogen.

Mit 58 Prozent gaben mehr als die Hälfte der Deutschen an, sich in ihrer Stadt oder Gemeinde sicher zu fühlen, 29 Prozent gaben an, sich sehr sicher zu fühlen. Trotzdem erwiderten 44 Prozent der Befragten auf die Frage nach der Wahrnehmung von Angst im Laufe der Zeit, sich in ihren Wohnorten heute weniger sicher zu fühlen als in den Vorjahren. Einwohner größerer Städte berichteten größere Sicherheitsbedenken und sind der Ansicht, dass mehr getan werden sollte, um die öffentliche Sicherheit zu verbessern.³³ Die zunehmende Sorge um die öffentliche Sicherheit in größeren Städten spiegelt sich in der Korrelation zwischen Friedlichkeit und Bevölkerungsdichte in Deutschland wider. Die dichter besiedelten Gebiete weisen tendenziell ein höheres Aufkommen von *Gewaltkriminalität* und *öffentlichen Unruhen* auf.

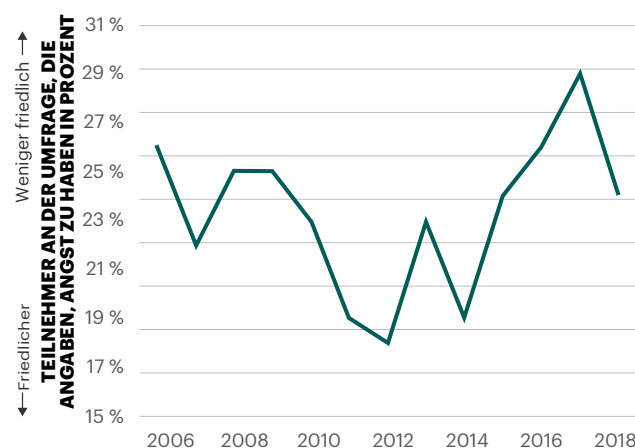
Die Angst, alleine nach Hause zu gehen, ist ein Maß für die Angst vor Kriminalität und die Wahrnehmung der öffentlichen Sicherheit. In Deutschland stieg die Angst, nachts alleine nach Hause zu gehen, von 19 Prozent im Jahr 2014 auf 29 Prozent im Jahr 2017, was einem Anstieg von 53 Prozent entspricht. Im Jahr 2018 verbesserte sich der Indikator jedoch und verzeichnete einen Rückgang der Angst, nachts allein nach Hause zu gehen, um 17 Prozent.

Die zunehmende Angst, allein nach Hause zu gehen, ging in Deutschland mit nachlassender Friedlichkeit einher – eine Folge der Zunahme von *Gewaltkriminalität*, *Tötungsdelikten* und *öffentlichen Unruhen*. Abbildung 1.24 zeigt den Anteil der Personen, die Angst haben, nachts alleine nach Hause zu gehen.

ABBILDUNG 1.24

Anteil der Menschen, die Angst haben, nachts alleine auf die Straße zu gehen, 2006 – 2018

Die Angst, nachts alleine auf die Straße zu gehen, stieg in Deutschland von 2014 bis 2017 um 53 Prozent.



Quelle: Gallup World Poll

In den sehr friedlichen Regionen gaben bis zu 40 Prozent der Befragten an, Angst vor Kriminalität oder Gewalt zu haben. In den am wenigsten friedlichen Regionen, insbesondere in den größeren Städten, gaben die Befragten ein höheres Maß an Angst vor Kriminalität an. In Hamburg, Bremen und Berlin gaben mehr als 70 Prozent der Befragten an, Angst davor zu haben, Opfer von Kriminalität oder Gewalt zu werden.

In den letzten Jahren haben mehr Deutsche ein höheres Maß an Angst geäußert, Opfer von Terrorismus und politisch motivierter Kriminalität zu werden. Eine kürzlich von einer Versicherungsgruppe durchgeführte Umfrage ergab, dass 71 Prozent der Befragten Angst haben, Opfer von Terrorismus zu werden. Angst vor politisch motivierter Kriminalität äußerten 62 Prozent der Befragten.³⁴ Die Angst vor Terrorismus könnte auf das europaweit vermehrte Terroraufkommen zurückzuführen sein und insbesondere auf die jüngsten Terroranschläge in Deutschland, die auf Seite 10 ausführlicher erörtert werden. In ähnlicher Weise kann die zunehmende Angst vor politisch motivierter Kriminalität auch auf den jüngsten Anstieg derartiger Vorfälle zurückgeführt werden. Allerdings hat neben tatsächlichen Terroranschlägen und politisch motivierter Kriminalität auch die zunehmende Berichterstattung der Medien über die Bedrohung durch den Terrorismus zu Veränderungen in der öffentlichen Wahrnehmung beigetragen.

Zusammenhang zwischen dem Friedlichkeitsgrad deutscher Regionen und der Angst vor Kriminalität

r = 0,56

Land	DFI-WERT (approx.)	% DER BEVÖLKERUNG (approx.)
Trier	2,2	14
Unterfranken	2,3	14
Detmold	2,4	35
Tübingen	2,5	29
Freiburg	2,5	24
Brandenburg	2,6	39
Dresden	2,6	37
Oberpfalz	2,6	4
Mecklenburg-Vorpommern	2,7	63
Münster	2,7	49
Niederbayern	2,7	42
Lüneburg	2,8	30
Brandenburg	2,8	28
Stuttgart	2,8	24
Koblenz	2,8	19
Chemnitz	2,8	19
Regensburg	2,9	28
Bayern	2,9	28
Karlsruhe	2,9	17
Schwaben	2,9	10
Darmstadt	3,0	4
Gießen	3,0	21
Rheinland-Pfalz	3,0	21
Schleswig-Holstein	3,0	15
Oberbayern	3,0	12
Oberfranken	3,0	10
Köln	3,1	83
Hannover	3,1	35
Arnsberg	3,1	58
Düsseldorf	3,2	65
Wasserburg	3,6	37
Sachsen-Anhalt	3,7	42
Leipzig	3,9	43
Sachsen	3,9	42
Bremen	4,6	75
Berlin	4,7	72
Hamburg	4,8	100
Kassel	3,6	8

“ Mit 58 Prozent gaben mehr als die Hälfte der Deutschen an, sich in ihrer Stadt oder Gemeinde sicher zu fühlen, 29 Prozent gaben an, sich sehr sicher zu fühlen.

LANGFRISTIGE FRIEDENSENTWICKLUNG

Die Friedlichkeit in Deutschland hat sich in den letzten sechs Jahren um 12 Prozent verschlechtert. Der DFI misst die letzten sechs Jahre, hauptsächlich aufgrund fehlender einheitlicher Daten für die Jahre vor 2013. Diese sechs Jahre liefern ausreichend Daten, um wichtige Erkenntnisse über die Friedlichkeitsentwicklung in Deutschland zu gewinnen. Die eingeschränkte Datenverfügbarkeit lässt jedoch keine Erkenntnisse über die Friedlichkeitsentwicklung in Deutschland über längere Zeiträume zu.

Um die Kontinuität des DFI zu überprüfen, wurde die dort abgebildete deutschlandweite Entwicklung mit den Messwerten für internen Frieden des Global Peace Index (GPI) 2019 des IEP verglichen. Der GPI verwendet eine Vielzahl von Indikatoren, um ein umfassendes Verständnis der Friedlichkeit zu gewährleisten, einschließlich der Rate von Tötungsdelikten, *Gewaltkriminalität*, der Inhaftierungsrate, politischer Instabilität, Wahrnehmung von Kriminalität und Zugang zu Kleinwaffen.

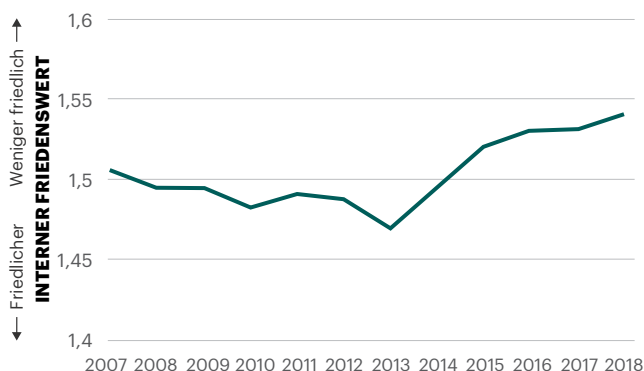
Aus dem im GPI abgebildeten internen Frieden lassen sich zwei wesentliche Erkenntnisse über die Friedlichkeit in Deutschland ableiten. Erstens misst der GPI den inneren Frieden von 2007 bis 2018 und hebt die Veränderungen der Friedlichkeit in Deutschland im Laufe der Zeit hervor. Zweitens wird der innere Frieden für 163 Länder weltweit gemessen, was Vergleiche des inneren Friedens zwischen Deutschland und anderen Ländern ermöglicht.

Der interne Friedenswert des GPI für Deutschland verschlechterte sich von 2013 bis 2018 um sieben Prozent, nachdem er sich in den Jahren vor 2013 erheblich verbessert hatte. Abbildung 1.26 zeigt die Entwicklung des inneren Friedens in Deutschland von 2007 bis 2018. Die Ergebnisse des GPI stimmen mit den Ergebnissen des DFI überein, da sich der Frieden nach DFI zwischen 2013 und 2018 um 11 Prozent verschlechtert hat.

ABBILDUNG 1.26

Interne Friedenswerte auf nationaler Ebene für Deutschland, 2007 - 2018

Die Verschlechterung des inneren Friedens von 2013 bis 2018 hat die in Deutschland von 2007 bis 2013 stattgefundenen Verbesserungen untergraben.



Quelle: IEP

Seit 2013 hat sich der innere Frieden jährlich verschlechtert, was die Verbesserungen in Deutschland in den sieben Jahren bis 2013 untergraben hat. Die Verschlechterung des inneren Friedens war auf den Anstieg der Rate der Tötungsdelikte zurückzuführen. Allerdings ist die allgemeine *Kriminalitätsrate* in Deutschland, die alle Verstöße gegen das Bundesstrafrecht berücksichtigt, in den letzten Jahren zurückgegangen.

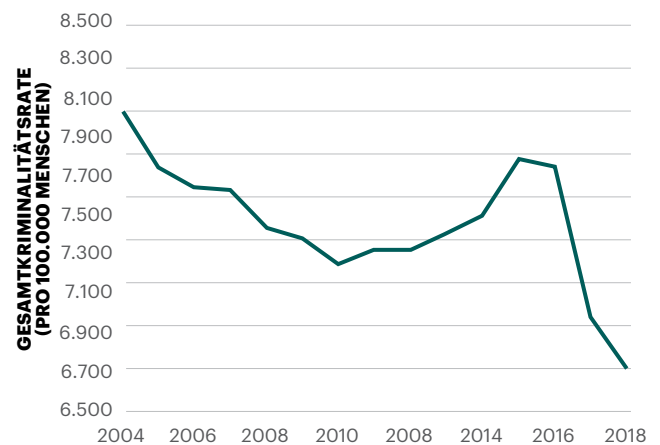
Der DFI berücksichtigt dagegen nur schwere Straftaten, wo eine Verschlechterung der Lage zu verzeichnen ist, insbesondere in den Bereichen *Tötungsdelikte* und *Öffentliche Unruhen*.

Die *Gesamtkriminalitätsrate* erfasst sämtliche Straftaten in Deutschland und ging von 7.797 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2015 auf 6.710 im Jahr 2018 zurück, was einem Rückgang von 14 Prozent entspricht. Die *Gesamtkriminalitätsrate* stieg zwischen 2010 und 2015 um acht Prozent. Abbildung 1.27 zeigt die Gesamtkriminalitätsrate in Deutschland.

ABBILDUNG 1.27

Gesamtkriminalitätsrate in Deutschland, 2004 – 2018

Die Kriminalitätsrate in Deutschland ist von 2015 bis 2018 um 14 Prozent gesunken.



Quelle: BKA

Im Bereich *Gewaltkriminalität* in Deutschland entwickelte sich die Rate anders als die Gesamtrate aller *Straftaten*. Deutschland verzeichnete von 2007 bis 2014 einen Rückgang der *Gewaltkriminalitätsrate*. Nach diesem Rückgang ist die *Gewaltkriminalitätsrate* jedoch von 2014 bis 2016 um 5,5 Prozent gestiegen. Die im DFI berücksichtigte *Gewaltkriminalität* ist ein besserer Indikator für Friedlichkeit in der Gesellschaft als die *Gesamtkriminalitätsrate*.

In der Debatte um Kriminalität und Justiz in Deutschland wird die gesunkene *Gesamtkriminalitätsrate* viel zitiert.

“

Die Gesamtrate der Straftaten erfasst sämtliche Straftaten in Deutschland und ging von 7.797 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2015 auf 6.710 im Jahr 2018 zurück, was einem Rückgang von 14 Prozent entspricht.

DEUTSCHER FRIEDEN IM EUROPÄISCHEN KONTEXT

Trotz des Anstiegs der *Gewaltkriminalitätsrate* in Deutschland ist die Wahrscheinlichkeit, Opfer von *Gewaltkriminalität* zu werden, für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung verschwindend gering. Die häufigsten Straftaten, denen Deutsche zum Opfer fallen, sind Taschendiebstahl, Diebstahl sowie Warenbetrug und Dienstleistungserschleichungen. Abbildung 1.28 zeigt die Entwicklung der *Gewaltkriminalitätsrate* in Deutschland.

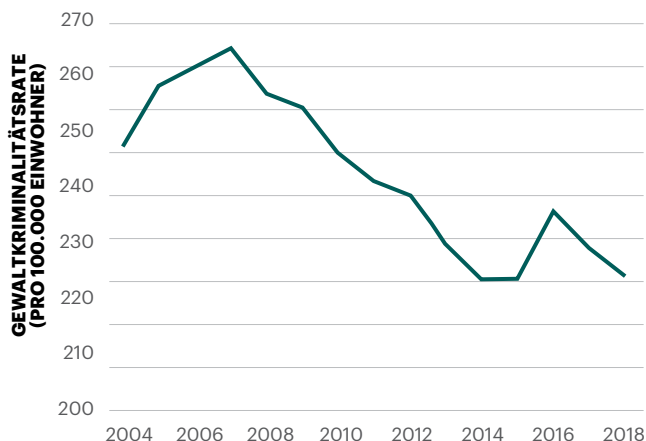
Die Anzahl der Opfer von *Tötungsdelikten* in Deutschland ging in den zehn Jahren von 2002 bis 2013 deutlich um 47 Prozent zurück. Seitdem ist sie jedoch zwischen 2013 und 2018 um 38 Prozent gestiegen.

Die Verschlechterung des Friedlichkeitsniveaus ist insbesondere auf den Anstieg von *Tötungsdelikten*, *Gewaltkriminalität* und *öffentlichen Unruhen* zurückzuführen. Die Rate der Tötungsdelikte in Deutschland ist im Vergleich zu anderen Ländern weltweit relativ niedrig. Die niedrigere Rate von Tötungsdelikten in Deutschland ist ein Hinweis auf das höhere Maß an gesellschaftlichem Frieden. Abbildung 1.29 zeigt die Opferzahlen für Tötungsdelikte in Deutschland.

ABBILDUNG 1.28

Entwicklung der Gewaltkriminalitätsrate in Deutschland, 2004 – 2018

Die Gewaltkriminalitätsrate in Deutschland erreichte 2007 ihren Höhepunkt, bevor sie in den folgenden sieben Jahren sank.

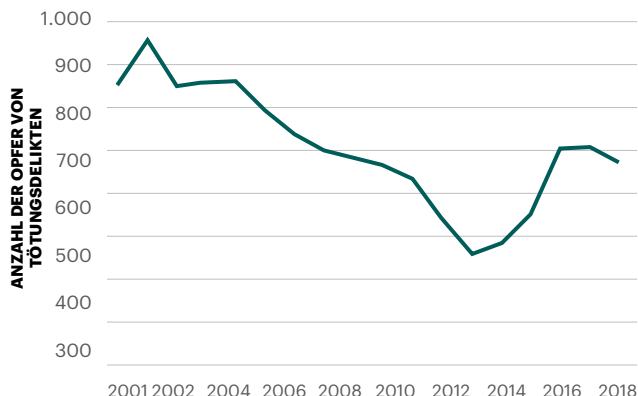


Quelle: BKA

ABBILDUNG 1.29

Landesweite Opfer von Tötungsdelikten in Deutschland, 2001 – 2018

Die Zahl der Opfer von Tötungsdelikten stieg von 2013 bis 2018 um 38 Prozent.



Quelle: IEP

Europa ist im zwölften Jahr in Folge die friedlichste Region im vom IEP erstellten Global Peace Index (GPI) 2019. Der GPI bewertet 163 Länder danach, wie friedlich sie sind – Deutschland belegt dabei den 22. Platz unter den friedlichsten Ländern. Der GPI misst drei wesentliche Aspekte des Friedens: anhaltende Konflikte, soziale Absicherung und Sicherheit sowie Militarisierung. Darüber hinaus lässt sich der GPI nach interner und externer Friedlichkeit aufschlüsseln.

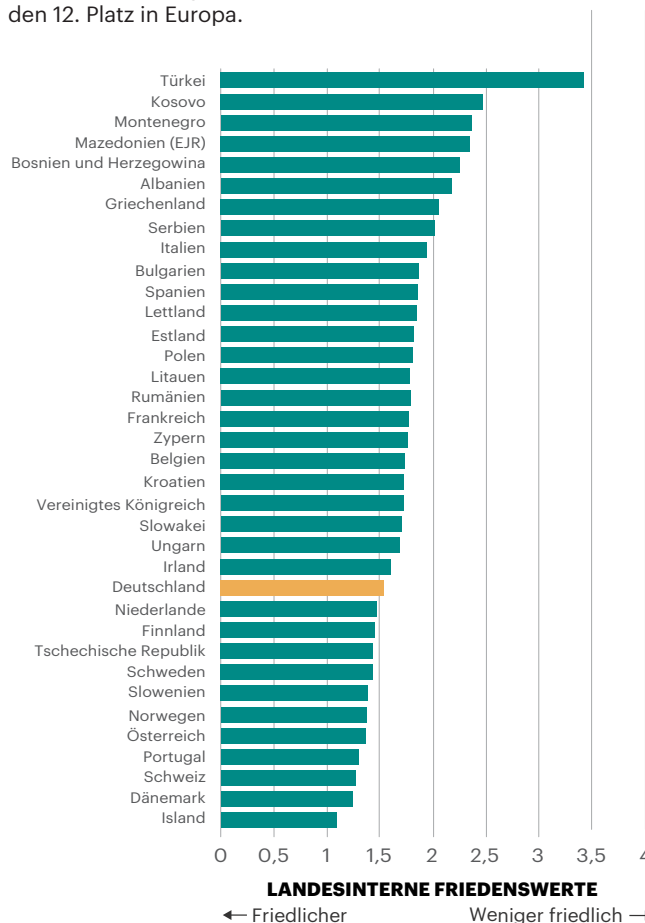
Die europäischen Länder erzielen bei den internen Friedensindikatoren sehr hohe Werte, was das bedeutend höhere Maß an Friedlichkeit in europäischen Gesellschaften unterstreicht. Innerhalb Europas belegt Deutschland in puncto Friedlichkeit den 12. Platz unter den 36 im GPI enthaltenen europäischen Ländern.

Der GPI-Bereich *innerer Frieden* umfasst Indikatoren wie *Tötungsdelikte*, *Gewaltkriminalität* und *Inhaftierungsraten*. Europäische Länder zählen in Bezug auf diese Indikatoren für gesellschaftliche Friedlichkeit zu den friedlichsten Ländern weltweit. Innerhalb Europas gibt es jedoch erhebliche Unterschiede bei den Messwerten für inneren Frieden. In diesem Abschnitt werden die Unterschiede zwischen europäischen Ländern und Deutschland in Bezug auf einige wichtige Indikatoren für die Friedlichkeit in der Region hervorgehoben.

ABBILDUNG 1.30

Landesinterne Friedenswerte in Europa, 2019

Im Jahr 2018 belegte Deutschland beim inneren Frieden den 12. Platz in Europa.



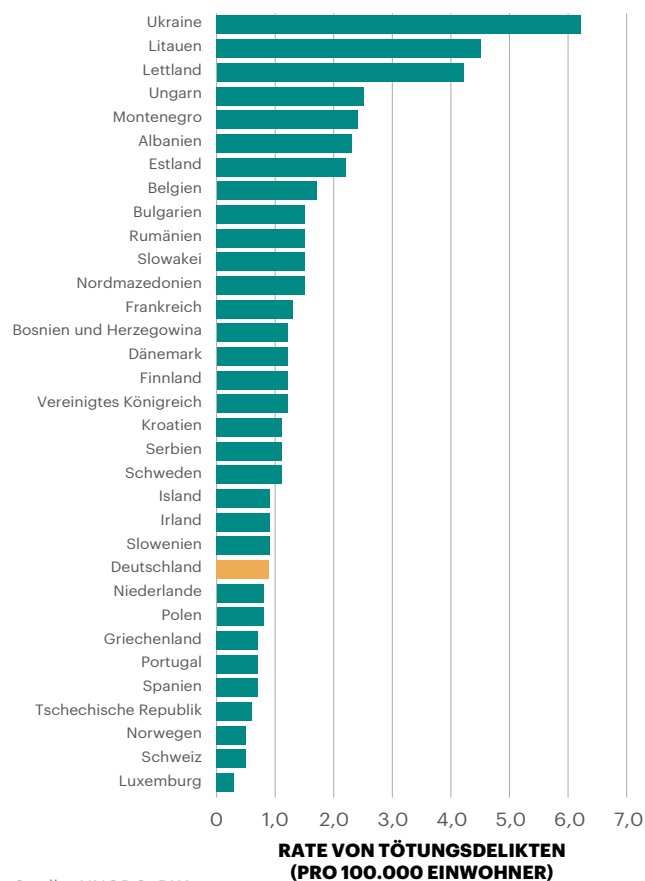
Quelle: IEP

Die Rate der Tötungsdelikte in Europa beträgt ein Opfer pro 100.000 Einwohner – die niedrigste Rate aller Regionen der Welt. Die Rate der Tötungsdelikte in Europa ist seit 2002 deutlich um 38 Prozent gesunken. Innerhalb Europas hatte Deutschland 2017 mit 0,93 Opfern pro 100.000 Einwohnern die zehntniedrigste Rate von Tötungsdelikten. Mit Ausnahme von Spanien ist die Rate der Tötungsdelikte in Deutschland niedriger als in europäischen Ländern mit vergleichbaren Bevölkerungszahlen wie Großbritannien, Frankreich und Italien. Die Rate der Tötungsdelikte in Deutschland ist fünfmal niedriger als in den USA und mehr als 60 mal niedriger als in El Salvador, dem Land mit der weltweit höchsten Rate. Die Anzahl der Opfer durch *Tötungsdelikte* in Deutschland ist seit 2013 jedoch um 38 Prozent gestiegen. Abbildung 1.31 zeigt die Raten von Tötungsdelikten in Europa für 2017.³⁵

ABBILDUNG 1.31

Tötungsdelikte in Europa, 2017

Im Bereich Tötungsdelikte verzeichnete Deutschland 2017 mit 0,93 Opfern pro 100.000 Einwohner die zehntniedrigste Rate in Europa.



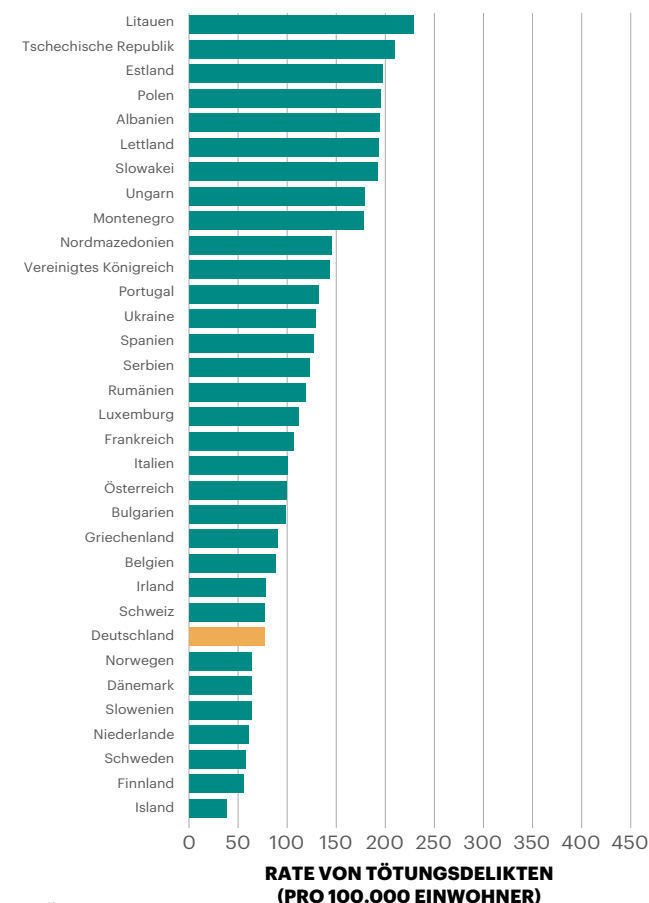
Quelle: UNODC, BKA

Deutschland hat mit 77 Inhaftierten pro 100.000 Einwohnern die achtundniedrigste Inhaftierungsrate in Europa. Dies spiegelt die vergleichsweise Wirksamkeit des Strafjustizsystems im Land wider. Die deutsche Strafjustiz bietet Alternativen zur Inhaftierung, was zu einer niedrigeren Inhaftierungsrate führt. Die deutsche Strafjustiz konzentriert sich bei geringfügigen Verstößen mehr auf Rehabilitation und Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Gefängnisstrafen sind im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien wie den Vereinigten Staaten oft kürzer. Darüber hinaus spiegeln die Lebensbedingungen in deutschen Strafvollzugsanstalten die Wirklichkeit im Land wider. Anstelle von harten Haftstrafen werden Geldstrafen und andere Beschränkungen als Konsequenzen für Straftaten bevorzugt. Abbildung 1.32 zeigt die Inhaftierungsraten in europäischen Ländern.

ABBILDUNG 1.32

Europäische Inhaftierungsraten, 2017

Deutschland hat mit 77 Inhaftierten pro 100.000 Einwohner eine der niedrigsten Inhaftierungsraten in Europa.

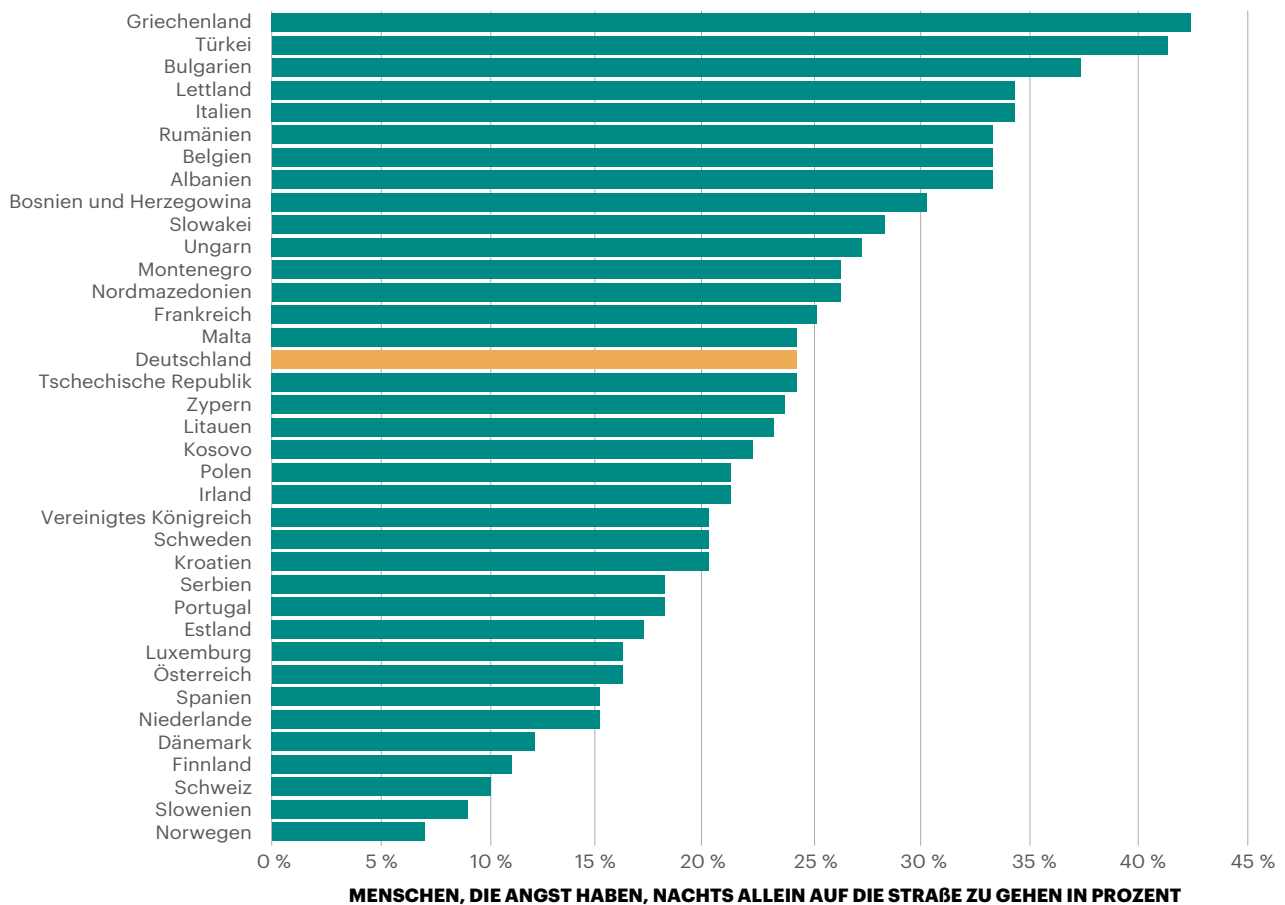


Quelle: UNODC

ABBILDUNG 1.33

Sicherheitsgefühl, nachts allein auf der Straße in Europa, 2018

Menschen in Deutschland fühlen sich weniger sicher, als es der interne Friedenswert laut GPI vermuten lässt.



Quelle: Gallup World Poll

Die Gallup Word Poll-Frage *Fühlen Sie sich sicher, wenn Sie nachts allein auf die Straße gehen?* ist ein weit verbreiteter Indikator zur Erfassung der Angst vor Kriminalität. Abbildung 1.33 zeigt die Rangfolge der europäischen Länder in Bezug auf die Angst, nachts allein nach Hause zu gehen. Im Jahr 2018 äußerte mit 24 Prozent fast ein Viertel der von Gallup Befragten Angst um ihre Sicherheit, wenn sie nachts alleine auf die Straße gingen. Deutschland liegt bezüglich der Angst, nachts allein auf die Straße zu gehen, im europäischen Vergleich auf dem 16. Platz. Norwegen ist das Land, in dem sich die meisten Befragten sicher fühlten, wenn sie nachts allein nach Hause gehen.

Im Jahr 2016 war die *Polizeidichte* in Deutschland mit 297 pro 100.000 Einwohner eine der niedrigsten in Europa. Damit ist die *Polizeidichte* in Deutschland fast nur halb so hoch wie in Zypern, das mit 573 Polizisten pro 100.000 Einwohnern die höchste Polizeidichte Europas aufweist. Angesichts des höheren Friedensniveaus in Deutschland deutet die geringere Polizeidichte darauf hin, dass viele andere sozioökonomische Faktoren zur Schaffung und Aufrechterhaltung von Friedlichkeit beitragen. Im Abschnitt Positiver Frieden werden die sozioökonomischen Faktoren erläutert, die ein höheres Maß an Frieden in Deutschland schaffen und aufrechterhalten.

Die Polizei als Anker der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in einer Gesellschaft ist dann erfolgreich, wenn Kriminalität und Gewalt auf einem niedrigen Stand gehalten werden, ohne bürgerliche Freiheiten einzuschränken. Die Kombination einer

geringeren *Polizeidichte* und niedrigerer Kriminalitätsrate in Deutschland zeigt die Wirksamkeit der Polizei bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und gesellschaftlichen Sicherheit auf hohem Niveau. Mehr als zwei Drittel der deutschen Staatsbürger sind jedoch der Meinung, dass die Anzahl der Polizeikräfte in ihrer Stadt oder Gemeinde zu gering ist.³⁶ Abbildung 1.34 zeigt die *Polizeidichte* in europäischen Ländern.

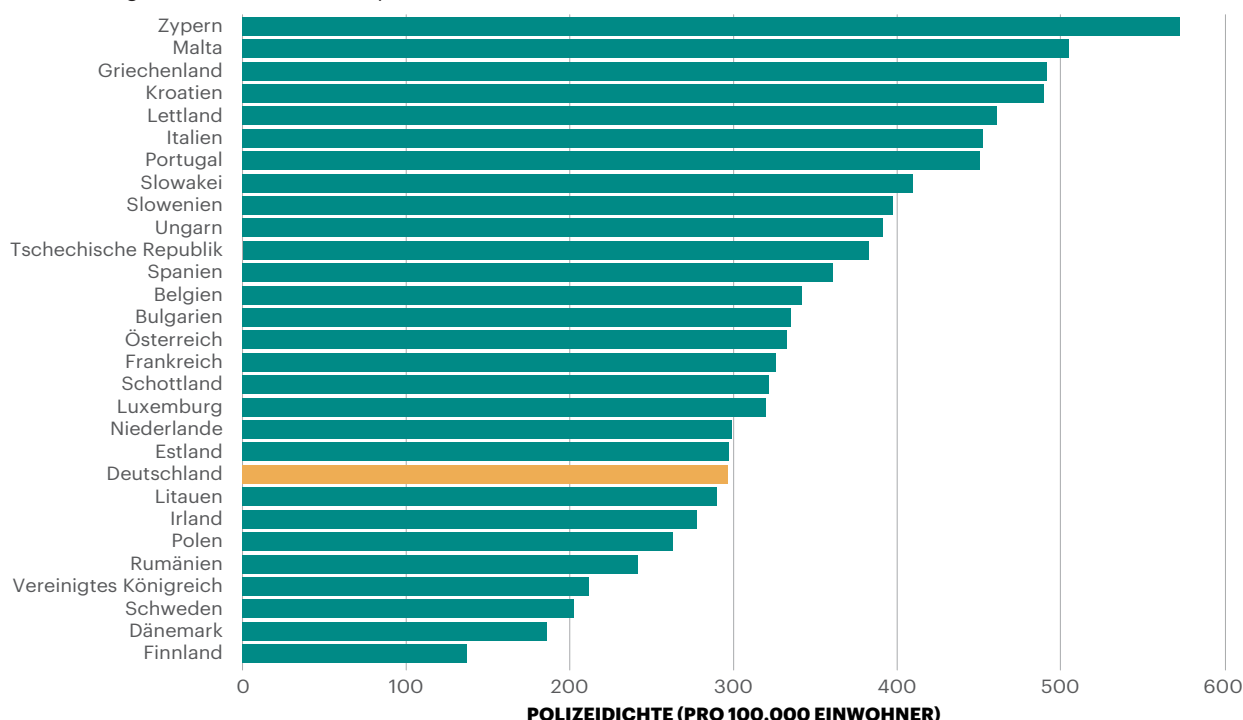
“

Innerhalb Europas hatte Deutschland 2017 mit 0,93 Opfern pro 100.000 Einwohnern die zehntniedrigste Rate von Tötungsdelikten.

ABBILDUNG 1.34

Polizeidichte in Europa, 2016

Im Jahr 2016 lag die Polizeidichte in Deutschland bei 297 Kräften pro 100.000 Einwohnern. Deutschland hatte die neuntniedrigste Polizeidichte in Europa.



Quelle: Eurostat

Die Strafjustiz in Deutschland

Als wichtigste Einrichtung, die für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verantwortlich ist, hängt die Wirksamkeit der Strafjustiz von der Identifizierung, Festnahme, Anklage und Verurteilung von Straf- und Gewalttätern ab. Dieser Prozess umfasst die Arbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Richtern und Strafvollzugsbeamten. Die Arbeitsergebnisse der Strafjustiz weisen auf den gewählten Ansatz zur Gewährleistung eines hohen Niveaus öffentlicher Sicherheit und gesellschaftlicher Ordnung hin.

Die deutsche Strafjustiz nutzt ein umfassendes System von Geldbußen, Rehabilitations- und Bildungsmaßnahmen als Alternative zur Haftstrafe, insbesondere bei geringfügigen Straftaten. Diese Betonung auf Rehabilitation und Wiedereingliederung führt zu einer niedrigeren Inhaftierungsrate und zielt darauf ab, die Rückfallquoten zu reduzieren. Innerhalb der Strafjustiz in Deutschland werden die Ergebnisse von Gerichtsverfahren von einem Schöffengericht oder einem Richter im Staatsdienst festgelegt. Die Richter berücksichtigen verschiedene externe Faktoren, wie den Grund für Straftat und was für den Angeklagten in Zukunft hilfreich wäre, bevor sie endgültige Urteile fällen.

Die deutsche Strafjustiz hat sich seit 2005 erheblich verändert. So ging die Aufnahmequote der Strafvollzugsanstalten von 2005 bis 2015 um 22 Prozent zurück. Im gleichen Zeitraum ging die Anzahl der Gefängnisinsassen um 19 Prozent zurück. Darüber hinaus verringerte sich auch das Verhältnis von Insassen zu Strafvollzugsbeamten um 19 Prozent, was auf ein besser ausgestattetes Strafjustizsystem hinweist. Die deutsche Strafjustiz schnitt bei der Erfüllung ihrer Leistungskennzahlen besser ab als viele europäische Länder.³⁹

Die polizeiliche Kriminalstatistik von 2018 schätzt, dass 57 Prozent aller registrierten Straftaten von der Polizei aufgeklärt werden. In Fällen schwerer Straftaten sinkt diese Quote jedoch auf 15 Prozent, was auf die Komplexität schwerer Straftaten hindeutet. Die

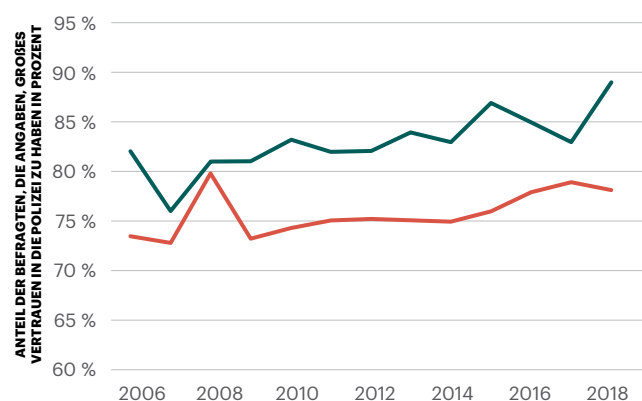
Aufklärungsrate liegt bei den meisten Formen der *Gewaltkriminalität* zwischen 57 Prozent für Raubüberfälle, einschließlich Körperverletzung, und 96 Prozent für Mord und Totschlag.⁴⁰

Umfragen von Gallup zeigen, dass die Menschen in Deutschland ein hohes Sicherheitsempfinden und ein hohes Maß an Vertrauen in die deutsche Polizei haben. Im Jahr 2018 gab mit 88 Prozent eine Mehrheit der deutschen Staatsbürger an, Vertrauen in ihre Polizei zu haben – das zweithöchste Vertrauensniveau nach der Schweiz. Abbildung 1.35 zeigt den Prozentsatz der Befragten in Deutschland, die Vertrauen in die deutsche Polizei haben.

ABBILDUNG 1.35

Entwicklung der öffentlichen Wahrnehmung der Polizei in Deutschland, 2006 – 2018

2018 sprachen die Deutschen ihrer Polizei mit 89 Prozent ein sehr großes Vertrauen aus, verglichen mit einem europäischen Durchschnitt von 78 Prozent.



Quelle: Gallup World Poll

Die *Inhaftierungsrate* in Deutschland ist seit 2014 leicht gestiegen und kletterte um drei Prozent von 75 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2015 auf 77 im Jahr 2018. Der jüngste Anstieg der Inhaftierungsrate spiegelt die Verschlechterung der Friedlichkeit aufgrund des steigenden Niveaus von *Gewaltkriminalität* und *öffentlichen Unruhen* in Deutschland wider. Abbildung 1.36 zeigt die Inhaftierungsrate für Deutschland von 2014 bis 2018.

Deutschland hat jedoch eine der niedrigsten Inhaftierungsraten unter den europäischen Ländern und auch weltweit. Eine Studie der deutschen Strafjustiz kam zu dem Ergebnis, dass nur 16 Prozent aller vor Gericht angeklagten Verdächtigen inhaftiert werden.⁴¹ Im Vergleich zu anderen Ländern wie den USA sind die Haftstrafen in Deutschland oft kürzer und die Lebensbedingungen in den Strafvollzugsanstalten besser.

Darüber hinaus tragen die Wirksamkeit der Strafjustiz und das höhere Friedensniveau in Deutschland zur niedrigeren Inhaftierungsrate bei. Auf Regional- und Länderebene spiegelt die Inhaftierungsrate das Ausmaß der Friedlichkeit wider. Die drei Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin weisen einige der höchsten Inhaftierungsraten in Deutschland auf.

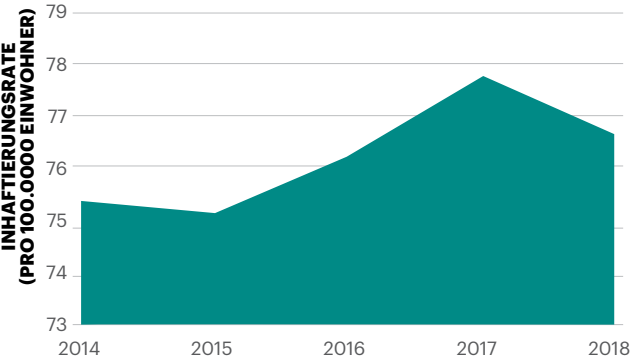
Berlin und Bremen, die zu den fünf am wenigsten friedlichen Regionen gehören, weisen mit 99 bzw. 81 Personen pro 100.000 Einwohner die höchsten Inhaftierungsraten auf.

Die Region Leipzig mit dem viertniedrigsten Friedensniveau liegt im Bundesland Sachsen. Sachsen hat eine hohe Inhaftierungsrate von 81 Personen pro 100.000, was dem Niveau von Bremen entspricht.

In allen drei Stadtstaaten, Bremen, Hamburg und Berlin, liegt die Inhaftierungsrate deutlich über der durchschnittlichen Inhaftierungsrate. Tabelle 1.5 zeigt die Inhaftierungsraten nach Bundesländern.

ABBILDUNG 1.36
Nationale Inhaftierungsrate in Deutschland, 2014 – 2018

Die Inhaftierungsrate in Deutschland ist entsprechend der nationalen Verschlechterung der Friedlichkeit von 75,4 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2015 um zwei Prozent auf 76,7 im Jahr 2018 gestiegen.



Quelle: UNODC

TABELLE 1.5

Rangliste der Bundesländer nach Inhaftierungsraten für Deutschland

Die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen zählen zu den fünf am wenigsten friedlichen Bundesländern Deutschlands und weisen die höchsten Inhaftierungsraten in Deutschland auf.

Bundesland	Inhaftierungsrate (pro 100.000 Einwohner)	Rangfolge
Schleswig-Holstein	40	1
Brandenburg	50	2
Niedersachsen	59	3
Baden-Württemberg	64	4
Mecklenburg-Vorpommern	67	5
Thüringen	69	6
Sachsen-Anhalt	72	7
Hessen	73	8
Saarland	74	9
Rheinland-Pfalz	75	10
Bremen	81	11
Sachsen	82	12
Bayern	89	13
Nordrhein-Westfalen	90	14
Hamburg	98	15
Berlin	99	16

Quelle: UNODC

Der wirtschaftliche Mehrwert des Friedens im Jahr 2018

Hauptergebnisse

- Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt in Deutschland beliefen sich 2018 auf 85,2 Milliarden Euro, was 2,6 Prozent des deutschen BIP entspricht.
- Dieser Wert ist fünfmal höher als die deutschen Ausgaben für Entwicklungshilfe und dreimal höher als die staatlichen Ausgaben für Hochschulen.
- Die wirtschaftlichen Einbußen durch Gewalt nahmen von 2013 bis 2018 um 11,2 Prozent zu.
- Die Ausgaben für die Polizei in Deutschland stiegen von 2013 bis 2018 um vier Prozent.
- Die Staatsausgaben im *Polizeiwesen* leisteten mit 55 Prozent den größten Beitrag zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt, was 47,3 Milliarden Euro im Jahr 2018 entspricht.
- Pro Person ließen sich die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt mit 1.085 Euro beziffern. Die wirtschaftlichen Auswirkungen pro Kopf waren jedoch von Region zu Region sehr unterschiedlich, von 898 Euro in Tübingen bis zu 2.124 Euro in Berlin.
- Würde das Gewaltaufkommen samt wirtschaftlicher Folgen aller Regionen auf das Niveau der fünf friedlichsten Regionen Deutschlands reduziert werden, beliefe sich die daraus resultierende Friedensdividende über einen Zeitraum von vier Jahren auf 26 Milliarden Euro, was einem Prozent des deutschen BIP entspricht.
- Im Jahr 2018 beliefen sich die auf organisierte Kriminalität zurückzuführenden Einbußen auf 691 Millionen Euro. Dies ist etwas weniger als 2013.
- Die deutschen Verteidigungsausgaben sind von 2000 bis 2017 um 32 Prozent gestiegen und machen derzeit 1,2 Prozent des deutschen BIP aus. Sie liegen damit jedoch immer noch deutlich unter dem Aufwand von zwei Prozent des BIP, den die Vereinigten Staaten vom NATO-Bündnis einfordern. Verteidigungsausgaben werden im Wirtschaftsmodell nicht berücksichtigt.

ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN AUSWIRKUNGEN VON GEWALT

Die geschätzten wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt in Deutschland beliefen sich 2018 auf 85,2 Milliarden Euro, was 2,6 Prozent des deutschen BIP entspricht.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt nahmen 2018 um 3,5 Prozent bzw. 2,9 Milliarden Euro zu. Dies entspricht einer Steigerung von 11,2 Prozent seit 2013. Die verstärkten wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt stehen im Einklang mit der 12-prozentigen Abnahme der nach DFI gemessenen Friedlichkeit in Deutschland. *Polizeiausgaben sowie die durch organisierte Kriminalität und Angst vor Gewalt entstandenen Kosten* erhöhten sich im Jahr 2018, während die durch *Tötungsdelikte, Gewaltkriminalität und Strafvollzug* entstandenen *Kosten* zurückgingen. Abbildung 2.1 zeigt die Entwicklung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt in Deutschland von 2013 bis 2018.

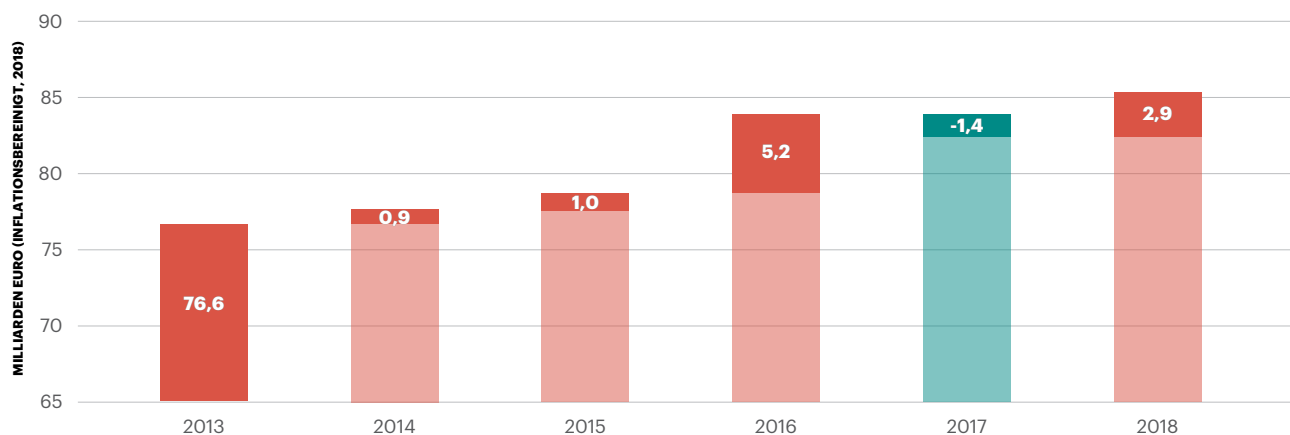
Seit 2013 haben sich die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt mit Ausnahme von 2017 jedes Jahr verstärkt, wobei die größte Veränderung von 6,6 Prozent oder 5,2 Milliarden Euro im Jahr 2016 zu verzeichnen war. Der Anstieg im Jahr 2016 ist auf die Entwicklung in den Bereichen *Tötungsdelikte* und *Gewaltkriminalität* zurückzuführen, die gegenüber 2015 um 26 bzw. zehn Prozent anstiegen. Tabelle 2.1 enthält eine vollständige Aufschlüsselung der wirtschaftlichen Auswirkungen im Zeitraum von 2013 bis 2018.

Um die wirtschaftlichen Einbußen von Gewalt ins Verhältnis zu setzen: sie sind mehr als fünfmal höher als die deutschen Ausgaben für Entwicklungshilfe und mehr als dreimal höher als die Ausgaben im Hochschulwesen. Dies unterstreicht, dass sich eine Verringerung von Gewalt in bedeutendem Maße positiv auf die Wirtschaft auswirken kann.

ABBILDUNG 2.1

Entwicklung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt, 2013 – 2018

Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt nahmen von 2013 bis 2018 um 11,2 Prozent zu. Mit Ausnahme von 2017 sind sie seit 2013 jährlich gestiegen.



Quelle: IEP

TABELLE 2.1

Wirtschaftliche Kosten von Gewalt im Zeitraum von 2013 bis 2018 in Milliarden Euro (konstante Euro 2018)

Bereich	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Veränderung (2017 bis 2018)
Tötungsdelikte	3,1	3,2	3,6	4,5	4,6	4,4	-4 %
Gewaltkriminalität	19,8	19,8	19,6	21,6	21,1	21,08	-0,1 %
Angst	3,2	3,2	3,2	3,3	3,4	3,4	1,2 %
Strafvollzugskosten	7,2	7,4	7,3	7,4	7,6	7,6	-0,4 %
Polizeiausgaben	41,7	42,7	43,9	44,9	45,2	47,3	4,6 %
Organisierte Kriminalität	1,6	1,2	0,9	2,1	0,4	1,4	225 %
Gesamt	76,6	77,5	78,5	83,7	82,3	85,2	3,5 %

Quelle: IEP

Gewalt und die Angst vor Gewalt führen zu erheblichen wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, wobei konkrete Fälle von Gewalt Kosten in Form von Sachschäden, Körperverletzungen oder psychischen Traumata verursachen. Die Angst vor Gewalt verändert das wirtschaftliche Handeln der Bevölkerung, vor allem durch Veränderungen des Investitions- und Konsumverhaltens sowie durch die Umleitung öffentlicher und privater Ressourcen weg von produktiven Aktivitäten und hin zu Schutzmaßnahmen.

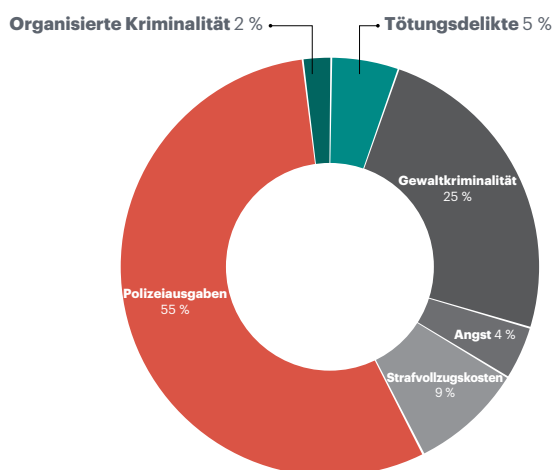
Gewalt und Angst vor Gewalt führen zusammen zu erheblichen Verlusten in Form von Produktivitätsengpässen, entgangenen Einnahmen und einer Verzerrung der Ausgaben. Die Messung des Ausmaßes und der Kosten von Gewalt ist daher von großer Bedeutung für die Bewertung der Auswirkungen von Gewalt auf die Wirtschaftstätigkeit.

Abbildung 2.2 zeigt die Aufschlüsselung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt nach Kategorien im Jahr 2018. Die Daten zeigen, dass die Ausgaben zur Verhütung und Eindämmung von Gewalt in Deutschland höher sind als die Kosten für Gewalt.

ABBILDUNG 2.2

Aufschlüsselung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt nach Kategorien, 2018

Polizeiarbeit stellt mit 55 Prozent die größte Kategorie dar. Tötungsdelikte und Gewaltkriminalität machen 30 Prozent der wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt aus.



Quelle: IEP

Staatsausgaben für Maßnahmen zur Verringerung und Eindämmung von Gewalt – *Polizeiausgaben* und *Strafvollzugskosten* – beliefen sich auf 54,9 Milliarden Euro, was 64 Prozent entspricht. Die wirtschaftliche Bedeutung von *Polizeiausgaben* bildet mit 55 Prozent bzw. 47 Milliarden Euro im Jahr 2018 die größte Kategorie im Modell. *Strafvollzugskosten* erfassen die Lohnausfälle der Inhaftierten und die staatlichen Ausgaben für Strafvollzugseinrichtungen. Im Jahr 2018 machten *Strafvollzugskosten* neun Prozent der gesamten wirtschaftlichen Auswirkungen aus, was 7,6 Milliarden Euro entspricht. Lohnausfälle der Inhaftierten werden dabei anhand des deutschen Mindestlohns von 18.684 Euro pro Jahr berechnet.

Gewaltkriminalität, einschließlich Raubüberfälle, Körperverletzung und sexueller Gewalt, bildete mit 21 Milliarden Euro oder 25 Prozent der gesamten wirtschaftlichen Auswirkungen die zweitgrößte Kategorie.

Angst vor Gewalt verursachte 2018 Einbußen von 3,4 Milliarden Euro, was vier Prozent entspricht. Zwei Prozent der Wirtschaftseinbußen sind auf *organisierte Kriminalität* zurückzuführen. Dies entspricht 1,4 Milliarden Euro im Jahr 2018.

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von *Tötungsdelikten* auf die deutsche Wirtschaft beliefen sich 2018 auf 4,4 Milliarden Euro, was 0,1 Prozent des deutschen BIP entspricht. *Tötungsdelikte* waren somit im Jahr 2018 für fünf Prozent der Gesamtsumme verantwortlich. Infolge der sinkenden Zahl von Tötungsdelikten im Jahr 2018 sind die wirtschaftlichen Auswirkungen von *Tötungsdelikten* um vier Prozent gesunken, ein Rückgang von 162 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Opfer von Tötungsdelikten in Deutschland hat jedoch seit 2013 erheblich zugenommen, wobei der größte jährliche Anstieg von 26 Prozent, was 919 Millionen Euro entspricht, im Jahr 2016 zu verzeichnen war. Die wirtschaftlichen Auswirkungen von *Tötungsdelikten* stiegen 2017 erneut auf 4,6 Milliarden Euro an, bevor sie 2018 wieder zurückgingen.

Bei den Tötungsdelikten hatte Luxemburg im Jahr 2018 die niedrigste Rate in ganz Europa und Deutschland mit 0,89 Opfern pro 100.000 Einwohnern die zehntniedrigste. Würde Deutschland bei Tötungsdelikten die gleiche Rate wie Luxemburg – 0,34 Opfer pro 100.000 Einwohner – erreichen, wären die wirtschaftlichen Einbußen von *Tötungsdelikten* in Deutschland um 1,6 Milliarden Euro niedriger. Dies ist weniger als die Hälfte des aktuellen Betrags.

Zusammen machen *Gewaltkriminalität* und *Tötungsdelikte* 30 Prozent der Gesamtsumme aus. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sowohl von *Gewaltkriminalität* als auch *Tötungsdelikten* sanken im Jahr 2018 gegenüber 2017, wobei der Bereich *Gewaltkriminalität* nur leicht um 0,1 Prozent bzw. 19 Millionen Euro zurückging.

Zwischenmenschliche Gewalt umfasst die Indikatoren Körperverletzung, Raubüberfälle, sexuelle Gewalt und *Tötungsdelikte*. Abbildung 2.3 zeigt den auf zwischenmenschliche Gewalt entfallenden Anteil der wirtschaftlichen Auswirkungen im Jahr 2018 nach Indikatoren, mit einer Gesamthöhe von 25,5 Milliarden Euro. Körperverletzung und *Tötungsdelikte* machten 96 Prozent der wirtschaftlichen Auswirkungen zwischenmenschlicher Gewalt in Deutschland aus, was 24,5 Milliarden Euro entspricht.

Sexuelle Gewalt umfasst Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe, die ein Prozent der wirtschaftlichen Auswirkungen zwischenmenschlicher Gewalt ausmachen. Im Jahr 2018 machten Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe 140,7 Millionen Euro bzw. 97,8 Millionen Euro aus. Angesichts der hohen Dunkelziffer bei Sexualstraftaten stellen die wirtschaftlichen Auswirkungen sexueller Gewalt eine sehr konservative Schätzung dar. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte führte 2012 eine Umfrage durch, die ergab, dass sich nur 15 Prozent der Opfer schwerwiegender Fälle sexueller Gewalt durch einen Partner an die Polizei wenden.¹

Im Jahr 2018 machten Raubüberfälle drei Prozent der wirtschaftlichen Auswirkungen zwischenmenschlicher Gewalt aus, was 787 Millionen Euro entspricht.

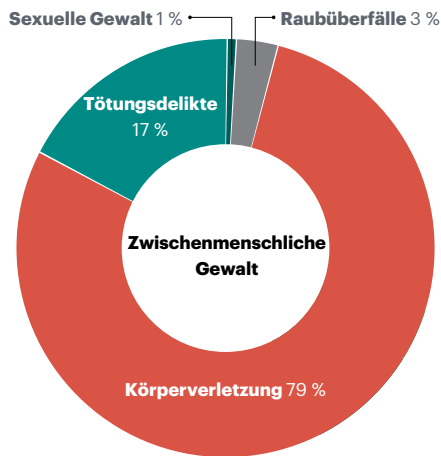


Die Staatsausgaben im Polizeiwesen leisteten mit 55 Prozent den größten Beitrag zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt, was 47,3 Milliarden Euro im Jahr 2018 entspricht.

ABBILDUNG 2.3

Aufschlüsselung der wirtschaftlichen Auswirkungen zwischenmenschlicher Gewalt, 2018

Körperverletzungen machen mehr als drei Viertel der wirtschaftlichen Auswirkungen zwischenmenschlicher Gewalt aus.



Quelle: IEP

Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt umfassen direkte und indirekte Kosten sowie einen Multiplikatoreffekt. Direkte Kosten können Ausgaben sein, die dem Opfer, dem Täter und dem Staat entstehen. Indirekte Kosten entstehen nach dem Vorfall und umfassen den Barwert der langfristigen Kosten, die sich aus Straftaten ergeben, wie z. B. künftige Einkommensverluste und psychische Traumata.

Der Multiplikatoreffekt stellt den entgangenen wirtschaftlichen Nutzen dar, der erzielt worden wäre, wenn alle relevanten Ausgaben in produktivere Alternativen geflossen wären.

Am Ende dieses Abschnitts findet sich eine umfassendere Erläuterung der Methodik zur Berechnung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt. Tabelle 2.2 enthält eine vollständige Aufschlüsselung der in der Schätzung für 2018 enthaltenen Kosten.

TABELLE 2.2

Wirtschaftliche Kosten von Gewalt im Jahr 2018 in Milliarden Euro (konstante Euro 2018)

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einschließlich der auf Grund von Gewalt nicht wahrgenommenen Chancen beliefen sich 2018 auf 85,2 Milliarden Euro.

Indikator	Direkt	Indirekt	Multiplikatoreffekt	Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt
Tötungsdelikte	1,1	2,2	1,1	4,4
Gewaltkriminalität	4,7	11,6	4,7	21,1
Strafvollzug	3,1	1,5	3,1	7,6
Angst	-	3,4	-	3,4
Polizei	23,7	-	23,7	47,3
Organisierte Kriminalität	0,7	-	0,7	1,4
Gesamt	33,2	18,7	33,2	85,2

Quelle: IEP

DIE WIRTSCHAFTLICHEN AUSWIRKUNGEN VON GEWALT PRO KOPF

Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt in Deutschland beliefen sich 2018 auf 1.085 Euro pro Person.

Tabelle 2.3 zeigt den DFI-Rang sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt pro Kopf und die Gesamtsumme nach Regionen. Wie zu erwarten, verstärken sich die Auswirkungen mit abnehmender Friedlichkeit. Angesichts der hohen Polizeiausgaben in einigen Regionen sind die wirtschaftlichen Kosten von Gewalt in diesen Regionen jedoch höher als es der DFI-Rang vermuten lässt.

Berlin war 2018 die am wenigsten friedliche Region in Deutschland und verzeichnete mit 2.124 Euro die stärksten wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt pro Kopf. Die Rate der Tötungsdelikte in Berlin war die höchste in Deutschland, was sich in den höheren Pro-Kopf-Auswirkungen von 253 Euro pro Person niederschlug. Die anderen Regionen mit den höchsten Pro-Kopf-Auswirkungen waren Hamburg, Bremen und Leipzig, die alle zu den fünf am wenigsten friedlichen Regionen gehören.

Die Polizeiausgaben in den drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen betrugen 2018 im Durchschnitt 1.053 Euro pro Person und waren damit die höchsten unter den Regionen Deutschlands. Darüber hinaus verzeichneten Berlin und Hamburg im Bereich Gewaltkriminalität mit 463 Euro bzw. 447 Euro pro Person die höchsten wirtschaftlichen Auswirkungen pro Kopf.

Das im Bundesland Baden-Württemberg gelegene Tübingen ist die fünftfriedlichste Region Deutschlands und hat mit 898 Euro pro Person die geringste Pro-Kopf-Auswirkung.

Um die voraussichtlichen wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt besser zu verstehen, werden drei unterschiedliche Zukunftsszenarien zugrunde gelegt. Diese Analyse umfasst ausschließlich *Tötungsdelikte*, sexuelle Gewalt, Körperverletzung, Raubüberfälle, *organisierte Kriminalität* und *Angst vor Gewalt*. Polizeiausgaben und Strafvollzugskosten werden nicht berücksichtigt.

Das Szenario hohes Friedensniveau zeigt die Vorteile einer Verringerung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt auf das Niveau der fünf friedlichsten Regionen. Die fünf friedlichsten Regionen im Jahr 2018 waren Trier, Chemnitz, Dresden, Oberpfalz und Tübingen.

Im Gegensatz dazu zeigt das Szenario niedriges Friedensniveau die zusätzlichen Einbußen, die Deutschland zu verzeichnen hätte, wenn die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt in allen deutschen Regionen auf das Niveau der fünf am wenigsten friedlichen Regionen ansteigen würden. Die fünf am wenigsten friedlichen Regionen im Jahr 2018 waren Oberfranken, Hamburg, Berlin, Leipzig und Bremen.

Das dritte Szenario geht davon aus, dass die Friedlichkeitsentwicklung in Deutschland weiterhin wie bislang verläuft.

Abbildung 2.4 zeigt die Vorteile einer Verringerung der Gewalt auf das Niveau der fünf friedlichsten Regionen Deutschlands (Szenario hohes Friedensniveau). Wenn Deutschland sein Friedensniveau landesweit auf das der fünf friedlichsten Regionen verbessern könnte, entstünde ein wirtschaftlicher Mehrwert von 6,5 Milliarden Euro pro Jahr bzw. 26 Milliarden Euro über vier Jahre.

TABELLE 2.3

Wirtschaftliche Pro-Kopf-Kosten von Gewalt im Jahr 2018 (konstante Euro 2018)

Die wirtschaftlichen Pro-Kopf-Kosten von Gewalt variieren erheblich zwischen 898 Euro pro Person in Tübingen und 2.124 Euro in Berlin.

Bundesland	NUTS2 DFI-Rang	Wirtschaftliche Auswirkungen von Gewalt pro Kopf	Wirtschaftliche Auswirkungen von Gewalt (Milliarden)
Tübingen	4	898	1,7
Detmold	2	903	1,9
Freiburg	6	903	2,0
Darmstadt	20	913	3,6
Stuttgart	13	920	3,6
Karlsruhe	18	929	2,2
Gießen	21	941	1,0
Trier	1	949	0,5
Oberpfalz	7	960	0,9
Münster	12	972	2,5
Unterfranken	3	978	0,9
Chemnitz	10	981	1,4
Lüneburg	16	981	1,7
Braunschweig	17	986	1,6
Schleswig-Holstein	28	988	2,9
Koblenz	14	988	1,5
Schwaben	15	995	1,6
Oberbayern	22	1010	3,6
Dresden	9	1012	1,6
Niederbayern	11	1021	1,0
Kassel	31	1022	1,0
Düsseldorf	30	1037	5,4
Mittelfranken	24	1039	1,5
Arnsberg	27	1039	3,7
Hannover	26	1040	2,2
Köln	29	1052	4,7
Rhein Hessen-Pfalz	25	1056	2,2
Weser-Ems	32	1064	2,4
Thüringen	19	1082	2,3
Brandenburg	5	1088	2,7
Oberfranken	23	1106	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	8	1143	1,8
Saarland	33	1170	1,2
Sachsen-Anhalt	34	1184	2,6
Leipzig	35	1300	0,8
Bremen	37	1617	1,1
Hamburg	36	1788	3,3
Berlin	38	2124	7,7

Quelle: IEP

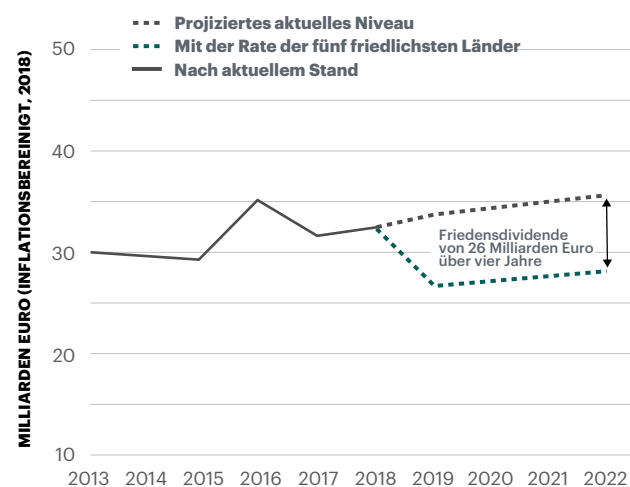
Die Friedensdividende ist deutlich höher, wenn die Diskrepanz der wirtschaftlichen Auswirkungen zwischen den Szenarien mit hohem und niedrigem Friedensniveau berücksichtigt wird. Die Friedensdividende in diesem Szenario beträgt 25,4 Milliarden Euro pro Jahr bzw. 102 Milliarden Euro über einen Zeitraum von vier Jahren.

Abbildung 2.5 zeigt die Unterschiede zwischen dem Szenario mit niedrigem und dem mit hohem Friedensniveau, die für vier Jahre prognostiziert werden.

ABBILDUNG 2.4

Zukünftige wirtschaftliche Auswirkungen von Gewalt, Szenario mit hohem Friedensniveau, 2013 – 2022

Deutschland wird über einen Zeitraum von vier Jahren zusätzliche Verluste in Höhe von 26 Milliarden Euro vermeiden, wenn sich das Friedensniveau bundesweit auf das der fünf friedlichsten Regionen verbessert.

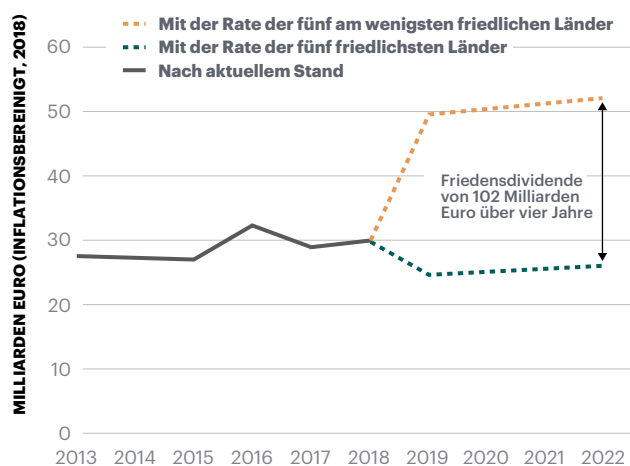


Quelle: IEP

ABBILDUNG 2.5

Zukünftige wirtschaftliche Auswirkungen von Gewalt: Unterschied zwischen den Szenarien mit hohem und niedrigem Friedensniveau, 2013 – 2022

Die Verringerung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt vom Niveau der fünf am wenigsten friedlichen Regionen auf das der fünf friedlichsten Regionen beläuft sich auf 102 Milliarden Euro.



Quelle: IEP

WIRTSCHAFTLICHE EINBUSSEN DURCH ORGANISIERTE KRIMINALITÄT IN DEUTSCHLAND

Im Jahr 2018 beliefen sich die auf *organisierte Kriminalität* zurückzuführenden Einbußen auf 691 Millionen Euro und lagen damit leicht unter dem Wert von 2013. Der Zeitpunkt der Ermittlungen kann die Schwankungen der Einbußen durch *organisierte Kriminalität* zwischen 2017 und 2018 erklären. Die Einbußen werden in dem Jahr erfasst, in dem die Ermittlungen aufgenommen wurden, und nicht erst nach Abschluss des Verfahrens.

Verluste durch *organisierte Kriminalität* machen zwei Prozent der wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt in Deutschland aus. Weitere Einzelheiten zur Definition der organisierten Kriminalität finden Sie im Abschnitt 1 auf Seite 8 dieses Berichts.

Zu den Verstößen im Bereich organisierte Kriminalität in Deutschland gehörten hauptsächlich Eigentumsdelikte, illegaler Drogenhandel, Steuervergehen sowie zollrechtliche Delikte und Wirtschaftskriminalität.²

Im Jahr 2018 spielte Gewalt bei fünf Prozent der polizeilich untersuchten Fälle im Bereich *organisierte Kriminalität* eine Rolle. Darüber hinaus betrafen 38 Prozent der Fälle von organisierter Kriminalität den Drogenhandel.

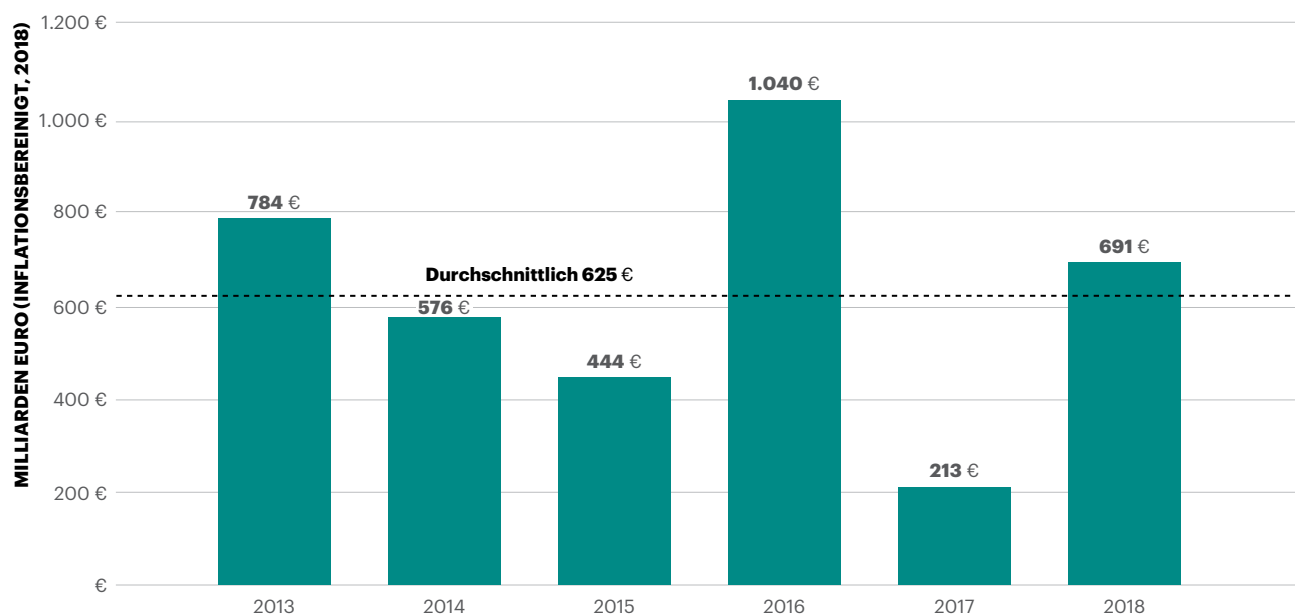
Die durchschnittlichen jährlichen Verluste durch *organisierte Kriminalität* beliefen sich von 2013 bis 2018 auf 625 Millionen Euro. Das schlechteste Jahr war 2016 mit Verlusten von über einer Milliarde Euro. Die polizeilich gemeldeten Verluste spiegeln jedoch nicht die tatsächlichen Auswirkungen der organisierten Kriminalität wider, da Deutschland bei Straftaten generell eine hohe Dunkelziffer aufweist.

Die tatsächlichen Auswirkungen der *organisierten Kriminalität* könnten mit Hilfe einer deutschlandweiten repräsentativen Umfrage zur Opfererfassung besser geschätzt werden. Abbildung 2.6 zeigt die Entwicklung der wirtschaftlichen Verluste durch *organisierte Kriminalität* in Deutschland.

ABBILDUNG 2.6

Entwicklung der wirtschaftlichen Einbußen durch organisierte Kriminalität, 2013 – 2018

Die durch organisierte Kriminalität verursachten wirtschaftlichen Einbußen erreichten 2016 mit über einer Milliarde Euro ihren Höchstwert



Quelle: IEP, BKA

Staatsausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Staatsausgaben zur Eindämmung und Bewältigung der Folgen von Gewalt beliefen sich 2018 auf 54,9 Milliarden Euro. Diese Summe setzt sich aus Ausgaben für Polizei und Strafvollzug zusammen.

Das Rechtssystem und die Gerichte werden in diesem Wirtschaftsmodell nicht in die Berechnung der Staatsausgaben einbezogen, sie werden jedoch in den Bereichen *Tötungsdelikte* und *Gewaltkriminalität* berücksichtigt. Ein Großteil der Arbeit des Rechtssystems entfällt eher auf zivilrechtliche Belange als auf

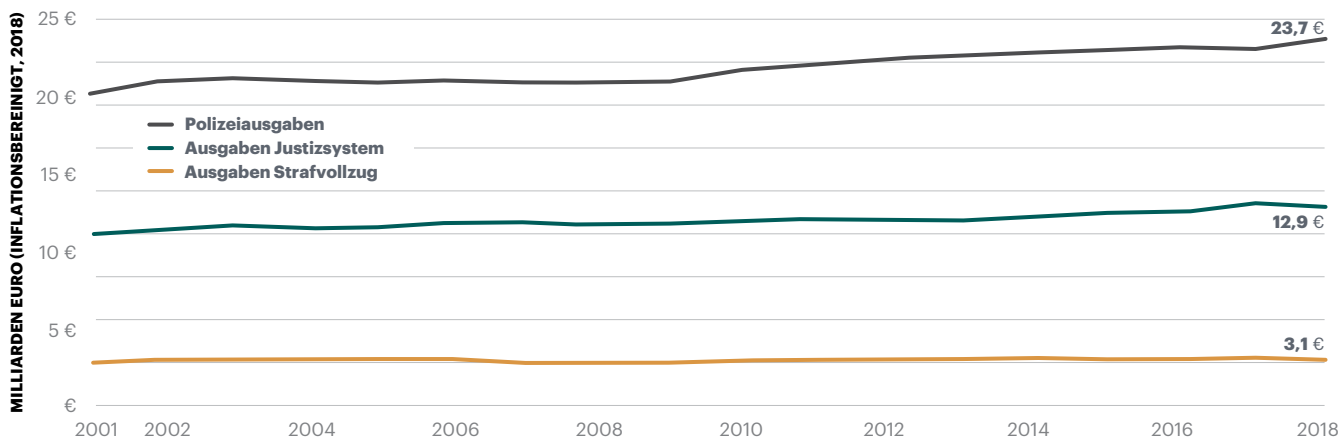
Fälle von Gewalt. Darüber hinaus wird der für die Eindämmung von Gewalt aufgewendete Anteil der Kosten nicht separat angegeben.

Die Staatsausgaben für die öffentliche Ordnung und Sicherheit waren in Deutschland in den letzten 17 Jahren relativ konstant. Die Ausgaben für die Polizei stiegen in den 17 Jahren von 2001 bis 2018 um 17 Prozent bzw. 3,4 Milliarden Euro. Die Ausgaben für das Justizwesen stiegen zwischen 2001 und 2018 um 16 Prozent bzw. 1,7 Milliarden Euro, während die Ausgaben für den Strafvollzug seit 2001 einen Anstieg von sieben Prozent verzeichneten. Abbildung 2.7 zeigt die Entwicklung in den Kategorien Ausgaben für die öffentliche Ordnung und Sicherheit.

ABBILDUNG 2.7

Staatsausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit, 2001 – 2018

Die Polizeiausgaben in Deutschland stiegen von 2001 bis 2018 um 17 Prozent.



Quelle: Eurostat, IEP

Verteidigungsausgaben

Die deutschen Verteidigungsausgaben werden in diesem Modell der wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt nicht berücksichtigt. In den letzten Jahren haben die Verteidigungsausgaben europäischer Länder verstärkt das öffentliche Interesse und die Kritik der Vereinigten Staaten auf sich gezogen. Die Vereinigten Staaten haben ihre europäischen Partner des Nordatlantikpakts (NATO) ersucht, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen und sich verstärkt an den Kosten für globale Sicherheit zu beteiligen.

Die deutschen Verteidigungsausgaben sind seit der Jahrhundertwende erheblich gestiegen und legten zwischen 2000 bis 2017 um 32 Prozent auf 31 Milliarden Euro zu. Dieser Anstieg der Verteidigungsausgaben ist jedoch in Relation zum

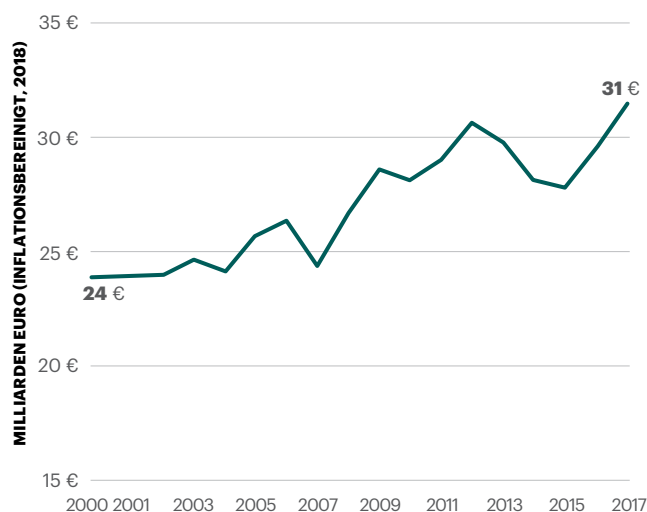
BIP weniger beachtlich. In Prozent des BIP ausgedrückt sanken die Verteidigungsausgaben von 1,4 Prozent im Jahr 2000 auf 1,2 Prozent im Jahr 2017. Dies unterstreicht die Tatsache, dass der Anstieg der Verteidigungsausgaben in Deutschland unter dem BIP-Wachstum lag. Abbildung 2.8 zeigt die Entwicklung der Verteidigungsausgaben in Deutschland von 2000 bis 2017.

Europaweit stiegen die Verteidigungsausgaben in den vier Jahren seit 2014 um drei Prozent. Diesem Anstieg ging die rückläufige Entwicklung von 2005 bis 2014 voraus, als die Verteidigungsausgaben um 22 Prozent zurückgingen. Abbildung 2.9 zeigt die Entwicklung der Verteidigungsausgaben in Europa. In der Abbildung ist Deutschland von den europäischen Ausgaben ausgeschlossen.

ABBILDUNG 2.8

Verteidigungsausgaben in Deutschland, 2000 – 2017

Die Verteidigungsausgaben in Deutschland erreichten 2017 einen Höchststand von 31 Milliarden Euro.

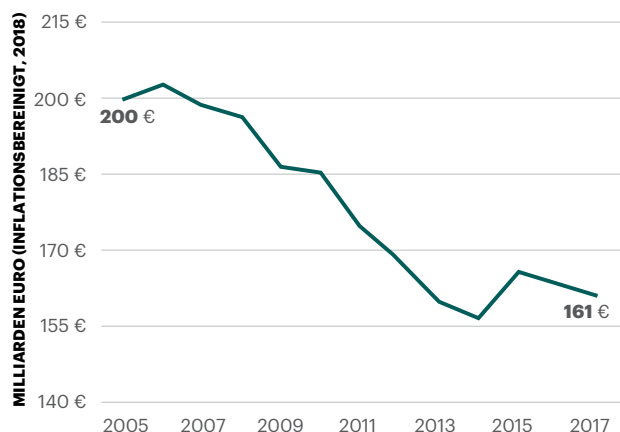


Quelle: IEP, Eurostat

ABBILDUNG 2.9

Entwicklung der europäischen Verteidigungsausgaben ohne Deutschland, 2005 – 2017

Die Verteidigungsausgaben in ganz Europa sind seit 2014 um drei Prozent gestiegen.

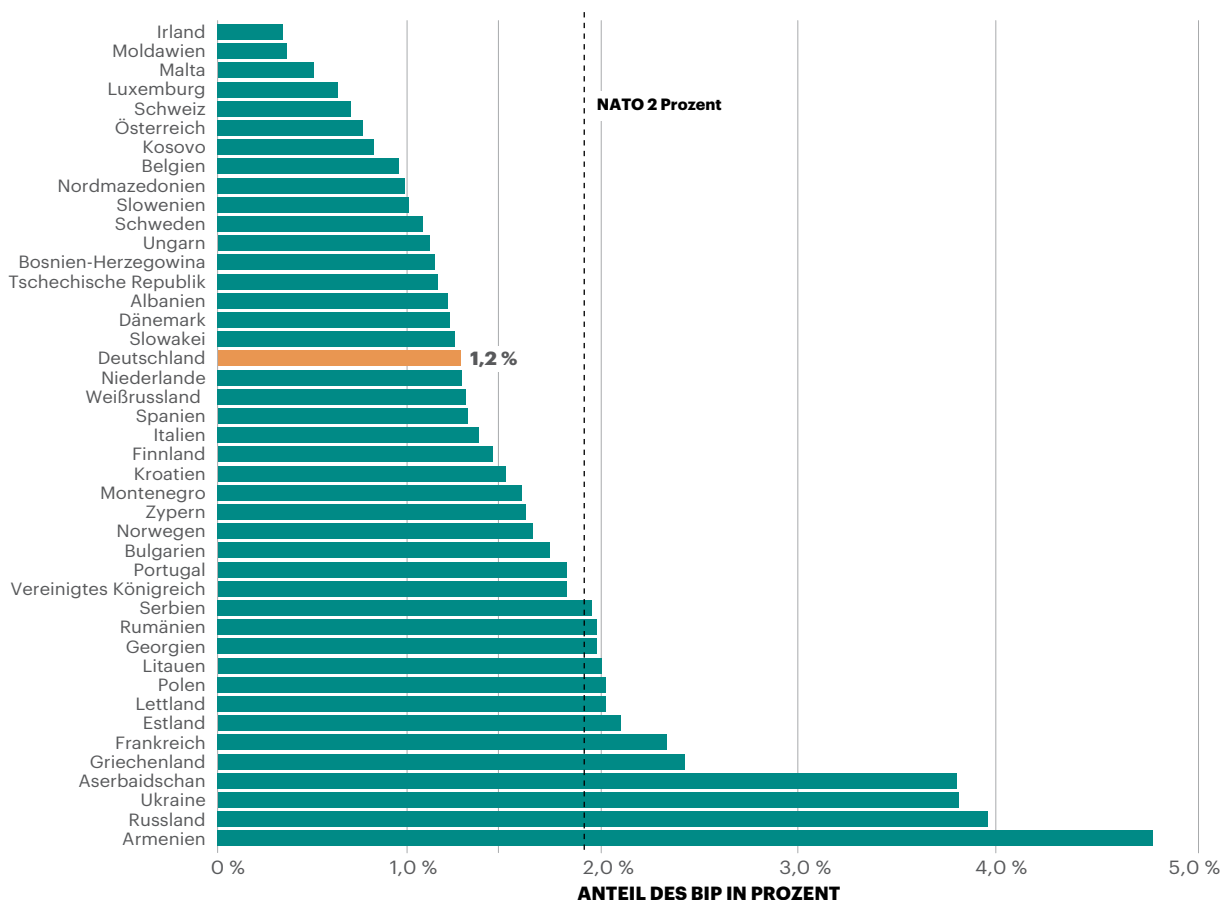


Quelle: IEP, Eurostat

ABBILDUNG 2.10

Europäische Verteidigungsausgaben in Prozent des BIP, 2018

Ein Großteil der europäischen Länder, einschließlich Deutschland, gab deutlich weniger als zwei Prozent des BIP für Verteidigung aus.



Quelle: IEP, SIPRI

METHODIK AUF EINEN BLICK

Als wirtschaftliche Auswirkungen von Gewalt gelten Ausgaben und wirtschaftliche Effekte im Zusammenhang mit dem „Eindämmen, Verhindern und Behandeln der Folgen von Gewalt.“ Dieser Schätzwert umfasst die direkten und indirekten Kosten von Gewalt sowie einen wirtschaftlichen Multiplikator. Der Multiplikatoreffekt berechnet die zusätzliche wirtschaftliche Aktivität, die stattgefunden hätte, wenn die direkten Kosten von Gewalt vermieden worden wären.

Ausgaben für die Eindämmung von Gewalt sind dann wirtschaftlich effizient, wenn sie Gewalt bei geringstem Aufwand wirksam verhindern. Ausgaben, die über ein optimales Niveau hinausgehen, können jedoch das Wirtschaftswachstum eines Landes dämpfen. Daher ist es für einen produktiven Kapitaleinsatz wichtig, bei den öffentlichen Ausgaben für Polizei, Justiz und Strafvollzug die richtige Balance zu finden.

Das IEP schätzt die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt in Deutschland anhand einer ähnlichen Methodik wie der für die globale Studie The Economic Value of Peace (Der wirtschaftliche Nutzen des Friedens) verwendeten. Die Deutschland-Studie verwendet eine Vielzahl von Messwerten, darunter eine

umfassende Zusammenstellung der durch Gewalt verursachten Kosten und der Ausgaben für die Eindämmung von Gewalt. Darüber hinaus sind auf Angst vor Gewalt zurückzuführende Kosten enthalten.

Die Schätzung des IEP zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt umfasst drei Komponenten:

1. **Direkte Kosten** sind die Kosten von Verbrechen oder Gewalt, die dem Opfer, dem Täter und dem Staat entstehen. Dazu gehören direkte Ausgaben wie Polizeikosten, Kosten für medizinische Behandlungen, Bestattungen oder Inhaftierungen.

- 2. Indirekte Kosten** sind die langfristigen Kosten, die nach dem Vorfall entstehen. Dazu gehören physische und psychische Traumata sowie der Barwert zukünftiger, auf den Gewaltvorfall zurückzuführender Kosten.
- 3. Der Multiplikatoreffekt** ist ein häufig verwendetes Wirtschaftskonzept, das beschreibt, inwieweit zusätzliche Ausgaben Folgeeffekte für die Gesamtwirtschaft haben. Weitere Informationen zum Friedensmultiplikator finden Sie in Kasten 2.1.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt beziehen sich auf die Gesamtkosten der Eindämmung von Gewalt zuzüglich des Friedensmultiplikators.

Diese Studie verwendet eine Kostenrechnungsmethode, um die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt zu messen. Die Ausgaben für die Eindämmung von Gewalt werden summiert und die Stückkosten werden auf die geschätzte Anzahl der begangenen Straftaten angerechnet. Die berücksichtigten Straftaten sind Tötungsdelikte, Körperverletzung, sexuelle Gewalt und Raubüberfälle. Auch für das geschätzte Maß an Angst vor Unsicherheit und Gewalt werden Stückkosten berechnet. Die Stückkosten veranschlagen die direkten (materiellen) und indirekten (immateriellen) Kosten jeder Straftat. Die direkten Stückkosten umfassen Verluste des Opfers und des Täters und schließen Kosten aus, die den Strafverfolgungsbehörden entstehen, da diese an anderer Stelle im Modell erfasst werden.

Die Daten zur Gewaltkriminalität stammen aus der deutschen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und werden aus den einzelnen Datensätzen der Landeskriminalämter (LKÄ) und des Bundeskriminalamtes (BKA) zusammengestellt. Die staatlichen Ausgaben für Polizei und Strafvollzug werden von Eurostat übernommen und auf regionaler Ebene aufgeschlüsselt. Daten über die Angst der Bevölkerung stammen aus den

WISIND-Erhebungen auf Landesebene und werden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zusammengestellt. Die monetären Verluste durch organisierte Kriminalität werden vom BKA erstellt.

Die in diesem Bericht angegebenen Kostenschätzungen sind in konstanten Euro zum Wert von 2018 angegeben, um diese über längere Zeiträume vergleichen zu können. Die Schätzung berücksichtigt nur solche Aspekte von Gewalt, für die verlässliche Daten vorhanden sind. Sie kann daher als konservativ angesehen werden. Die unten aufgeführten Bereiche sind in der Methodik zur Berechnung der Kosten von Gewalt enthalten:

1. Tötungsdelikte
2. Gewaltkriminalität, dazu gehören Körperverletzung, Vergewaltigungen, sexuelle Nötigung sowie Raubüberfälle
3. Strafvollzugskosten
4. Angst vor Unsicherheit
5. Polizeikosten
6. Strafvollzugskosten
7. Organisierte Kriminalität

Zu den bei den wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt nicht berücksichtigten Bereichen zählen:

- Öffentliche Ausgaben für Sicherheit auf regionaler Ebene
- Schutzkosten, z. B. für private Sicherheitsanbieter und Schusswaffen
- Bundesausgaben für die Eindämmung von externer Gewalt, z. B. Verteidigungsausgaben

In dieser Studie wird davon ausgegangen, dass der Multiplikator gleich Eins ist, d. h. für jeden bei der Eindämmung von Gewalt gesparten Euro wird ein weiterer Euro an Wirtschaftstätigkeit berechnet. Dies ist ein relativ konservativer Multiplikator und entspricht weitgehend ähnlichen Studien.

KASTEN 2.1

Multiplikatoreffekt

Der Multiplikatoreffekt ist ein häufig verwendetes wirtschaftliches Konzept, das beschreibt, inwieweit zusätzliche Ausgaben die Gesamtwirtschaft verbessern. Jedes der Wirtschaft zugeführte zusätzliche Einkommen führt zu neuen Ausgaben, die wiederum Arbeitsplätze, zusätzliches Einkommen und neue Ausgaben zur Folge haben. Dieser sich gegenseitig verstärkende Konjunkturzyklus wird als „Multiplikatoreffekt“ bezeichnet und ist der Grund dafür, dass ein Euro an Ausgaben mehr als einen Euro an Wirtschaftstätigkeit erzeugen kann.

Obwohl das genaue Ausmaß dieses Effekts schwer zu messen ist, dürfte er bei Ausgaben im Zusammenhang mit der Eindämmung von Gewalt besonders groß sein. Wenn zum Beispiel eine Gemeinde friedlicher werden würde, würden Einzelpersonen und Unternehmen weniger Zeit und Ressourcen aufwenden, um sich vor Gewalt zu schützen. Aufgrund dieses Rückgangs der Gewalt ist mit erheblichen Folgeeffekten für die Gesamtwirtschaft zu rechnen, da das Geld in produktivere Bereiche wie Gesundheit, Unternehmensinvestitionen, Bildung und Infrastruktur umgeleitet wird.

Wenn ein Tötungsdelikt vermieden wird, können die direkten Kosten, wie das Geld für medizinische Behandlung und die Beerdigung, an anderer Stelle ausgegeben werden. Die Wirtschaft profitiert zudem von der Einbeziehung des ansonsten verlorenen Lebens Einkommens des Opfers. Daher kann ein Mehr an Frieden erhebliche wirtschaftliche Vorteile bringen. Dies bestätigt auch die Argumentation von Brauer und Tepper-Marlin (2009), wonach Gewalt oder die Angst vor Gewalt dazu führen könnten, dass einige wirtschaftliche Aktivitäten gar nicht erst stattfinden. Generell gibt es gute Anhaltspunkte dafür, dass Gewalt und die Angst vor Gewalt die Anreize für Unternehmen grundlegend verändern können. Beispielsweise ergab eine Analyse von 730 Unternehmen in Kolumbien von 1997 bis 2001, dass neue Unternehmen in einer durch hohes Gewaltaufkommen geprägten Umgebung geringere Überlebens- und Erfolgchancen hatten. Infolgedessen ist es bei einem höheren Gewaltaufkommen wahrscheinlich, dass langfristig ein niedrigeres Beschäftigungsniveau und eine geringere wirtschaftliche Produktivität zu verzeichnen sind, da die vorhandenen Anreize die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie Langzeitinvestitionen unattraktiver machen.

Positiver Frieden

Hauptergebnisse

- Der positive Frieden in Deutschland hat sich seit Beginn der europäischen Einwanderungskrise im Jahr 2015 um 2,2 Prozent verschlechtert. Dennoch belegt das Land in puncto positiver Frieden weiterhin den 11. Platz weltweit.
- Besonders im Bereich *Strukturen* hat sich der positive Frieden in den letzten zehn Jahren erheblich und kontinuierlich verbessert, was weitgehend der globalen Entwicklung entspricht.
- Der Bereich der *Institutionen* hat sich im Berichtszeitraum kaum verändert, was die Stabilität der deutschen Demokratie, Kultur und sozialen Normen widerspiegelt.
- Der Bereich *Bevölkerungsansichten* verzeichnete ab 2015 eine erhebliche Verschlechterung, was darauf hinweist, dass die Deutschen ihre eigene Gesellschaft etwas weniger positiv als zuvor betrachteten.
- Die deutschen Regionalwerte sind relativ homogen, wobei drei Viertel der Regionen einen Wert zwischen 1,10 und 1,60 aufweisen. Bemerkenswerte Ausnahmen sind die Regionen Berlin, Bremen und Hamburg, die im Vergleich zum Rest des Landes ein geringes Maß an positivem Frieden aufwiesen.
- Die südlichsten Regionen Schwaben, Tübingen und Oberbayern belegten 2018 in Bezug auf positiven Frieden die ersten drei Plätze.
- Die Analyse in diesem Abschnitt stellt einen Ausgangspunkt für weitere Forschungen dar, um unser Wissen über die Facetten des positiven Friedens in Deutschland zu vertiefen.

WAS IST POSITIVER FRIEDEN?

ABBILDUNG 3.1



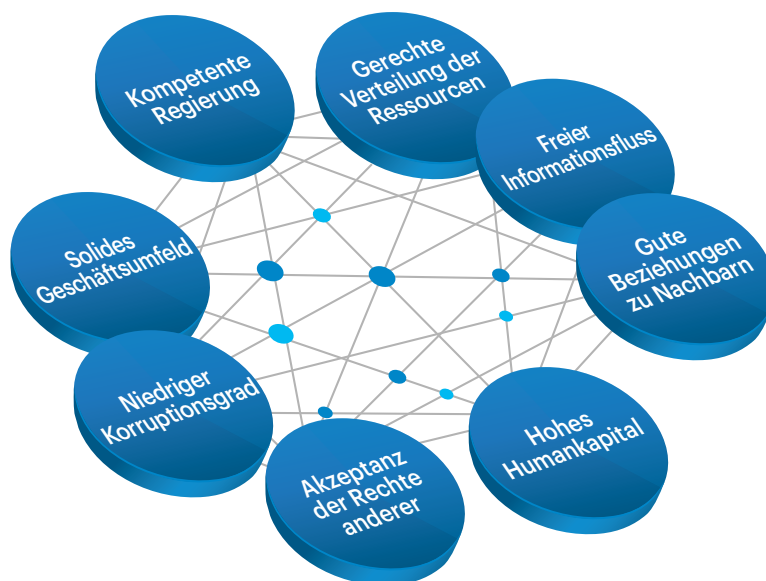
- Positiver Frieden bezeichnet die *Bevölkerungsansichten, Institutionen und Strukturen*, die friedliche Gesellschaften schaffen und aufrechterhalten. Dieselben Faktoren begünstigen darüber hinaus viele weitere positive Entwicklungen, die von der Gesellschaft als wichtig angesehen werden. Ein höheres Maß an positivem Frieden geht statistisch mit höherem BIP-Wachstum, positiveren ökologischen Auswirkungen, höherem Wohlbefinden, besseren Entwicklungsergebnissen und einer stärkeren Widerstandsfähigkeit einher.
- Das Vorhandensein von positivem Frieden wurde vom IEP empirisch abgeleitet, indem Tausende von deutschlandweiten Messwerten für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt analysiert wurden, um festzustellen, welche statistisch signifikanten Beziehungen zum durch den Global Peace Index (GPI) gemessenen tatsächlichen Frieden bestehen.
- Positiver Frieden wird anhand des positiven Friedensindex (PFI) gemessen, der aus acht Säulen besteht, die jeweils drei Indikatoren enthalten. So ergibt sich ein Ausgangsmesswert für die Wirksamkeit der landeseigenen Kapazitäten zur Schaffung und Erhaltung von Frieden. Gleichzeitig dient dieser Wert politischen Entscheidungsträgern, Wissenschaftlern und Unternehmen als Mittel zur wirksamen Überwachung und Bewertung.
- Positiver Frieden kann als Grundlage für die empirische Messung der Widerstandsfähigkeit eines Landes verwendet werden – seiner Fähigkeit, Schocks wie den Klimawandel oder wirtschaftliche Veränderungen zu absorbieren, sich anzupassen und wieder zu erholen. Ebenso kann er zur Messung von Fragilität herangezogen werden und dabei helfen, die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, Gewalt und Instabilität vorherzusagen.

POSITIVER FRIEDEN UND SYSTEMDENKEN

Dieser Abschnitt beschreibt, wie positiver Frieden die *Bevölkerungsansichten, Institutionen und Strukturen*, die Gesellschaften gedeihen lassen, fördern und aufbauen kann. Dieselben Faktoren schaffen widerstands- und anpassungsfähige Gesellschaften, die Konflikte vorbeugen und ihren Bürgern helfen, mit Meinungsverschiedenheiten produktiv umzugehen.

Positiver Frieden als Begriff wurde erstmals in den 1960er Jahren eingeführt und wurde historisch qualitativ verstanden, basierend auf idealistischen oder moralischen Konzepten einer friedlichen Gesellschaft. Das Unterscheidungsmerkmal der IEP-Arbeit zu positivem Frieden ist, dass sie empirisch abgeleitet wird. So kann eine weltweite statistische Analyse der Gemeinsamkeiten der friedlichsten Länder wichtige quantitative Fakten zur Bewertung von friedensfördernden Faktoren liefern und subjektive Bewertungen verhindern.

Um den positiven Friedensindex zu erstellen, verglich das IEP statistisch fast 25.000 nationale Datenreihen, Indizes und Meinungsumfragen mit den internen Messwerten des Global Peace Index (GPI), um festzustellen, welche Faktoren die höchsten statistischen Korrelationen aufwiesen. Die Indikatoren wurden dann qualitativ bewertet und in Fällen, in denen mehrere Variablen ähnliche Phänomene erfassen, wurden die am wenigsten signifikanten ausgeschlossen. Die verbleibenden Faktoren wurden mithilfe statistischer Techniken in den acht Säulen des positiven Friedens zusammengefasst. Für jede Säule wurden drei Indikatoren ausgewählt, die unterschiedliche, aber komplementäre konzeptionelle Aspekte des positiven Friedens darstellen. Beim Erstellen des Indexes wurden die Indikatoren so gewichtet, dass höhere Korrelationskoeffizienten mit dem GPI-Wert begünstigt wurden. Dieser empirische Ansatz zur Erstellung des Index wirkt Vor- und Werturteilen entgegen.



Als Menschen begegnen wir Konflikten regelmäßig – ob zu Hause, bei der Arbeit, unter Freunden oder auf Systemebene zwischen ethnischen, religiösen oder politischen Gruppierungen. Diese Konflikte führen jedoch im Regelfall nicht zu Gewalt. Konflikte stellen eine Chance dar, Forderungen zu verhandeln oder neu zu verhandeln, um die gemeinsame Lage zu verbessern. Konflikte können, sofern sie gewaltfrei sind, konstruktive Prozesse darstellen.¹ Gewisse Aspekte einer Gesellschaft können dies begünstigen, z. B. allgemeine Ablehnung von Gewalt oder ein auf Schlichtung ausgerichtetes Rechtssystem.

Die Säulen des positiven Friedens

Das IEP hat acht Schlüsselfaktoren oder Säulen identifiziert, die den positiven Frieden ausmachen:

- **Eine kompetente Regierung** – Eine kompetente Regierung zeichnet sich durch hochwertige Dienstleistungen im öffentlichen Sektor aus, schafft Vertrauen und Partizipation, demonstriert politische Stabilität und wahrt die Rechtsstaatlichkeit im Land.
- **Solides Geschäftsumfeld** – Beschreibt die Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die formellen Institutionen, die Tätigkeiten im Privatsektor unterstützen. Sowohl Wettbewerbsfähigkeit als auch wirtschaftliche Produktivität werden mit den friedlichsten Ländern in Verbindung gebracht.
- **Gerechte Verteilung der Ressourcen** – Friedliche Länder neigen dazu, einen gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen wie Bildung und Gesundheit sowie in geringerem Maße eine gleichberechtigte Einkommensverteilung zu gewährleisten.
- **Akzeptanz der Rechte anderer** – In friedlichen Ländern werden grundlegende Menschenrechte und Grundfreiheiten häufig formell per Gesetz garantiert und durch informelle soziale und kulturelle Normen, die sich auf das Verhalten der Bürger beziehen, unterstützt.
- **Gute Beziehungen zu Nachbarn** – Friedliche Beziehungen zu anderen Ländern sind ebenso wichtig wie gute

Beziehungen zwischen Gruppierungen innerhalb eines Landes. Länder mit positiven Außenbeziehungen sind friedlicher und tendenziell politisch stabiler, haben kompetentere Regierungen, sind regional integriert und haben weniger organisierte interne Konflikte.

- **Freier Informationsfluss** – Freie und unabhängige Medien verbreiten Informationen auf eine Weise, die zu einem Mehr an Wissen führt und Einzelpersonen, Unternehmen und der Zivilgesellschaft hilft, bessere Entscheidungen zu treffen. Dies führt zu besseren Ergebnissen und rationaleren Reaktionen in Krisenzeiten.
- **Hohes Humankapital** – Eine gut qualifizierte und ausgebildete Bevölkerung spiegelt das Ausmaß wider, in dem Gesellschaften ihre Bürger ausbilden und die Entwicklung von Wissen fördern, wodurch wirtschaftliche Produktivität, Jugendfürsorge, politische Teilhabe und Sozialkapital verbessert werden.
- **Geringes Maß an Korruption** – In Gesellschaften mit einem hohen Maß an Korruption werden Ressourcen ineffizient zugewiesen, was häufig zu einem Mangel an Finanzmitteln für die Grundversorgung und zu Unruhen führt. Ein geringes Maß an Korruption kann das Vertrauen in die Institutionen stärken.

Positiver Frieden bezeichnet die *Bevölkerungsansichten, Institutionen und Strukturen*, die friedliche Gesellschaften schaffen und erhalten. Jeder dieser drei Faktoren hat wesentlichen Einfluss auf die Friedlichkeit, und zusammen werden sie als die Bereiche des positiven Friedens bezeichnet. Das IEP benennt keine einzelnen Maßnahmen zur Stärkung individueller Säulen, da diese sehr stark von den kulturellen Normen und dem Entwicklungspfad eines bestimmten Landes abhängen. Was in einem Land als angemessen gilt, ist in einem anderen möglicherweise nicht angemessen.

Was Positive Peace von anderen Friedensstudien unterscheidet, ist, dass der Rahmen empirisch abgeleitet wird. Die zur Messung der einzelnen Säulen ausgewählten Indikatoren basieren auf den Faktoren, die den stärksten statistisch signifikanten Zusammenhang mit Friedlichkeit aufweisen, und bilden als solche sowohl einen ganzheitlichen als auch einen empirischen Rahmen.²

Positive Friedensindikatoren

Das IEP hat 24 Indikatoren ausgewählt, um den positiven Frieden weltweit quantitativ zu bestimmen.³ Diese Indikatoren korrelieren stark mit dem internationalen negativen Friedensniveau und stehen für die Faktoren, welche die Bereiche und Säulen des positiven Friedens am stärksten beeinflussen (Tabelle 3.1).

TABELLE 3.1

Indikatoren im positiven Friedensindex

Die folgenden 24 Indikatoren wurden im Positiven Friedensindex ausgewählt, um die stärksten Beziehungen zur Abwesenheit von Gewalt und zur Abwesenheit von Angst vor Gewalt aufzuzeigen.

Säule	Bereich	Indikator	Beschreibung	Quelle	Korrelationskoeffizient (mit GPI)*
Akzeptanz der Rechte anderer	Strukturen	Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit (Gender Inequality Index, GII)	Der GII erfasst die Benachteiligung von Frauen in drei Bereichen: reproduktive Gesundheit, Befähigung und Arbeitsmarkt.	United Nations Development Programme	0,65
	Bevölkerungsansichten	Gruppenkonflikte	Der Indikator Gruppenkonflikte konzentriert sich auf Spaltungen und Risse zwischen verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft, insbesondere Spaltungen aufgrund sozialer oder politischer Merkmale und deren Bedeutung für den Zugang zu Dienstleistungen oder Ressourcen sowie bei der Einbeziehung in den politischen Prozess.	Fragile States Index	0,65
	Bevölkerungsansichten	Ausgrenzung aufgrund sozioökonomischer Gruppenzugehörigkeit	Ausgrenzung bedeutet, dass Personen der Zugang zu Dienstleistungen oder die Teilhabe an staatlich kontrollierten Bereichen aufgrund ihrer Identität oder Gruppenzugehörigkeit verweigert werden.	Varieties of Democracy (Demokratievarianten, V-Dem)	0,73
Gerechte Verteilung der Ressourcen	Strukturen	Ungleichheitsbereinigter Lebenserwartungsindex	Lebenserwartung für die gesamte Bevölkerung unter Berücksichtigung unterschiedlicher Einkommensniveaus. Niedrigere Einkommensklassen haben tendenziell eine kürzere Lebenserwartung. Veränderungen der gesellschaftlichen Ungleichheit können zu einer Änderung der gesamten Lebenserwartung führen, selbst wenn sich die Lebenserwartung für jede einzelne Einkommensklasse nicht geändert hat.	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen	0,59
	Strukturen	Armutsquote bei 5,50 US-Dollar pro Tag (PPP 2011) (% der Bevölkerung)	Die Armutsquote von 5,50 US-Dollar pro Tag gibt den Prozentsatz der Bevölkerung an, der zu internationalen Preisen von 2011 von weniger als 5,50 USD pro Tag lebt.	Weltbank	0,52
	Strukturen	Index Gleichverteilung der Ressourcen	Diese Komponente misst die Gerechtigkeit der Verteilung materieller und immaterieller Ressourcen in der Gesellschaft.	Varieties of Democracy (Demokratievarianten, V-Dem)	0,73
Freier Informationsfluss	Bevölkerungsansichten	Pressefreiheit	Ein zusammengesetzter Messwert für den Grad der Freiheit in den Druck- und Rundfunkmedien sowie im Internet.	Freedom House	0,58
	Bevölkerungsansichten	Informationsqualität	Ein Messwert, der erfasst, wie oft Regierungen falsche oder irreführende Informationen verbreiten.	Varieties of Democracy (Demokratievarianten, V-Dem)	0,59
	Strukturen	Internetnutzer (% der Bevölkerung)	Internetnutzer sind Personen, die in den letzten drei Monaten von einem beliebigen Ort aus das Internet genutzt haben. Das Internet kann über einen Computer, ein Mobiltelefon, einen persönlichen digitalen Assistenten, einen Spielautomaten, digitales Fernsehen usw. genutzt werden.	Internationale Fernmeldeunion	0,59
Gute Beziehungen zu Nachbarn	Bevölkerungsansichten	Feindseligkeit gegenüber Ausländern / Privateigentum	Intensität der antagonistischen Haltung gegenüber Ausländern oder Eigentum von Ausländern.	The Economist Intelligence Unit	0,68
	Strukturen	Internationaler Tourismus, Anzahl der Ankünfte (pro 100.000)	Anzahl der Touristen, die in ein anderes Land reisen, das nicht ihr gewöhnlicher Wohnsitz ist, und dort mindestens eine Nacht bleiben.	Weltorganisation für Tourismus	0,39
	Strukturen	Ausmaß regionaler Integration	Ein qualitativer Messwert, der den Grad der regionalen Integration widerspiegelt, gemessen an der Mitgliedschaft eines Landes in regionalen Handelsverbänden.	The Economist Intelligence Unit	0,6

Hohes Humankapital	Strukturen	Anteil der Jugendlichen, die weder arbeiten, noch eine schulische, akademische oder berufliche Ausbildung durchlaufen (NEET) (%)	Anteil der Personen zwischen 15 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig sind und keine schulische, akademische oder berufliche Ausbildung durchlaufen.	Internationale Arbeitsorganisation	0,54
	Strukturen	In Forschung und Entwicklung beschäftigte Forschungskräfte (pro Million Einwohner)	Anzahl der in Forschung und Entwicklung (F&E) tätigen Forschungskräfte pro Million Einwohner.	UNESCO	0,64
	Strukturen	Gesunde Lebenserwartung (HALE) bei der Geburt (Jahre)	Durchschnittliche Anzahl von Lebensjahren, die ein Neugeborenes bei voller Gesundheit erwarten kann.	Weltgesundheitsorganisation	0,61
Geringes Maß an Korruption	Institutionen	Korruptionskontrolle	Die Korruptionskontrolle erfasst die Wahrnehmung, inwieweit öffentliche Ämter zum privaten Vorteil genutzt werden.	Weltbank	0,77
	Bevölkerungsansichten	Elitenspaltung	Misst die Fragmentierung herrschender Eliten und staatlicher Institutionen nach ethnischen, Klassen-, Clan-, Rassen- oder religiösen Gesichtspunkten.	Fragile States Index	0,72
	Institutionen	Irreguläre Zahlungen und Bestechung	Misst die Prävalenz von undokumentierten zusätzlichen Zahlungen oder Bestechungsgeldern durch Unternehmen.	Weltwirtschaftsforum	0,70
Solides Geschäftsumfeld	Strukturen	Geschäftsumfeld	Misst das unternehmerische Umfeld eines Landes, seine Geschäftsinfrastruktur, Innovationshemmnisse und Arbeitsmarktflexibilität.	Legatum Institute	0,70
	Strukturen	Pro-Kopf-BIP (aktuelle US-Dollar)	Das Pro-Kopf-BIP ist das Bruttoinlandsprodukt geteilt durch die Bevölkerung zur Jahresmitte.	Weltbank	0,61
	Strukturen	Wert des Wohlstandsindex	Bewertet Länder in Bezug auf wirtschaftliche Entwicklung, Geschäftsumfeld, Regierungsführung, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Sicherheit, persönliche Freiheiten, soziales Kapital und natürliche Umwelt.	Heritage Foundation	0,81
Kompetente Regierung	Institutionen	Demokratieindex	Misst, ob Wahlverfahren, bürgerliche Freiheiten, Regierungskompetenz, politische Teilhabe und Kultur die säkulare Demokratie fördern.	The Economist Intelligence Unit	0,64
	Institutionen	Effektivität des Regierungshandelns: Schätzung	Die Effektivität des Regierungshandelns erfasst die Wahrnehmung der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, die Qualität des öffentlichen Dienstes und den Grad seiner Unabhängigkeit von politischem Druck, die Qualität der Formulierung und Umsetzung der Politik sowie die Glaubwürdigkeit des Engagements der Regierung für eine solche Politik.	Weltbank	0,78
	Institutionen	Rechtsstaatlichkeit: Schätzung	Rechtsstaatlichkeit erfasst die Wahrnehmung, inwieweit Einwohner Vertrauen in die Regeln der Gesellschaft haben und diese einhalten, insbesondere die Verlässlichkeit von Vertragsdurchsetzung, Eigentumsrechten, Polizeiwesen und der Gerichte sowie die Wahrscheinlichkeit von Straftaten und Gewalt.	Weltbank	0,81

* Die Korrelationen spiegeln die Daten für 2018 wider und werden in absoluten Zahlen dargestellt. Das heißt, alle Indikatoren wurden angepasst, um die gleiche Ausrichtung wie der GPI zu vermitteln, wobei höhere (niedrigere) Niveaus einen geringeren (höheren) sozioökonomischen Entwicklungsstand darstellen.

POSITIVER FRIEDEN IN DEUTSCHLAND

Deutschland ist eines der ranghöchsten Länder im Positive Peace Report 2019, was den Erfolg des Landes hinsichtlich sozioökonomischer Entwicklung demonstriert. Es rangiert auf dem 11. Platz unter den 163 im Bericht bewerteten Ländern, und diese Position blieb über das letzte Jahrzehnt stabil (Tabelle 3.2).

TABELLE 3.2

Positiver Friedensindex – Top 20 Rangliste, 2018

Mit einem Wert von 1,42 liegt Deutschland auf Platz 11 der friedlichsten Länder im Jahr 2018.

RANG IM JAHR 2018	LAND	WERT IM JAHR 2018	RANGÄNDERUNG SEIT 2009
1	Norwegen	1,17	↑ 2
2	Finnland	1,21	↑ 2
= 3	Schweden	1,23	↓ 1
= 3	Schweiz	1,23	↑ 2
5	Dänemark	1,26	↓ 4
6	Island	1,28	↓ 1
7	Niederlande	1,29	↔
8	Irland	1,34	↔
9	Neuseeland	1,4	↑ 2
10	Kanada	1,41	↓ 1
11	Deutschland	1,42	↔
12	Österreich	1,47	↓ 2
13	Australien	1,51	↔
= 14	Belgien	1,53	↔
= 14	Singapur	1,53	↑ 3
16	Frankreich	1,55	↔
17	Japan	1,56	↑ 1
18	Portugal	1,57	↑ 2
19	Vereinigtes Königreich	1,59	↓ 4
20	Slowenien	1,63	↓ 1

Quelle: IEP

Der positive Frieden in Deutschland hatte sich fast ununterbrochen verbessert, bis der Index 2015 zurückfiel und einen leichten Verschlechterungstrend auslöste (Abbildung 3.3). Im Jahr 2018 lag der deutsche positive Friedenswert bei 1,42 – eine Verschlechterung von 2,2 Prozent seit 2014. Trotz dieser Verschlechterung bleibt der Wert des Landes wesentlich über dem gleichgewichteten europäischen Durchschnitt von 1,97. Die Verschlechterung des positiven Friedens fällt mit der Verschlechterung des tatsächlichen Friedens in Deutschland zusammen. Der DFI-Wert verschlechterte sich von 2013 bis 2018 um 12 Prozent.

Die drei Bereiche des positiven Friedens, *Bevölkerungsansichten*, *Institutionen* und *Strukturen*, verzeichneten in den letzten zehn Jahren unterschiedliche Trends in Deutschland (Abbildung 3.4).

ABBILDUNG 3.3

Deutscher Friedensindex (positiv) – Gesamtwert, 2009 – 2018

Ab 2015 fiel der deutsche Wert zurück und es setzte eine leichte Verschlechterung ein.



Quelle: IEP

Der Bereich *Strukturen* verzeichnete eine wesentliche und kontinuierliche Verbesserung, die weitgehend der globalen Entwicklung entspricht. Dieser Bereich wird stark vom Konjunkturzyklus, der Geschäftstätigkeit, technologischen Entwicklungen und wissenschaftlichen Entdeckungen beeinflusst. Der Bereich verbessert sich tendenziell kontinuierlich, wobei nur größere Schocks wie schwere Wirtschaftskrisen, Naturkatastrophen oder weit verbreitete Konflikte zu Rückschlägen oder Trendwenden führen können.

Der Bereich der *Institutionen* hat sich im Berichtszeitraum kaum verändert, was die Stabilität der deutschen Demokratie, Kultur und sozialen Normen widerspiegelt.

Im Gegensatz dazu war im Bereich *Bevölkerungsansichten* ab 2014 eine erhebliche Verschlechterung zu verzeichnen, die mit zunehmenden Konflikten im Nahen Osten, Terrorismus und zunehmender Migration zusammenfiel. Auch rechtsextremistische politische Aktivitäten haben in den letzten Jahren in Deutschland und anderen europäischen Ländern zugenommen.

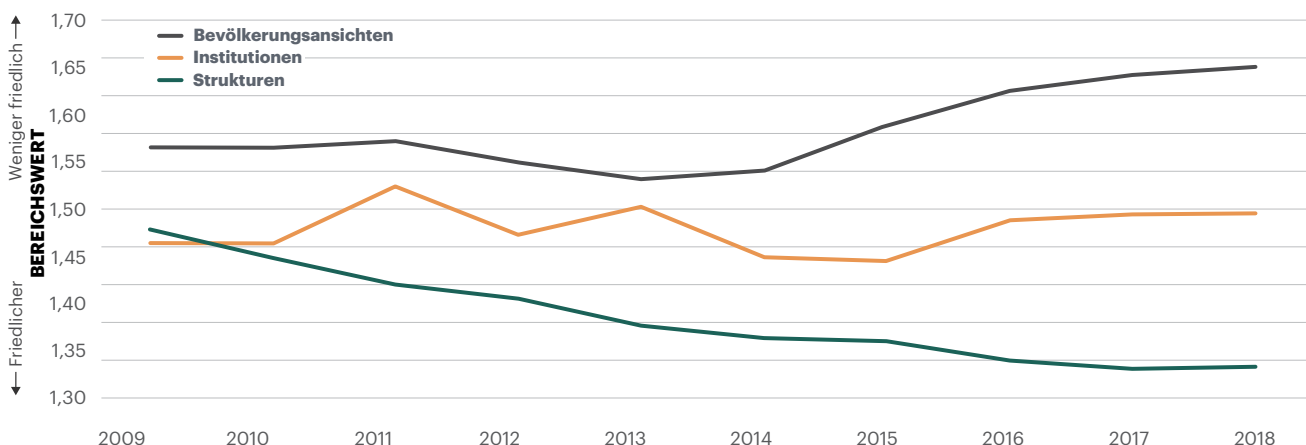
Der Indikator mit den größten Fortschritten in Deutschland im letzten Jahrzehnt war das Geschäftsumfeld (Abbildung 3.5). Dies steht im Einklang mit der wirtschaftlichen Erholung nach der globalen Finanzkrise 2008/09. Insbesondere der internationale Handelsüberschuss Deutschlands ist in den letzten zehn Jahren stark gestiegen, und die Arbeitslosenquote ist von 7,7 Prozent im Jahr 2009 auf 3,4 Prozent im Jahr 2018 stark gesunken.⁴ Auch andere Indikatoren im Bereich *Strukturen*, die etwa die Beschäftigung und Ausbildung von Jugendlichen, den Zugang zu Informationen, die Lebenserwartung und die Ungleichheit der Geschlechter erfassen, haben sich erheblich verbessert.

Im Einklang mit der globalen Entwicklung hat sich beim positiven Frieden der Bereich *Bevölkerungsansichten* im letzten Jahrzehnt

ABBILDUNG 3.4

Deutscher positiver Friedensindex nach Bereichen, 2009 – 2018

Der Bereich Strukturen hat sich seit 2009 kontinuierlich verbessert. Im Gegensatz dazu hat sich der Bereich Bevölkerungsansichten seit 2014 verschlechtert.



Quelle: IEP

verschlechtert. Besonders hervorzuheben ist hier der Indikator *Elitenspaltung* des Fragile States Index, der mit 25 Prozent die größte Verschlechterung erfuhr. Dies spiegelt die Uneinigkeit der führenden Eliten sowie einen Anstieg des politischen Radikalismus wider. Dieser Indikator war in der ersten Hälfte der 2010er Jahre relativ stabil, verschlechterte sich jedoch ab 2015 deutlich.

Weitere Indikatoren, die sich verschlechterten, waren *unregelmäßige Zahlungen und Bestechungsgelder*, *gleichmäßige Verteilung der Ressourcen*, *Pressefreiheit* und *politische Demokratie*, wobei die für Deutschland verzeichneten Änderungen nach OECD-Standards gering waren.

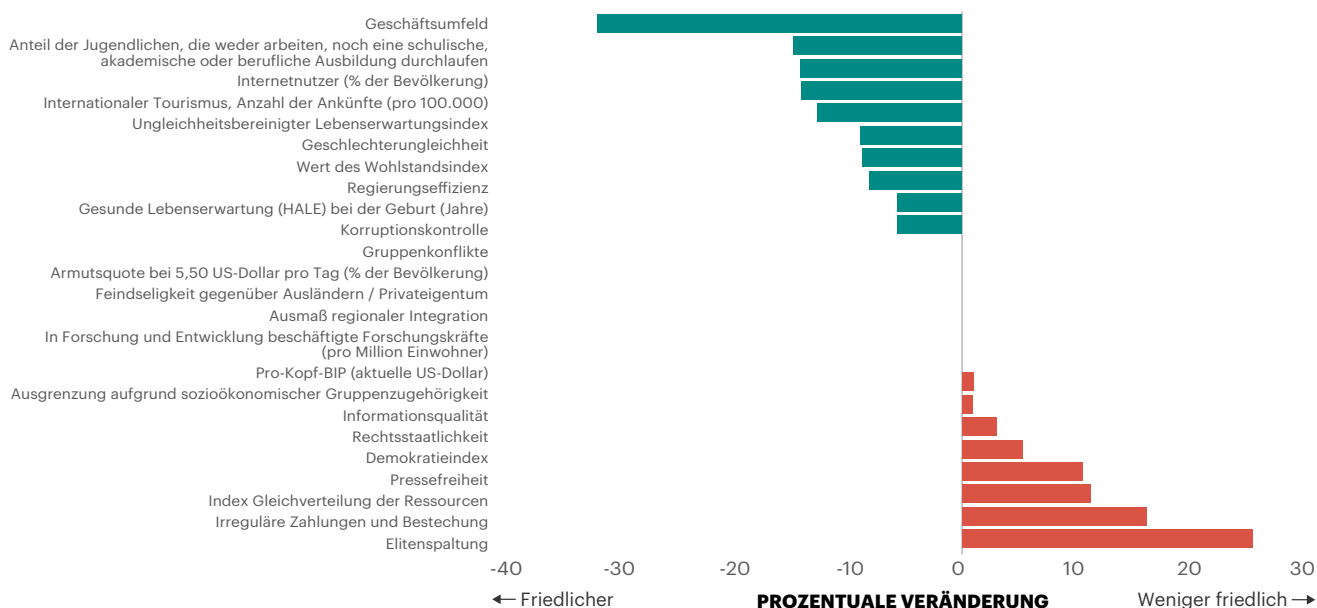
“

Der positive Frieden in Deutschland hat sich seit Beginn der europäischen Einwanderungskrise im Jahr 2015 um 2,2 Prozent verschlechtert.

ABBILDUNG 3.5

Deutscher positiver Friedensindex – Entwicklung der Indikatoren, 2009 – 2018

Vier Indikatoren verzeichneten seit 2009 eine Verschlechterung von mehr als zehn Prozent. Alle beziehen sich auf den Bereich Bevölkerungsansichten des positiven Friedens und spiegeln intensivere gesellschaftspolitische Spannungen und größere Ungleichheit wider.



Quelle: IEP

Die Entwicklung der Indikatoren Elitenspaltung sowie *unregelmäßige Zahlungen und Bestechungsgelder* hat zu einer Verschlechterung der Säule Geringes Maß an Korruption geführt (Abbildung 3.6). Dies war die einzige Säule des positiven Friedens, die sich in Deutschland seit 2009 verschlechtert hat.

Der Indikator solides Geschäftsumfeld verzeichnete erhebliche Fortschritte, ebenso wie der Indikator hohes Humankapital, der durch sinkende Zahlen von erwerbslosen bzw. nicht in Schule oder Ausbildung befindlichen Jugendlichen begünstigt wurde. Deutschland weist im EU-Vergleich eine sehr niedrige Jugendarbeitslosenquote auf, was teilweise auf das deutsche System von Lehre und Berufsschule zurückzuführen ist.^{5,6} Dieses System funktioniert nur aufgrund der relativ guten Zusammenarbeit

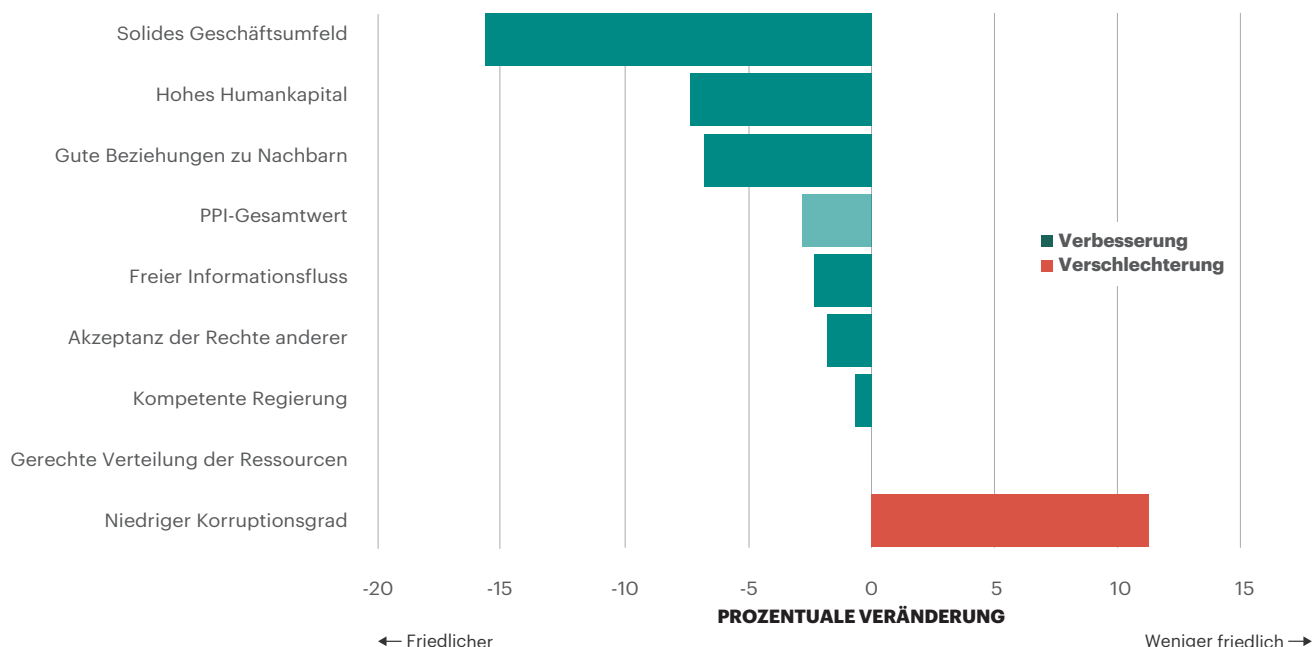
zwischen Unternehmen und Gewerkschaften, die sich in Deutschland weniger feindselig gegenüberstehen als in anderen Ländern.

Die Säule der guten Beziehungen zu den Nachbarn profitierte vom zunehmenden Tourismus im Land. In den letzten Jahren hat das Weltwirtschaftsforum Deutschland stets als dritt wichtigstes Tourismusziel der 140 bewerteten Länder eingestuft.⁷ Dies spiegelt die hoch entwickelte materielle Infrastruktur Deutschlands und den stabilen gesellschaftspolitischen Rahmen wider. Die Zahl der Ausländer, die nach Deutschland reisen, ist in den letzten zehn Jahren teilweise gestiegen, weil internationale Touristen zunehmend vor Terrorismus und sozialer Instabilität in Entwicklungsländern zurückschrecken.⁸

ABBILDUNG 3.6

Deutscher positiver Friedensindex – Entwicklung der Säulen, 2009 – 2018

Mit Ausnahme von *Niedriger Korruptionsgrad* und *gerechte Verteilung der Ressourcen* wiesen alle Säulen des positiven Friedens Verbesserungen auf.



Quelle: IEP

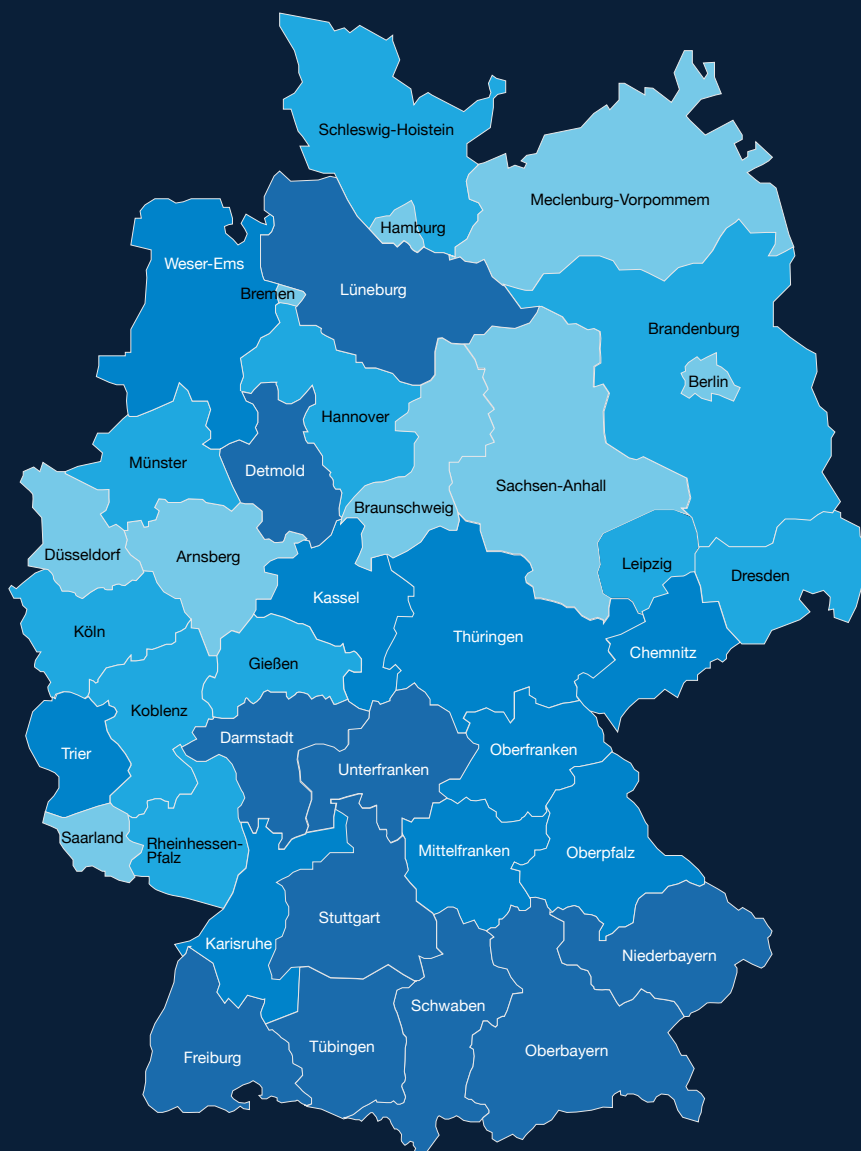
“

Der Bereich der *Institutionen* hat sich im Berichtszeitraum kaum verändert, was die Stabilität der deutschen Demokratie, Kultur und sozialen Normen widerspiegelt.

POSITIVER FRIEDEN IN DEUTSCHEN REGIONEN

Aufgrund der schwierigen Datenverfügbarkeit war es nicht möglich, dieselben Indikatoren für positiven Frieden, die für ganz Deutschland angewandt wurden, für die einzelnen Regionen zu erfassen. Daher wählte das IEP acht von Eurostat erstellte Indikatoren aus, die für Deutschland auf Ebene 2 der Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS-2) verfügbar sind, um den inneren positiven Frieden abzubilden (Tabelle 3.3).

Dabei galten drei Auswahlkriterien. Erstens stimmen diese Indikatoren konzeptionell mit dem positiven Frieden überein. Zweitens variieren sie hinreichend nach Regionen, um die Dynamik subnationaler positiver Friedensabstufungen zu erfassen. Drittens zeigen sie eine ausreichende Korrelation mit dem DFI, um die Erstellung positiver Friedenswerte für jede der 38 deutschen NUTS-2-Regionen zu ermöglichen. Diese acht Indikatoren wurden verwendet, um die DFI(P)-Werte (Deutscher Friedensindex (Positiv)) für jede der 38 deutschen Regionen für 2018 zu schätzen.



POSITIVER FRIEDEN IN DEUTSCHLAND



TABELLE 3.3

Indikatoren für positiven Frieden in Deutschland, 2018

Die aufgeführten Indikatoren korrelieren mäßig mit dem DFI-Gesamtwert. Für die 38 deutschen NUTS-2-Regionen wurden für 2018 Korrelationskoeffizienten berechnet.

INDIKATOR	KORRELATIONSKOEFFIZIENT MIT DFI	KOMMENTAR
Bildungsteilnahme bei 25 - 65-Jährigen	0,38	Der Anteil der Erwachsenen, die sich noch in der Ausbildung befinden, weist auf eine geringere sozioökonomische Entwicklung hin, da er auf einen Mangel an Bildungschancen in jüngeren Jahren hindeutet.
Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger	0,45	Ein vorzeitiger Schulabbruch deutet auf insgesamt geringere akademische Leistungen hin.
Bevölkerungsdichte	0,73	Eine höhere Bevölkerungsdichte ist direkt mit einer höheren Kriminalität, sozialen Spannungen und Armut verbunden.
Anteil der Jugendlichen die erwerbslos sind und keine schulische, akademische oder berufliche Ausbildung durchlaufen	0,50	Dies weist auf geringere akademische Standards und einen geringeren Barwert der Einkommensströme auf Lebenszeit hin.
Anteil der von Armut bedrohten Bevölkerung	0,49	Ein niedrigeres Einkommen deutet auf eine geringere sozioökonomische Entwicklung hin.
Arbeitslosenquote	0,40	Ein Mangel an Arbeitsplätzen deutet auf eine geringere sozioökonomische Entwicklung hin, obwohl dies durch Änderungen der Erwerbsbeteiligungsquote gemildert werden kann.
Gesamtfruchtbarkeitsrate	-0,26	Höhere Fruchtbarkeitsraten deuten auf eine durchschnittlich jüngere Bevölkerung hin, was statistisch mit einer größeren sozialen Instabilität in Verbindung gebracht wurde.
Lebenserwartung	-0,33	Eine höhere Lebenserwartung geht mit einem höheren sozioökonomischen Lebensstandard einher.

Quelle: IEP, Eurostat

Die deutschen Regionalwerte sind erwartungsgemäß relativ homogen, wobei drei Viertel der Regionen einen Wert zwischen 1,10 und 1,60 aufweisen. Bemerkenswerte Ausnahmen sind die Regionen Berlin, Bremen und Hamburg, die im Vergleich zum Rest des Landes ein geringes Maß an positivem Frieden aufwiesen. Dies sind auch die am wenigsten friedlichen Regionen in Deutschland. Die südlichsten Regionen Schwaben, Tübingen und Oberbayern belegten 2018 in Bezug auf positiven Frieden die ersten drei Plätze.

Dreißig der 38 Regionen verzeichneten in den fünf Jahren bis 2018 eine Verschlechterung des positiven Friedens. Dies steht im Großen und Ganzen im Einklang mit der bereits erwähnten Verschlechterung des gesamtdeutschen positiven Friedenswertes und der Verschlechterung des Wertes vieler einkommensstarker europäischer Staaten im Laufe des Zeitraums. Wesentliche Verbesserungen des positiven Friedens konzentrierten sich fast

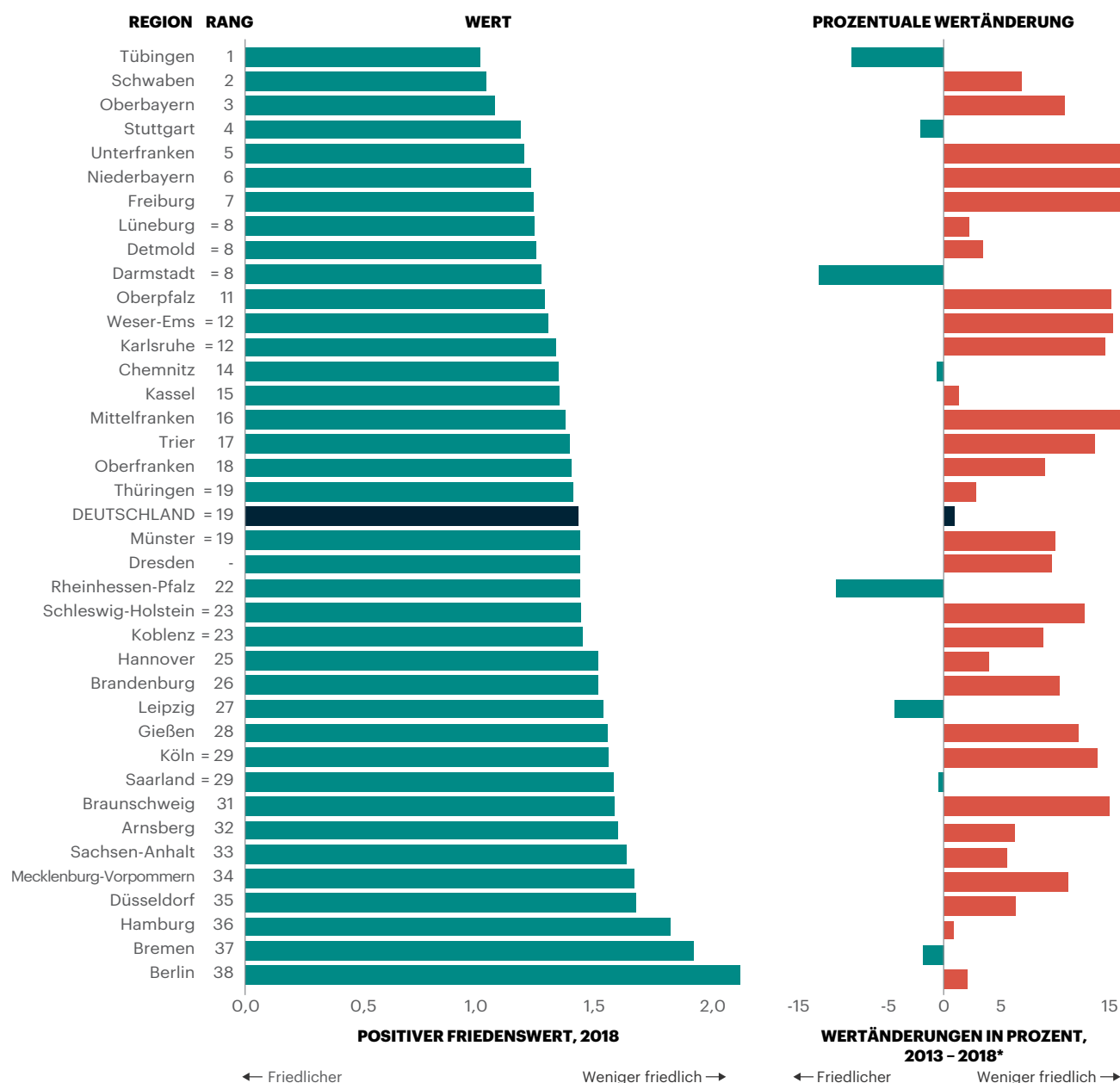
ausschließlich auf den Südwesten des Landes, insbesondere auf die Regionen Darmstadt, Rheinhessen-Pfalz und Tübingen.

Die Korrelation zwischen positivem Frieden und tatsächlichem Frieden in Deutschland ist, gemessen nach DFI, relativ hoch. Der Korrelationskoeffizient zwischen DFI(P) und DFI betrug für 2018 0,71 (Abbildung 3.9). Dies unterstreicht, dass die Regionen mit einem höheren sozioökonomischen Entwicklungsstand tendenziell auch friedlicher sind. Diese relativ hohe Korrelation wird jedoch durch einige abweichende Beobachtungen in Bezug auf Regionen mit geringem positivem Frieden und einem niedrigen Friedensniveau beeinflusst. Ohne die dicht besiedelten Regionen Berlin, Bremen und Hamburg sinkt der Korrelationskoeffizient zwischen DFI(P) und DFI auf 0,41. Dies ist eine bescheidenere, aber immer noch signifikante positive Korrelation, was darauf hindeutet, dass Frieden in Deutschland auf subnationaler Ebene mit einem höheren sozioökonomischen Entwicklungsstand verbunden ist.

ABBILDUNG 3.8

Deutscher positiver Friedensindex – Ergebnisse nach Regionen, 2018

Die regionalen Friedenswerte (positiv) in Deutschland sind bis auf wenige Ausnahmen im Wesentlichen homogen. In den fünf Jahren bis 2018 verschlechterte sich der positive Frieden in 30 der 38 deutschen Regionen.



Hinweis: *Wertänderungen für ganz Deutschland sind nicht mit regionalen Änderungen vergleichbar, da sie aus unterschiedlichen Daten abgeleitet wurden.

Nur zur Veranschaulichung enthalten.

Quelle: IEP

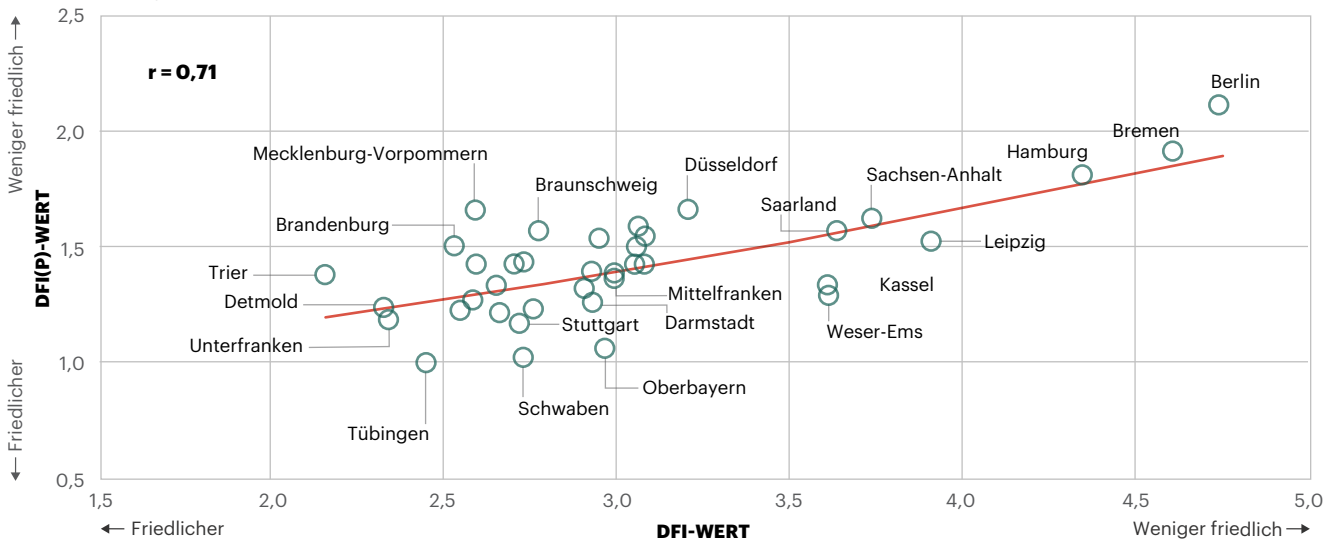
“

Dreißig Regionen verzeichneten
in den fünf Jahren bis 2018
eine Verschlechterung des
positiven Friedens.

ABBILDUNG 3.9

Positiver und tatsächlicher Frieden in Deutschland, 2018

Die Korrelation zwischen DFI und DFI(P) wies 2018 mit 0,71 einen hohen Wert auf. Dies ist jedoch teilweise auf die dicht besiedelten Regionen Bremen, Berlin und Hamburg zurückzuführen. Ohne diese sinkt der Korrelationskoeffizient auf einen geringeren, aber immer noch signifikanten Wert von 0,41.



Quelle: IEP

Um den positiven Frieden in Deutschland besser zu verstehen, wurden vier Säulen zur weitergehenden Betrachtung ausgewählt – *gute Beziehungen zu Nachbarn, hohes Humankapital, gerechte Verteilung der Ressourcen und kompetente Regierung.*

Gute Beziehungen zu Nachbarn

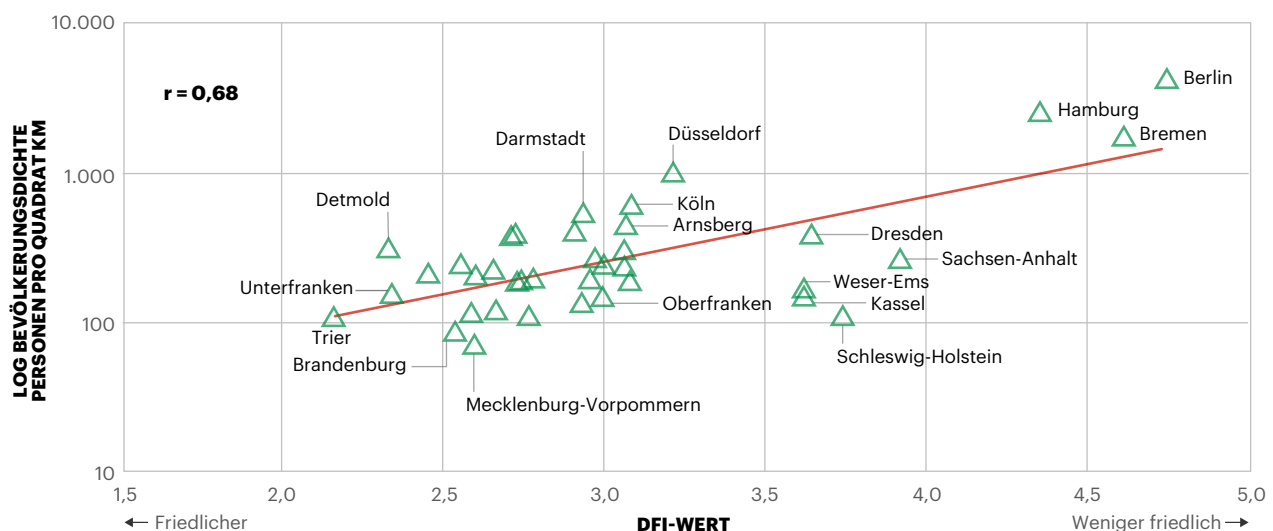
Kriminalität und Gewalt in Deutschland haben einen starken urbanen Aspekt. Unter den fünf am wenigsten friedlichen Regionen nach DFI waren drei Stadtstaaten (Bremen, Hamburg und Berlin). Dieses urbane Merkmal von Gewalt in Deutschland ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen Bevölkerungsdichte und DFI-Wert (Abbildung 3.10). NUTS-2-Regionen mit höherer Bevölkerungsdichte haben tendenziell ein höheres Gewaltaufkommen.

Das Konzept „Nachbarschaftseffekt“ versucht, den Zusammenhang zwischen städtischen Gebieten und Kriminalität zu erklären, indem behauptet wird, dass die Wohngegenden von Menschen einen Einfluss auf ihr individuelles Verhalten haben.^{9,10} Städtische Gebiete sind aufgrund der höheren Konzentration von Beschäftigungsmöglichkeiten bei Personen, die nach einer besseren Lebensgrundlage suchen, gefragt. Infolgedessen kann es zu einer hohen Ballung und entsprechend schlechteren Zugangsmöglichkeiten zu Sozialwohnungen, Schulen und der Gesundheitsversorgung kommen. Dieses Problem könnte auch durch die jüngste Zunahme der Zuwanderung verschärft worden sein.¹¹ Eine hohe Ballung und wirtschaftliche Benachteiligung können in einigen Fällen dazu führen, dass Kriminalität als Einkommensquelle oder Gewalt als Mittel zur Bekämpfung von Missständen angesehen werden. Dichter besiedelte Gebiete in Deutschland sind daher tendenziell solche, in denen die Menschen im Durchschnitt weniger harmonische Beziehungen zu ihren Mitmenschen haben.

ABBILDUNG 3.10

Bevölkerungsdichte vs. Deutscher Friedensindex, 2018

Die Friedlichkeit in den deutschen NUTS-2-Regionen hängt stark mit der Bevölkerungsdichte zusammen. Mit zunehmender Bevölkerungsdichte nimmt die Friedlichkeit tendenziell ab.



Quelle: IEP, Eurostat

Hohes Humankapital

Die Verbindungen zwischen Bildung und Friedlichkeit sind vielfältig. Gebildete Arbeitskräfte werden in der Regel besser bezahlt, verfügen über mehr Ressourcen und sind daher anpassungsfähiger, was den Anreiz verringert, auf Kriminalität als Einkommensquelle zurückzugreifen. Kinder und Jugendliche, die eine Schule besuchen oder eine Ausbildung absolvieren, sind seltener in kriminellen Aktivitäten involviert.

Das Bildungsniveau in Sekundarstufe 2 ist in deutschen Regionen statistisch signifikant mit Friedlichkeit verbunden. Die Beziehung ist direkt proportional, was bedeutet, dass eine Erhöhung der Bildungsabschlussquote in einer bestimmten Region mit erhöhter Friedlichkeit einhergeht. Die Beziehung ist in der Sekundarstufe 2 stärker, kann jedoch in allen Kategorien der Früherziehung beobachtet werden.

Das Bildungssystem in Deutschland unterscheidet sich erheblich von anderen in den Industrieländern. Nach dem Schulabschluss können sich junge Menschen für ein duales Bildungsprogramm entscheiden, das sowohl die Ausbildung am Arbeitsplatz als auch Unterricht umfasst. Diese duale Berufsausbildung – *Duale Ausbildung* – dauert in der Regel zwei bis vier Jahre und ermöglicht es den Auszubildenden, praktische Erfahrungen zu sammeln bzw. Fähigkeiten zu entwickeln, während sie gleichzeitig einen Lehrplan durchlaufen. Vielen Auszubildenden werden nach erfolgreich abgeschlossener Lehre Vollzeitstellen in ihrer Ausbildungsfirma angeboten. Dieses System erleichtert den Übergang vom Schulsystem in die Berufswelt. Gleichzeitig bietet es auch eine oftmals preiswertere Alternative zum Vollzeitstudium. Deutschland und Österreich sind innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Hauptbefürworter derartiger Systeme.

Erwachsene mit einer solchen Ausbildung bis zur Sekundarstufe 2 haben bessere Berufsaussichten als Erwachsene mit denselben Qualifikationen ein Jahrzehnt zuvor. Die duale Ausbildung wird

allgemein als Hauptgrund für das hohe Bildungsniveau in Deutschland sowie für die hohe Beschäftigung angesehen. Niedrigere Arbeitslosenquoten sind in Regionen mit höherem Friedensniveau häufiger zu verzeichnen.

Gerechte Verteilung der Ressourcen

Obwohl ein Arbeitsplatz aus offensichtlichen wirtschaftlichen Gründen wichtig ist, ist er auch für den sozialen Zusammenhalt einer Gemeinschaft und für das Selbstwertgefühl und die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen von wesentlicher Bedeutung. Ohne Vertrauen und Initiative ist es weniger wahrscheinlich, dass der Einzelne im Laufe der Zeit eine Anstellung findet, wodurch der Teufelskreis der Langzeitarbeitslosigkeit entsteht.

Langzeitarbeitslosigkeit kann sich negativ auf das Friedensniveau auswirken und den Bedarf an Sozialleistungen erhöhen.

Langzeitarbeitslosigkeit kann das Armutsrisiko erhöhen, was wiederum mit einem höheren Gewaltaufkommen verbunden ist (Abbildung 3.11).

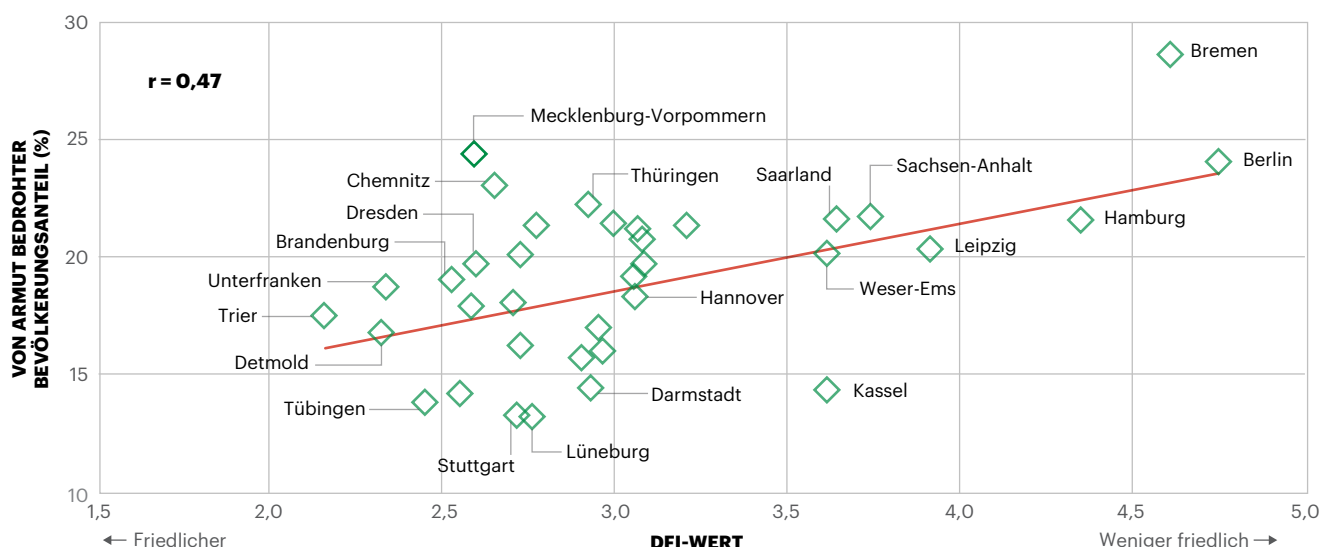
Deutschland hat Anstrengungen unternommen, um die Langzeitarbeitslosenquote zu senken, was das Friedensniveau unterstützen würde. Ein kürzlich umgesetztes Projekt, das als sozialer Arbeitsmarkt bezeichnet wird, bietet staatlich subventionierte Arbeitsplätze für Personen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Personen, die älter als 25 Jahre sind und im Rahmen von *Hartz IV* staatliche Unterstützung erfahren, sind für diese Jobs berechtigt, die etwa fünf Jahre dauern können.¹²

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist 2018 auf ein Rekordtief gesunken, wobei die Zahl der registrierten Arbeitslosen erheblich zurückgegangen ist. Die Zahl der von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen, ist ebenfalls zurückgegangen, was sich in Zukunft positiv auf den Frieden auswirken könnte. Der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit könnte auch auf Fortschritte im Integrationsprozess von Migranten in die deutsche Gesellschaft hinweisen.

ABBILDUNG 3.11

Von Armut bedrohter Bevölkerungsanteil und Friedlichkeit in den deutschen Regionen

In allen deutschen NUTS-2-Regionen verbessert sich die Friedlichkeit, wenn der Anteil der von Armut bedrohten Bevölkerung abnimmt.



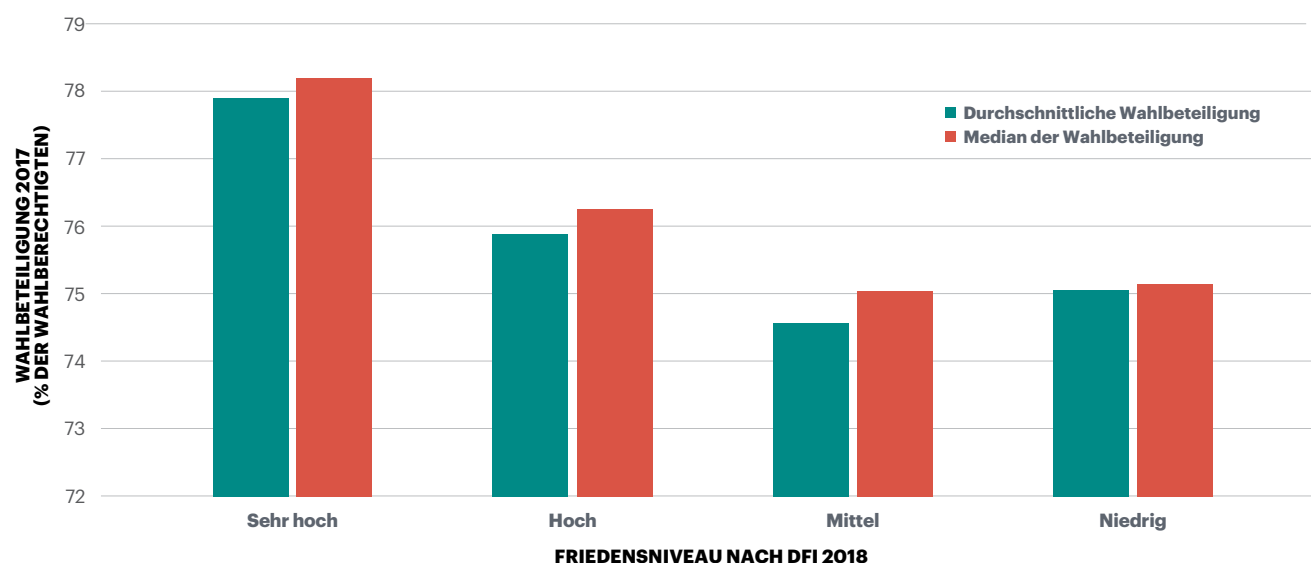
Quelle: IEP, Eurostat

Als arm gilt in Deutschland, wer weniger als 60 Prozent vom Median des landesweiten Einkommens verdient bzw. sich in einer von erheblichem materiellem Mangel geprägten Situation befindet. Dieser Messwert vergleicht die Ärmsten Deutschlands mit Personen, deren Einkommen dem Median entspricht. Tatsächlich bedeutet dies, dass das Friedensniveau von der Ungleichheit zwischen den unteren und mittleren Einkommensklassen im Land beeinflusst wird. Einzelpersonen und Familien haben es unterhalb eines bestimmten Einkommens schwer, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, was die Chancen erhöhen kann, in einer Gemeinde mit hohem Gewaltaufkommen zu leben. Eine Studie der Europäischen Union ergab, dass im Jahr 2017 15,5 Millionen Einwohner bzw. etwa 19 Prozent der deutschen Bevölkerung armutsgefährdet waren.¹⁴ Die Studie legt nahe, dass es trotz der hohen Beschäftigungsquote im Land Einwohner gibt, die nicht genug verdienen, um oberhalb der Armutsgrenze zu leben.

ABBILDUNG 3.12

Politische Beteiligung und Friedlichkeit

Mit abnehmender politischer Teilhabe verschlechtert sich das Friedensniveauniveau in den deutschen Landkreisen.



Quelle: IEP, Eurostat

Kompetente Regierung

Die Wahlbeteiligung ist ein gängiges Maß für politische Teilhabe. Die letzten Bundestagswahlen in Deutschland fanden 2017 statt. Bei dieser Wahl lag die Wahlbeteiligung bei 76 Prozent der Wahlberechtigten, was einen relativ hohen Anteil darstellt.¹⁵ Da die Stimmabgabe in Deutschland nicht obligatorisch ist, kann die Wahlbeteiligung als Indikator für das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen verwendet werden. Diejenigen, die wählen, tun dies, weil sie glauben, dass ihre Ansichten gehört und vertreten werden. Die Wahlbeteiligung ist direkt mit dem Friedensniveauniveau verbunden, wobei Landkreise mit sehr hohem Friedensniveau mit einer höheren Wahlbeteiligung aufweisen (Abbildung 3.12).

“

Eine Studie der Europäischen Union ergab, dass im Jahr 2017 15,5 Millionen Einwohner bzw. etwa 19 Prozent der deutschen Bevölkerung armutsgefährdet waren.



Deutscher Friedensindex 2020 – Methodik

Der DFI basiert auf dem seit 2007 jährlich durch das IEP erstellten Global Peace Index, dem führenden Instrument zur weltweiten Messung von Friedlichkeit. Der DFI bedient sich einer ähnlichen Methodik wie der United Kingdom Peace Index (UKPI), der United States Peace Index (USPI) und der Mexico Peace Index (MPI), die ebenfalls vom IEP erstellt werden. Wie der GPI und der MPI misst der DFI den negativen Frieden, definiert als die *Abwesenheit von Gewalt und Angst vor Gewalt*.

Der DFI setzt sich aus fünf Indikatoren zusammen: Tötungsdelikte, Gewaltverbrechen, Waffenkriminalität, öffentliche Unruhen und Polizeidichte. Der Bereich Gewaltverbrechen ist eine gewichtete Zusammensetzung aus Vergewaltigung und sexueller Nötigung, Körperverletzung, Raubüberfällen und Gewaltkriminalität

Die Daten für den Deutschen Friedensindex stammen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) bzw. vom Bundeskriminalamt (BKA). Die PKS wird auf Kreis- (NUTS3) oder Landesebene (NUTS1) erhoben. Der DFI bezieht sich auf deutsche Regionen oder die NUTS2-Ebene, wozu die Statistiken auf Kreisebene zusammengefasst werden.

DFI-Indikatoren 2018

Tötungsdelikte

Die Anzahl der Opfer von vorsätzlichen Tötungsdelikten pro 100.000 Einwohner.

Gewaltverbrechen

Der Bereich Gewaltkriminalität im DFI umfasst Raubüberfälle, Körperverletzung, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung sowie Gewaltverbrechen. Zur Schätzung der Gesamtrate für Gewaltkriminalität werden die einzelnen Kategorien gewichtet und dann zusammengefasst. Die Gewaltkriminalitätsrate wird anhand der gewichteten Summe der in diesem Bereich enthaltenen Kategorien pro 100.000 Einwohner berechnet. Tabelle A.1 zeigt die Gewichtung der Unterkategorien von Gewaltkriminalität.

TABELLE A.1

Gewichtungen im Bereich Gewaltkriminalität

Variablenname	Bereich	Gewichtung
Vergewaltigung und sexuelle Nötigung	Gewaltkriminalität	6
Raubüberfälle	Gewaltkriminalität	3
Körperverletzung	Gewaltkriminalität	0,25
Gewaltkriminalität	Gewaltkriminalität	0,4

Quelle: IEP

Waffenkriminalität

Die Anzahl der Tötungsdelikte oder Gewaltstraftaten mit Schusswaffeneinsatz pro 100.000 Einwohner.

Öffentliche Unruhe

Der Bereich öffentliche Unruhe enthält Fälle von Widerstand oder Angriff auf Behörden oder Strafverfolgungsbeamte pro 100.000 Einwohner.

Polizeidichte

Die Polizeidichte gibt die Gesamtzahl der Polizeikräfte pro 100.000 Einwohner in einer bestimmten Region wieder.

Dunkelziffern in Deutschland

Polizeiliche Kriminalitätsstatistiken neigen generell dazu, das Ausmaß von Kriminalität zu unterschätzen, da ein Teil der Straftaten nicht gemeldet wird. In Deutschland werden weniger als 50 Prozent aller Straftaten der Polizei gemeldet. Die Dunkelziffer variiert mit den verschiedenen Kategorien von Straftaten. Kleinere und häufigere Straftaten weisen im Vergleich zu weniger häufigen und schwerwiegenden Straftaten eine höhere Dunkelziffer auf.¹ In Kriminalitätsstudien wird die Dunkelziffer in der Regel geschätzt und als Korrektiv auf die polizeiliche Kriminalstatistik angewendet, um in den offiziellen Statistiken nicht erfassten Straftaten Rechnung zu tragen. Bei der Erstellung des DFI werden in dieser Studie keine geschätzten Dunkelziffern auf die Kriminalstatistiken angewendet.

Indikatorwerte und DFI-Berechnung

Die DFI-Indikatoren werden mit 1 bis 5 bewertet, wobei 5 am wenigsten friedlich und 1 am friedlichsten ist. Gestufte Indikatorwerte werden berechnet, indem die Rohwerte basierend auf dem Durchschnittswert jeder Region von 2013 bis 2018 normalisiert werden. Zunächst wird der Durchschnittswert für jede Region über die sechs Jahre der Studie berechnet. Dann werden die Ausreißer aus dem Bereich der regionalen Durchschnittswerte entfernt, um das Minimum und Maximum der normal verteilten Durchschnittswerte zu ermitteln. Ausreißer sind in diesem Fall als Datenpunkte definiert, die mehr als drei Standardabweichungen größer als der Mittelwert sind. Als nächstes werden die Werte für jedes Jahr unter Verwendung des Minimums und Maximums des Normalbereichs normalisiert und zwischen 1 und 5 eingestuft. Gestufte Werte

werden wie folgt berechnet:

$$\text{Eingestufteter Wert}_x = \left(\frac{\text{Rohwert}_x - \text{Min.}_{\text{Stichprobe}}}{\text{Max.}_{\text{Stichprobe}} - \text{Min.}_{\text{Stichprobe}}} \times 4 \right) + 1$$

Wenn einer der eingestuften Werte über fünf liegt, wird der Region ein Wert von fünf zugeordnet, und wenn Werte unter eins liegen, wird der Region eine Punktzahl von eins zugewiesen.

Nachdem die Werte für jeden Indikator berechnet wurden, wird jedem Indikator eine Gewichtung zugewiesen, um den DFI-Gesamtwert zu berechnen. Zur Berechnung des Gesamtwerts wird jeder Indikatorwert mit der jeweiligen Gewichtung multipliziert und die so gewichteten Indikatorwerte werden addiert.

Zur Bestimmung der auf einen zusammengesetzten Index anzuwendenden Gewichtung gibt es zahlreiche Methoden. Um die Einheitlichkeit der verschiedenen Friedensindizes des IEP zu gewährleisten, spiegelt die Gewichtung im DFI die im GPI, UKPI und MPI verwendete so genau wie möglich wider.

Die Gewichtung der GPI-Indikatoren wurde von einem internationalen Gremium unabhängiger Friedens- und Konfliktexperten vereinbart, nachdem ein Konsens über ihre relative Bedeutung erreicht wurde. Um diesen Ansatz zu ergänzen und den lokalen Kontext Deutschlands widerzuspiegeln, wurde ein zweites Expertengremium aus führenden deutschen Wissenschaftlern und Forschern gebildet, um die endgültige Gewichtung für die fünf Indikatoren im DFI zu bestimmen. Diese endgültige Gewichtung ist in Tabelle A.2 aufgelistet.

Auf Anweisung des Expertengremiums wurden verschiedene Methoden wie Gleichgewichtung, Hauptkomponentenanalyse und der Analytische Hierarchieprozess verwendet, um die Belastbarkeit der Ergebnisse zu prüfen.

TABELLE A.2
Bereichsgewichtung im DFI

Bereich	Gewichtung
Tötungsdelikte	4
Gewaltverbrechen	3
Waffenkriminalität	2
Öffentliche Unruhe	2
Polizei	1

Quelle: IEP

TABELLE A.3
DFI-Expertengremium 2019

Professor Tilman Brück
Direktor, ISDC – International Security and Development Center
Gastprofessor an der London School of Economics
Co-Direktor, Households in Conflict Network

Dr. Tim Stuchtey
Geschäftsführender Direktor Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)

Dr. Johannes Rieckmann
Senior Research Fellow
Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)



Wirtschaftliche Auswirkungen von Gewalt – Methodik

Als wirtschaftliche Auswirkungen von Gewalt gelten Ausgaben und wirtschaftliche Effekte im Zusammenhang mit dem „Eindämmen, Verhindern und Behandeln der Folgen von Gewalt.“ Dieser Schätzwert umfasst die direkten und indirekten Kosten von Gewalt sowie einen wirtschaftlichen Multiplikator. Der Multiplikatoreffekt berechnet die zusätzliche wirtschaftliche Aktivität, die stattgefunden hätte, wenn die direkten Kosten von Gewalt vermieden worden wären.

Ausgaben für die Eindämmung von Gewalt sind dann wirtschaftlich effizient, wenn sie Gewalt bei geringstem Aufwand wirksam verhindern. Ausgaben, die über ein optimales Niveau hinausgehen, können jedoch das Wirtschaftswachstum eines Landes dämpfen. Daher ist es für einen produktiven Kapitaleinsatz wichtig, bei den öffentlichen Ausgaben für Polizei, Justiz und Strafvollzug die richtige Balance zu finden.

Das IEP schätzt die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt in Deutschland anhand einer ähnlichen Methodik wie der für die globale Studie The Economic Value of Peace (Der wirtschaftliche Mehrwert des Friedens) verwendeten. Die Deutschland-Studie verwendet eine Vielzahl von Messwerten, darunter eine umfassende Zusammenstellung der durch Gewalt verursachten Kosten und der Ausgaben für die Eindämmung von Gewalt. Darüber hinaus sind auf Angst vor Gewalt zurückzuführende Kosten enthalten.

Die Schätzung des IEP zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt umfasst drei Komponenten:

- 1. Direkte Kosten** sind die Kosten von Straftaten oder Gewalt, die dem Opfer, dem Täter und dem Staat entstehen. Dazu gehören direkte Ausgaben wie Polizeikosten, Kosten für medizinische Behandlungen, Bestattungen oder Strafvollzug.
- 2. Indirekte Kosten** sind die langfristigen Kosten, die nach dem Vorfall entstehen. Dazu gehören physische und psychische Traumata sowie der Barwert zukünftiger, auf den Gewaltvorfall zurückzuführender Kosten.
- 3. Der Multiplikatoreffekt** ist ein häufig verwendetes Wirtschaftskonzept, das beschreibt, inwieweit zusätzliche Ausgaben Folgeeffekte für die Gesamtwirtschaft haben. Weitere Einzelheiten zum Friedensmultiplikator finden Sie in Kasten B.1.

Die **wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt** beziehen sich auf die Gesamtkosten der Eindämmung von Gewalt zuzüglich des Friedensmultiplikators.

Diese Studie verwendet eine Kostenrechnungsmethode, um die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt zu messen. Die Ausgaben für die Eindämmung von Gewalt werden summiert und die Stückkosten werden auf die geschätzte Anzahl der begangenen Straftaten angerechnet. Die berücksichtigten

Straftaten sind Tötungsdelikte, Körperverletzung, sexuelle Gewalt und Raubüberfälle. Auch für das geschätzte Maß an Angst vor Unsicherheit und Gewalt werden Stückkosten berechnet. Die Stückkosten veranschlagen die direkten (materiellen) und indirekten (immateriellen) Kosten jeder Straftat. Die direkten Stückkosten umfassen Verluste des Opfers und des Täters und schließen Kosten aus, die den Strafverfolgungsbehörden entstehen, da diese an anderer Stelle im Modell erfasst werden.

Die Daten zur Gewalkriminalität stammen vom Bundeskriminalamt und werden aus den einzelnen Datensätzen der Landeskriminalämter (LKÄ) und des Bundeskriminalamtes (BKA) zusammengestellt. Die staatlichen Ausgaben für Polizei und Strafvollzug werden von Eurostat übernommen und auf regionaler Ebene aufgeschlüsselt. Daten über die Angst der Bevölkerung stammen aus den WISIND-Erhebungen auf Landesebene und werden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zusammengestellt. Die monetären Verluste durch organisierte Kriminalität werden vom BKA erstellt.

Die in diesem Bericht angegebenen Kostenschätzungen sind in konstanten Euro zum Wert von 2018 angegeben, um diese über längere Zeiträume vergleichen zu können. Die Schätzung berücksichtigt nur solche Aspekte von Gewalt, für die verlässliche Daten vorhanden sind. Sie ist daher als vorsichtige Schätzung zu betrachten. Die unten aufgeführten Bereiche sind in der Methodik zur Berechnung der Kosten von Gewalt enthalten:

1. Tötungsdelikte
2. Gewaltstraftaten, einschließlich Körperverletzung, Vergewaltigung, sexueller Nötigung und Raubüberfälle
3. Strafvollzugskosten
4. Angst vor Unsicherheit
5. Polizeikosten
6. Organisierte Kriminalität

Zu den bei den wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt nicht berücksichtigten Bereichen zählen:

- Öffentliche Ausgaben für Sicherheit auf regionaler Ebene
- Schutzkosten, z. B. für private Sicherheitsanbieter und Schusswaffen
- Bundesausgaben für die Eindämmung von Gewalt außerhalb Deutschlands, z. B. Verteidigungsausgaben

Obwohl für einige dieser Kategorien Daten verfügbar sind, sind diese entweder nicht für alle Regionen oder nicht für alle Jahre der Analyse vollständig vorhanden.

In dieser Studie wird davon ausgegangen, dass der Multiplikator gleich Eins ist, d. h. für jeden bei der Eindämmung von Gewalt gesparten Euro wird ein weiterer Euro an Wirtschaftstätigkeit berechnet. Dies ist ein relativ konservativer Multiplikator und entspricht weitgehend ähnlichen Studien.¹

Schätzmethoden

Um die durch Gewalt verursachten wirtschaftlichen Kosten in Deutschland zu beziffern werden verschiedene Ansätze kombiniert. Die Analyse umfasste zwei Komponenten:

1. Soweit möglich wurden Finanzdaten verwendet, in denen die Höhe der Ausgaben für Posten in Verbindung mit Gewalt aufgeführt ist.
2. Mittels dieser Stückkosten wurden die Kosten für Gewalttaten geschätzt. Konkret wurden Schätzwerte für die wirtschaftlichen Kosten bestimmter Gewalttaten der Fachliteratur entnommen und auf die Gesamtzahl der Fälle angewendet, um eine Schätzung der Gesamtkosten einer Gewaltkategorie zu erhalten.

Das IEP verwendet die Ausgabendaten der Bundesregierung für Polizeiausgaben und Eurostat-Daten für Strafvollzugsausgaben. Ausgaben auf Länder- und Kommunalebene werden aufgrund der Nichtverfügbarkeit von Daten von der Studie ausgeschlossen und auf regionaler Ebene aufgeschlüsselt. Die Daten zu Ausgaben der Bundesregierung enthalten keine Angaben zu den Ausgaben auf Landesebene. Daher wird eine Kombination aus der Einwohnerzahl des Bundeslandes, der Zahl der Polizeikräfte und der DFI-Werte verwendet, um die wahrscheinliche Verteilung zwischen den Bundesländern abzuschätzen.

Die Wirtschaftseinbußen durch Tötungsdelikte, Gewaltkriminalität, organisierte Kriminalität, Angst vor Unsicherheit und Schusswaffen werden mittels eines

Stückkostenansatzes geschätzt. Die Stückkosten für Tötungsdelikte, Gewaltkriminalität und Fälle von organisierter Kriminalität basieren auf einer Studie von Heeks et al. (2018), in der die materiellen und immateriellen Kosten von Gewaltkriminalität in England und Wales geschätzt wurden.

1. Direkte Kosten oder materielle Kosten von Straftaten umfassen Kosten für medizinische Behandlungen, Versicherungskosten, Bargeldverluste, Diebstahl oder Beschädigung von Eigentum, Opferberatungsdienste und Produktivitätsverluste aufgrund von Arbeitsausfällen.
2. Zu den indirekten Kosten zählen physische und psychische Traumata sowie langfristige Kosten aufgrund einer Gewalttat.

Neben der Aufschlüsselung nach materiellen und immateriellen Kosten geben Heeks et al. (2018) weitere Einzelheiten zu den Kosten nach Opfer, Täter und Rechtssystem an. Eine solche Aufschlüsselung ermöglicht es dem IEP, bestimmte im Rechtssystem und bei der Polizeiarbeit entstehende Kosten auszuschließen, um eine Doppelzählung der Daten über Ausgaben im Polizeiwesen und Strafvollzug zu vermeiden.

Das IEP berechnet anhand der von Dolan & Peasgood (2006) geschätzten Stückkosten der Angst vor Kriminalität die Kosten für die Wahrnehmung von Unsicherheit in Deutschland.

Um zu gewährleisten, dass die Kostenschätzungen das relative Einkommensniveau in Deutschland angemessen widerspiegeln, werden sie nach dem deutschen Pro-Kopf-BIP im Vergleich zum Vereinigten Königreich skaliert und dann auf konstante Euro 2018 umgerechnet. Dies beruhte auf der oben genannten Studie, in der die indirekten Kosten eines Tötungsdeliktes mit 2,08 Millionen Pfund Sterling beziffert wurden. Die entsprechenden Kosten in Deutschland wurden dann auf der Grundlage des kaufkraftbereinigten Pro-Kopf-BIP der Weltbank von 53.075 US-Dollar für Deutschland und 45.973 US-Dollar für das Vereinigte Königreich im Jahr 2018 berechnet. Dies wird als angepasste Stückkosten bezeichnet.

KASTEN B.1

Multiplikatoreffekt

Der Multiplikatoreffekt ist ein häufig verwendetes wirtschaftliches Konzept, das beschreibt, inwieweit zusätzliche Ausgaben die Gesamtwirtschaft verbessern. Jedes der Wirtschaft zugeführte zusätzliche Einkommen führt zu neuen Ausgaben, die wiederum Arbeitsplätze, zusätzliches Einkommen und neue Ausgaben zur Folge haben. Dieser sich gegenseitig verstärkende Konjunkturzyklus wird als „Multiplikatoreffekt“ bezeichnet und ist der Grund dafür, dass ein Euro an Ausgaben mehr als einen Euro an Wirtschaftstätigkeit erzeugen kann.

Obwohl das genaue Ausmaß dieses Effekts schwer zu messen ist, dürfte er bei Ausgaben im Zusammenhang mit der Eindämmung von Gewalt besonders groß sein. Wenn zum Beispiel eine Gemeinde friedlicher werden würde, würden Einzelpersonen und Unternehmen weniger Zeit und Ressourcen aufwenden, um sich vor Gewalt zu schützen. Aufgrund dieses Rückgangs der Gewalt ist mit erheblichen Folgeeffekten für die Gesamtwirtschaft zu rechnen, da das Geld in produktivere Bereiche wie Gesundheit, Unternehmensinvestitionen, Bildung und Infrastruktur umgeleitet wird.

Wenn ein Tötungsdelikt vermieden wird, können die direkten Kosten, wie das Geld für medizinische Behandlung und die Beerdigung, an anderer Stelle ausgegeben werden. Die Wirtschaft profitiert zudem von der Einbeziehung des ansonsten verlorenen Lebens Einkommens des Opfers. Daher kann ein Mehr an Frieden erhebliche wirtschaftliche Vorteile bringen. Dies bestätigt auch die Argumentation von Brauer und Tepper-Marlin (2009), wonach Gewalt oder die Angst vor Gewalt dazu führen könnten, dass einige wirtschaftliche Aktivitäten gar nicht erst stattfinden. Generell gibt es gute Anhaltspunkte dafür, dass Gewalt und die Angst vor Gewalt die Anreize für Unternehmen grundlegend verändern können. Beispielsweise ergab eine Analyse von 730 Unternehmen in Kolumbien von 1997 bis 2001, dass neue Unternehmen in einer durch hohes Gewaltaufkommen geprägten Umgebung geringere Überlebens- und Erfolgchancen hatten. Infolgedessen ist es bei einem höheren Gewaltaufkommen wahrscheinlich, dass langfristig ein niedrigeres Beschäftigungsniveau und eine geringere wirtschaftliche Produktivität zu verzeichnen sind, da die vorhandenen Anreize die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie Langzeitinvestitionen unattraktiver machen.

Alle Kosten werden unter Verwendung der Verbraucherpreisindexdaten (VPI) von 2015 auf konstante Euro 2018 angepasst. 2018 wurde als Basisjahr gewählt, da es das letzte Jahr ist, für das VPI-Daten verfügbar waren, und auch das aktuellste DFI-Jahr. Die Schätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen in konstanten Preisen erleichtert chronologische Vergleiche. Bei jeder BIP-bezogenen Analyse werden die zuletzt verfügbaren BIP-Daten der Weltbank und von Eurostat verwendet.

Berechnung der Kosten von Tötungsdelikten und Gewalkriminalität

Um die Kosten für die in dieser Studie verwendeten Kriminalitätskategorien zu berechnen, verwendet das IEP die Daten des DFI.

Die Daten zur Häufigkeit von Tötungsdelikten stammen vom BKA. Die Anzahl der Tötungsdelikte wird mit den angepassten Stückkosten multipliziert, um die Gesamtkosten von Tötungsdelikten in Deutschland zu berechnen.

Die Daten zur Gewalkriminalität, die Vergewaltigungen, Raubüberfälle und Körperverletzungen umfasst, stammen ebenfalls vom BKA. Die Wirtschaftseinbußen in den einzelnen Kategorien von Gewalkriminalität werden anhand der jeweils angepassten Stückkosten berechnet.

Die Kosten der Organisierten Kriminalität

Das BKA liefert eine Schätzung der Verluste durch organisierte Kriminalität nach Bundesländern in Euro. Das IEP wendet den VPI auf diese Kosten an, um die BKA-Schätzungen in konstante Euro 2018 umzurechnen. Um die Kosten der organisierten Kriminalität auf die regionale NUTS2-Ebene aufzuteilen, wird der DFI-Wert jeder NUTS2-Region innerhalb eines Bundeslandes aggregiert, um einen Gesamt-DFI-Wert für das Land zu erhalten. Aus dem prozentualen Beitrag jeder NUTS2-Region zum Gesamtwert ihres Bundeslandes wird das Gewicht jeder NUTS2-Region innerhalb des Landes abgeleitet.

Die Kosten der organisierten Kriminalität in den Bundesländern werden dann mit dem DFI-Gewicht der NUTS2-Region multipliziert, um die Kosten der organisierten Kriminalität für jede Region zu ermitteln. Weniger friedlichen Regionen eines Bundeslandes wird ein höherer Anteil der Kosten der organisierten Kriminalität dieses Landes zugeordnet.

Kosten der Angst vor Unsicherheit

WISIND-Umfragedaten auf Landesebene werden verwendet, um die Wahrnehmung von Unsicherheit auf regionaler Ebene in Deutschland abzuschätzen. Das IEP verwendet den Anteil der Befragten, die sich unsicher fühlten, multipliziert mit der Bevölkerung der Region, um die Anzahl der Personen zu ermitteln, die Angst vor Unsicherheit angegeben haben.

Die Stückkosten der Angst stammen von Dolan und Peasgood (2005), aus denen die bereinigten Stückkosten abgeleitet werden.

Berechnung der indirekten Strafvollzugskosten

Die direkten Kosten des Strafvollzugs sind die Staatsausgaben für Strafvollzugsanstalten, die von Eurostat bezogen werden. Die indirekten Strafvollzugskosten sind die Einkommensverluste aufgrund von Inhaftierungen. Dies wird anhand des deutschen Mindestlohns und der Anzahl der Insassen berechnet. Die Angaben zum Mindestlohn für Deutschland stammen von Eurostat.

Friedensmultiplikator

Zur Messung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt verwendet das IEP einen Friedensmultiplikator, um die zusätzliche wirtschaftliche Aktivität abzuschätzen, die stattgefunden hätte, wenn die Gewalt vermieden worden wäre. Die konzeptionelle Grundlage des Multiplikators sind die Opportunitätskosten der Ressourcen, die das Opfer, der Täter und die Strafverfolgungsbehörden aufgrund der Straftat verloren haben. Daher repräsentiert der Friedensmultiplikator die Folgeeffekte umgeleiteter Ausgaben von der Eindämmung von Gewalt auf wirtschaftlich produktivere Aktivitäten wie Unternehmensinvestitionen oder Bildung.

ENDNOTEN

ABSCHNITT 1

- 1 Die Rate der Tötungsdelikte wird anhand der aufgeklärten Delikte mit Todesopfern berechnet.
- 2 Weltgesundheitsorganisation. (2014). Globaler Statusbericht zur Gewaltprävention 2014. Globaler Statusbericht zur Gewaltprävention 2014. Abgerufen von https://www.who.int/violence_injury_prevention/violence/status_report/2014/en/
- 3 Polizeiliche Kriminalstatistik: 2018 (2018). Abgerufen von www.bka.de/Lagebilder
- 4 Bleiker, C. (22. Juni 2017). New Surveillance Law: German Police Allowed to Hack Smartphones. Abgerufen von <https://www.dw.com/en/new-surveillance-law-german-police-allowed-to-hack-smartphones/a-39372085>.
- 5 Cooney, M. (2003). The Privatization of Violence. *Criminology*, 41 (4), 1377–1406.
- 6 Mercy, J. A., Hillis, S. D., Bellis, M. A., Ward, C. L., Fang, X., & Rosenberg, M. L. (2017). Interpersonal Violence: Global Impact and Paths to Prevention. In *Injury Prevention and Environmental Health* (3rd ed.). Abgerufen von <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/books/NBK525208/>
- 7 Lampe, K. von. (2016). *Organized Crime: Analyzing Illegal Activities, Criminal Structures, and Extra-legal Governance*. SAGE, 1 – 467.
- 8 Organisierte Kriminalität: Nationaler Lagebericht 2017 (2018). Abgerufen von <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/EN/Publications/AnnualReportsAndSituationAssessments/OrganisedCrime/organisedCrimeSituationReport2017.html;jsessionid=D3C398DE46A3E04AOEA3A1E8DB7B5074.live2292>
- 9 Janjevic, D. (12. Januar 2019). Police in Western Germany Launch Massive Raids Against Criminal Clans. Abgerufen von <https://www.dw.com/en/police-in-western-germany-launch-massive-raids-against-criminal-clans/a-47062084>.
- 10 German State Vows Crackdown On Criminal Clans. (16. Mai 2019). Abgerufen von <https://www.dw.com/en/german-state-vows-crackdown-on-criminal-clans/a-48756442>.
- 11 Winguard, J. (18. März 2019). Germany Named Drug Use Capital Following Europe-Wide Sewage Study. Abgerufen von <https://www.dw.com/en/germany-named-drug-use-capital-following-europe-wide-sewage-study/a-47968865>.
- 12 Partnerschaftsgewalt: Kriminalstatistische Auswertung – Berichtsjahr 2017, Partnerschaftsgewalt: Kriminalstatistische Auswertung – Berichtsjahr 2017 (2018). Abgerufen von www.bka.de/Lagebilder
- 13 Rising, D. (15. Mai 2019). Anti-Semitic Crime in Germany Up, Amid Uptick in Hate Crimes. Abgerufen von <https://apnews.com/8d3e58df90b64e8b9d2d68611421079>.
- 14 Cottee, S. (9. September 2018). Can Facebook Really Drive Violence? Abgerufen von <https://www.theatlantic.com/international/archive/2018/09/facebook-violence-germany/569608/>.
- 15 Counter Extremism Project. (2019). Germany: Extremism and Counter-Extremism. Germany: Extremism and Counter-Extremism. Abgerufen von <https://www.counterextremism.com/countries/germany>
- 16 Counter Extremism Project. (2019). Germany: Extremism and Counter-Extremism. Germany: Extremism and Counter-Extremism. Abgerufen von <https://www.counterextremism.com/countries/germany>
- 17 R V. (o. D.). Die Ängste der Deutschen 2018 & 2019. Die Ängste der Deutschen 2018 & 2019. Abgerufen von <https://www.ruv.de/presse/aengste-der-deutschen>
- 18 Knight, B. (13. Oktober 2018). Berlin Protests Against Far-Right Politics Draws Thousands. Abgerufen von <https://www.dw.com/en/berlin-protests-against-far-right-politics-draw-thousands/a-45873439>.

ABSCHNITT 2

- 1 Survey on violence against women in EU. (2012). European Union Agency for Fundamental Rights. Abgerufen von <https://fra.europa.eu/en/publications-and-resources/data-and-maps/survey-data-explorer-violence-against-women-survey>
- 2 Das Bundeslagebild Organisierte Kriminalität 2018 fasst die auf organisierte Kriminalität zurückzuführenden Verluste in drei Kategorien zusammen: Eigentums-, Steuer- sowie Zoll- und Wirtschaftsdelikte. Diese drei Kategorien enthalten zusätzliche Straftaten wie organisierte Gewalt und Drogenhandel.

ABSCHNITT 3

- 1 Rummel, R. J. (1981). *Understanding conflict and war: Vol. 5: The Just Peace*. Beverly Hills, Kalifornien: Sage Publications. Abgerufen von <http://www.hawaii.edu/powerkills/NOTE14.HTM#FULL>
- 2 Gemessen als Korrelation zwischen dem jeweiligen positiven Friedensindikator und den internen Friedenswerten des GPI. Der GPI enthält Messwerte sowohl für den internen als auch für den externen Frieden, wobei die interne Friedlichkeit 60 Prozent der Gesamtpunkte des Landes ausmacht.
- 3 OECD-Daten. (2018). Abgerufen von <https://data.oecd.org/germany.htm#profile-economy>

- 19 Mujic, S., Unterhitzberger, S., Witzemberger, B. & Zajonz, M. (22. Juli 2019). Von '68 bis Fridays for Future. Abgerufen von <https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-deutschland-1.4518558>.
- 20 Ahmed, S. (31. Januar 2019). The Young Activist Who Wants to Save Germany from Far-Right Domination. Abgerufen von <https://www.trtworld.com/magazine/the-young-activist-who-wants-to-save-germany-from-far-right-domination-23771>.
- 21 Leitgob-Guzy, N., Birkel, C., & Mischkowitz, R. *Victimisation Surveys in Germany, Victimisation Surveys in Germany* (o. D.).
- 22 FHOVPR. (2018). Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Mecklenburg-Vorpommern: Abschlussbericht zur zweiten Befragung in 2018. Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Mecklenburg-Vorpommern: Abschlussbericht zur zweiten Befragung in 2018. Abgerufen von http://www.fh-guestrow.de/doks/forschung/dunkelfeld/Abschlussbericht_Zweite_Befragung.pdf
- 23 Alpers, P. & Wilson, M. (1. Juli 2019). Germany- Gun Facts, Figures, and the Law. Abgerufen von <https://www.gunpolicy.org/firearms/region/germany>.
- 24 Serhan, Y. (5. September 2018). Fighting the Far-Right and Neo-Nazi Resurgence in Germany. Abgerufen von <https://www.theatlantic.com/international/archive/2018/09/violent-protests-chemnitz-germany/569206/>.
- 25 Erfolgreicher Schlag gegen Organisierte Kriminalität. (26. März 2019). Abgerufen von <https://stadtbremen.blogspot.com/2019/03/erfolgreicher-schlag-gegen-organisierte.html>.
- 26 Finzel, I. (11. Juli 2019). So gelang die Abschiebung des Clan-Chefs in den Libanon. Abgerufen von <https://www.welt.de/vermishtes/article196673511/Miri-Clan-in-Bremen-So-gelang-die-Abschiebung-des-Clan-Chefs.html>.
- 27 Schuer, S. (27. März 2018). Kriminalität in Bremen: Discomieile und Viertel bleiben Brennpunkte Abgerufen von https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteile/stadtteile-bremen-mitte_artikel,-kriminalitaet-in-bremen-discomieile-und-viertel-bleiben-brennpunkte-_arid,1714587.html.
- 28 Polizeiliche Kriminalstatistik: 2018, Polizeiliche Kriminalstatistik: 2018 (2018). Abgerufen von www.bka.de/Lagebilder
- 29 Polizeiliche Kriminalstatistik: 2018, Polizeiliche Kriminalstatistik: 2018 (2018). Abgerufen von www.bka.de/Lagebilder
- 30 Germany's Largest Ever Cocaine Shipment Seized by Customs. (8. August 2019). Abgerufen von <https://www.dw.com/en/germanys-largest-ever-cocaine-shipment-seized-by-customs/a-49863090>.
- 31 (2019). Abgerufen von <https://www.ruv.de/static-files/ruvde/Content/presse/die-aengste-der-deutschen/aengste-ergebnisse-bundeslaender/ruv-aengste-grafiken-bundeslaender.pdf>
- 32 Forsa. (2019). Sicherheit in der Stadt. Sicherheit in der Stadt. Abgerufen von <https://lebendige-stadt.de/pdf/Forsa-Umfrage.pdf>
- 33 UNODC. (2019). Global Study on Homicide. Global Study on Homicide. Abgerufen von <https://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/gsh/Booklet2.pdf>
- 34 Forsa. (2019). Sicherheit in der Stadt. Sicherheit in der Stadt. Abgerufen von <https://lebendige-stadt.de/pdf/Forsa-Umfrage.pdf>
- 35 Jehle, J.-M. *Criminal Justice in Germany, Criminal Justice in Germany* (2015).
- 36 Oberwittler, D. & Hofer, S. (2005). Crime and Justice in Germany: An Analysis of Recent Trends and Research. *European Journal of Criminology*, 1–40.
- 37 Aebi, M. F., Berger-Kolopp, L., Burkhardt, C., & Tiago, M. M. (2018). Prisons in Europe 2005-2015: Germany. Prisons in Europe 2005-2015: Germany. Europäische Union und Europarat. Abgerufen von <http://wp.unil.ch/space/files/2018/12/Germany.pdf>
- 38 Polizeiliche Kriminalstatistik: 2018, Polizeiliche Kriminalstatistik: 2018 (2018). Abgerufen von www.bka.de/Lagebilder
- 39 Jehle, J.-M. *Criminal Justice in Germany, Criminal Justice in Germany* (2015).

- 3 Brauer, J., Marlin, J. T. & Routledge, L. (2009). Defining peace industries and calculating the potential size of a peace gross world product by country and by economic sector.
- 4 Dolan, Paul & Peasgood, Tessa. „Estimating the economic and social costs of the fear of crime.“ *British Journal of Criminology* 47, Nr. 1 (2006): 121 - 132.
- 5 Heeks, M., Reed, S., Tafsiri, M., Prince, S. (2018). The economic and social costs of crime second edition. Home Office Research report99, 2018

- 4 The German Vocational Training System. (o. D.) Bundesministerium für Bildung und Forschung. Abgerufen von <https://www.bmbf.de/en/the-german-vocational-training-system-2129.html>
- 5 Ydstie, J. (4. Januar 2018). Robust Apprenticeship Program Key to Germany's Manufacturing Might. National Public Radio. Abgerufen von <https://www.npr.org/2018/01/04/575114570/robust-apprenticeship-program-key-to-germanys-manufacturing-might>
- 6 Weltwirtschaftsforum. (2019). The Travel and Tourism Competitiveness Report, 2019. Abgerufen von <https://www.weforum.org/reports/the-travel-tourism-competitiveness-report-2019>

ENDNOTEN

ABSCHNITT 3 (FORTSETZUNG)

- 7** Why More Tourists are Flocking to Germany. (11. Februar 2016). Deutsche Welle. Abgerufen von <https://www.dw.com/en/why-more-tourists-are-flocking-to-germany/a-19041849>
- 8** Understanding Neighbourhood Effects of Concentrated Poverty. (2011, Winter). Evidence Matters. Office of Policy Development and Research, US Department of Housing and Urban Development. Abgerufen von <https://www.huduser.gov/portal/periodicals/em/winter11/highlight2.html>
- 9** OECD. (Juni 2018). Germany Policy Brief: Housing. Abgerufen von <http://www.oecd.org/germany/Germany-policy-brief-housing.pdf>
- 10** German Cabinet Approves 4-Billion-Euro Plan to Combat Long-Term Unemployment. (18. Juli 2018). Deutsche Welle. Abgerufen von <https://www.dw.com/en/german-cabinet-approves-4-billion-euro-plan-to-combat-long-term-unemployment/a-44721238>
- 11** At-risk-of-poverty rate. (8. August 2018). In Eurostat: Statistics Explained Glossary. Abgerufen von https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:At-risk-of-poverty_rate
- 12** Germany: Poverty Threatens Almost 20 Percent of Population. (31. Oktober 2018). Deutsche Welle. Abgerufen von <https://www.dw.com/en/germany-poverty-threatens-almost-20-percent-of-population/a-46100497>
- 13** Voter Turnout. (2017). Gut Leben in Deutschland. Abgerufen von <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/static/LB/indicators/democracy-and-freedom/voter-turnout/>

Frieden und dessen wirtschaftlicher Mehrwert sind Gegenstand unserer Forschung.



Wir entwickeln globale und nationale Richtwerte, berechnen die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt, analysieren Risiken in einzelnen Staaten und haben einen empirischen Rahmen für das Konzept des Positiven Friedens entwickelt, der einen Wegweiser zur Überwindung von Widrigkeiten und Konflikten enthält und zur Schaffung und Aufrechterhaltung dauerhaften Friedens beiträgt.

Hier finden Sie unsere neuesten Berichte und Forschungsergebnisse
zum kostenlosen Download:

visionofhumanity.org/reports





WEITERE INFORMATIONEN UNTER

INFO@ECONOMICSANDPEACE.ORG

EXPLORE OUR WORK

WWW.ECONOMICSANDPEACE.ORG UND

WWW.VISIONOFHUMANITY.ORG



GlobalPeaceIndex



@GlobPeaceIndex

@IndicedePaz

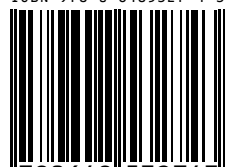
Das Institute for Economics & Peace (Institut für Wirtschaft und Frieden, IEP) ist eine unabhängige, unparteiische, gemeinnützige Denkfabrik, die sich der Verlagerung des weltweiten Fokus auf Frieden als positives, erreichbares und greifbares Maß für menschliches Wohlbefinden und Fortschritt widmet.

Das IEP hat seinen Hauptsitz in Sydney und verfügt über Niederlassungen in New York, Den Haag, Mexiko-Stadt, Harare und Brüssel. Zusammen mit seinen zahlreichen internationalen Partnern und verschiedenen zwischenstaatlichen Organisationen verfolgt das Institut das Ziel, den wirtschaftlichen Mehrwert von Frieden zu messen und zu kommunizieren.

Das IEP ist in Australien als gemeinnütziges Forschungsinstitut eingetragen und somit berechtigt, absetzbare Spenden anzunehmen. IEP USA ist eine steuerbefreite Organisation gemäß 501 (c) (3) des U.S. Code (US-Bundesgesetze).

MÄRZ 2020 / IEP-BERICHT 70

ISBN 978-0-6485327-4-3



9 780648 532743 >